

Bericht 01/02

FDP Landesverband Baden-Württemberg,
Rotebühlstr. 133, 70197 Stuttgart,
Tel. 0711/666 18 0 Fax 0711/666 18 12
mail: fdp-bw@fdp.de, web: www.fdp-bw.de



Baden-Württemberg

Freie Demokratische Partei
(Demokratische Volkspartei)
Landesverband Baden-Württemberg

G E S C H Ä F T S B E R I C H T

1. Januar 2001 - 31. Dezember 2002

vorgelegt von

Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Rübesamen

auf dem 95. Ordentlichen Landesparteitag der FDP/DVP

am 5. Januar 2003 in Stuttgart

Impressum

.....

Herausgeber:

Freie Demokratische Partei
Landesverband Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 133
70197 Stuttgart
Postfach 10 15 52
70014 Stuttgart
Telefon: 0711/666180
Telefax: 0711/6661812
E-Mail: fdp-bw@fdp.de
Web: www.fdp-bw.de

Verantwortlich:

Karl-Heinz Rübesamen
Hauptgeschäftsführer

Redaktion:

Karl-Heinz Rübesamen
Olaf Bentlage

Gestaltung:

Markus Lochmann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Übersicht der Parteiveranstaltungen	9

Das Jahr 2001

Streit in der FDP-Führung bestimmt Landesparteitag	10
Delegierte rüsten sich für die Wahl im März	12
Döring attackiert Bündnispartner	13
Zu viele Spitzenleute, zu wenig Volk	15
FDP in Bad Rappenau: Kinkel attackiert Fischer	18
Parteitag der Südwest-FDP vertagt die Wahlrechtsfrage	20
Südwest-FDP betont Chancen der EU-Osterweiterung	21
Wolfgang Mischnick erhält Reinhold-Maier-Medaille	23
Birgit Homburger Spitzenkandidatin	25

Das Jahr 2002

FDP startet in den Bundestagswahlkampf	25
„Machen, Machen, Machen!“ - Dreikönigstreffen der Liberalen	26
FDP will im Bund für Reformen sorgen	28
Zitate aus den Reden in Bad Rappenau	29
FDP/DVP ist die Baden-Württemberg-Partei	31
Professor Dr. h.c. Reinhold Würth erhält Reinhold-Maier-Medaille	32
Döring und Homburger läuten FDP-Wahlkampf ein	34
Hochklassiges Tennis beim 22. Liberalen Tennisturnier	36

Kampagnenberichte

mehr davon – die Kampagne der FDP zur Landtagswahl 2001	37
Bürger(innen) können überflüssige Gesetze, Verordnungen und Steuern entsorgen	54
Homburger: „Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit.“	57
Boxenstopp mit dem blau-gelben „Biggi-Mobil“	58
Westerwelle: „Kein Blankoscheck für Stoiber!“	60
Homburger stellt konkrete Bürokratie-abbauliste vor	61
Heilbronn: Auf die FDP kommt es an	63
Westerwelle: Nur mit einer starken FDP kommt Deutschland wieder voran	64
Der Weg zur 18	66
Von der einfachen Homepage zum Multimedia-Portal	79

Inhalt

Gremiensitzungen

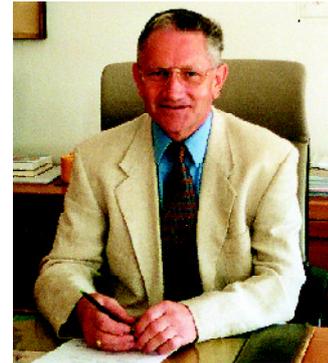
Landesvorstand	80
Kreisvorsitzendenkonferenzen	87
Landesfachausschüsse	88
Kommissionen und Beiräte	105

Organisation

Der organisatorische Aufbau	108
Mitgliederbewegung und Mitgliederverwaltung	113
Serviceleistungen	123
Die überregionale Mitwirkung	127

Vorwort

Die politische und organisatorische Arbeit in den vergangenen zwei Jahren stand ganz im Zeichen der Landtagswahl im Frühjahr 2001 und der Bundestagswahl im Herbst 2002. Engagiert wie selten zuvor hat die Partei auf allen Ebenen diese Wahlkämpfe geführt. Dafür möchte ich allen Funktionsträgern und den vielen Mitgliedern, die ehrenamtlich mitgearbeitet haben, ganz herzlich danken. Leider blieb das Ergebnis bei beiden Wahlen aus unterschiedlichen Gründen hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurück.



In der Landespolitik hat sich die FDP als Motor der notwendigen Reformen erwiesen. Viele wichtige Probleme, die sich in Zeiten der großen Koalition und der absoluten Mehrheit der CDU angehäuft hatten, wurden angepackt und umgesetzt. Daraus leitete sich die Hoffnung auf einen Wahlerfolg ab. Leider konnte aber das herausragende Ergebnis von 1996 nicht gehalten werden. Die durch Wahlumfragen genährten Befürchtungen der bürgerlichen Mitte über ein möglicherweise schwaches Abschneiden der CDU, die Unsicherheit über den Kurs der FDP auf Bundesebene und die vom politischen Gegner wider besseres Wissen bewusst geschürten Spekulationen über eine mögliche Ampelkoalition haben einen höheren Stimmenanteil verhindert. Trotzdem ist es gelungen, eine stabile Regierungsmehrheit zu sichern.

Mit fast noch größeren Erwartungen ist die Partei in den Bundestagswahlkampf 2002 gegangen. Dabei war klar, dass es schwer, wenn nicht gar unmöglich sein würde, einen Spitzenkandidaten vom Format von Dr. Klaus Kinkel zu ersetzen, der aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidierte, aber den Landesverband weiterhin mit ganzer Kraft und zahlreichen Einsätzen in fast allen Wahlkreisen unterstützte. An der neuen Spitzenkandidatin Birgit Homburger, die eine hervorragende Wahlkampagne bestritten hat, lag es nicht, dass der Landesverband trotz eines beispiellosen Einsatzes auf allen Ebenen Stimmen eingebüßt und erstmals den Spitzenplatz unter den Landesverbänden verloren hat. Dafür gab es viele Gründe. Die entscheidende Ursache lag wohl darin, dass es vielen potentiellen Wählern nicht zu vermitteln war, dass wir einerseits zu recht eine grundlegend andere Politik wollten, auf der anderen Seite aber eine Koalition mit dem für die grundlegend falsche Politik Hauptverantwortlichen nicht ausgeschlossen haben. Hier in Baden-Württemberg, wo wir seit sechs Jahren erfolgreich mit der CDU regieren, wog diese Überlegung besonders schwer.

Vorwort

.....

Vor uns liegt ein wahlfreies Jahr. Mit Mut und Zuversicht können wir diese Zeit nutzen, unsere inhaltlichen Positionen auszubauen, neue Themen zu besetzen und die im nächsten Jahr anstehende Europa- und Kommunalwahl organisatorisch und personell vorzubereiten. Nach wie vor steigende Mitgliederzahlen sind dafür eine gute Voraussetzung. Angesichts der chaotischen und leistungsfeindlichen Politik der Bundesregierung erkennen die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr, dass die Liberalen dringend gebraucht werden.

Auch dieser Bericht wird wieder als CD produziert. Das spart Kosten und wird unserem Anspruch an eine moderne Parteiarbeit gerecht. Gegenüber der letzten Ausgabe haben wir die Navigation weiter verbessert und übersichtlicher gestaltet.

Beim Landesvorsitzenden Dr. Walter Döring und beim Landesschatzmeister Richard Drautz fühlte sich die Landesgeschäftsstelle mit ihren Wünschen und Anliegen immer bestens aufgehoben. Ich danke den Mitgliedern des Präsidiums und des Landesvorstandes für gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich danke Olaf Bentlage, der einen großen Teil der redaktionellen Arbeit übernommen und Markus Lochmann, der den Bericht nicht nur grafisch gestaltet, sondern auch technisch umgesetzt hat. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle danke ich für vorbildliche Mitarbeit und engagierten Einsatz.

Stuttgart, den 5. Januar 2003

Karl-Heinz Rübesamen
Hauptgeschäftsführer

Parteiveranstaltungen

Von der Landesgeschäftsstelle wurden in den Jahren 2001 und 2002 außerhalb der Kampagnen zur Landtagswahl und zur Bundestagswahl folgende Tagungen und Veranstaltungen geplant, vorbereitet und durchgeführt:

- 2 Landesparteitage
- 1 Landesvertreterversammlung
- 3 Landeshauptausschusssitzungen
- 2 öffentliche Kundgebungen
- 1 Festakt zum 50-jährigen Jubiläum des Landes Baden-Württemberg
- 1 Festakt zur Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille
- 17 Sitzungen des Landesvorstandes
- 108 Sitzungen der Landesfachausschüsse
- 16 Sitzungen des Präsidiums
- 1 Kreisvorsitzenden- und Kandidaten-Konferenz
- 2 Liberale Tennisturniere
- 2 Dreikönigsbälle

Dreikönigsparteitag 2001
.....

Aus der Badischen Zeitung vom 5. Januar 2001 von Reiner Ruf

Streit in der FDP-Führung bestimmt Landesparteitag

Gerhardt und Westerwelle sorgen für Unruhe auf dem Landesparteitag

Endlich! Kurz vor 18 Uhr konnte FDP-Landeschef Walter Döring auf dem Stuttgarter Parteitag das vorläufige Ende des bizarren Postengeschachers in der Bundespartei verkünden. Vorangegangen war ein ziemliches Hickhack.

Leider ist im politischen Foto-Journalismus das definitive Handy-Bild bereits vergeben. Das zeigt Nicht-Kanzler Gerhard Schröder, wie er auf einem Nordsee-Deich steht und gerade fernmündlich erfährt, dass ihn



der damalige SPD-Chef Rudolf Scharping als wirtschaftspolitischer Sprecher der Partei nicht länger ertragen mag. Wenn es kriselt in der Politik, dann schlägt, nein, piepst die Stunde des Handys.

Wie beim Parteitag der Südwest-FDP im Januar 2001. Walter Döring, der grandios wieder gewählte FDP-Landeschef, findet sich unvermittelt in der Rolle eines Deichgrafen, der verzweifelt die Flut der bösen Nachrichten einzudämmen versucht: Döring stehend, von Kameras umringt, das Handy am Ohr. Döring, auf dem Parteitagspräsidium sitzend, ein Handy entgegennehmend. Was plant Guido Westerwelle, der Generalsekretär? Wie reagiert Wolfgang Gerhardt, der Bundesvorsitzende? Und was bedeutet das für Jürgen Möllemann, den

Dreikönigsparteitag 2001
.....

Möchte-gerne-Kanzlerkandidaten?

Dörings Hals wird dicker und dicker, die Miene so sauerböfisch, dass Klaus Kinkel, der Altstar der Südwest-Liberalen, begütigend auf ihn einredet. Apropos: Kinkel ist für Gerhardt; auf Landesvorstandssitzungen pflegt er mahrend den Finger zu heben, geht es um den Streit um den Parteivorsitz. „Vorsicht“, sagt er dann und meint damit Westerwelle, dessen politische Überzeugungen er für beliebig hält.

Wieder piepst das Handy

Bis zwölf Uhr mittags, bis zum Beginn des Parteitags also, wollte Gerhardt Bescheid geben. Der Bundesvorsitzende ist in Hamburg. In der Stuttgarter Liederhalle aber ertönt ein dreifacher Gong: Die 400 Delegierten strömen in die Halle. High noon. Wieder piepst das Handy, die Kameras laufen. Doch Gerhardt lässt seinem Stellvertreter Döring nur ausrichten, er bitte um weitere Bedenkzeit. Dörings Vize Michael Theurer flüchtet sich in Galgenhumor: Auch er behalte sich eine Kandidatur für den Bundesvorsitz vor.

Am 25. März werden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Landtage gewählt. Ein solcher „Zirkus“ (Döring), wie ihn die Herren Gerhardt, Westerwelle und Möllemann veranstalten, kommt da höchst ungelegen. Was anfangs wie das übliche FDP-Fieber vor der Dreikönigskundgebung aussah, wird plötzlich zum Parteikrimi. Döring macht denn auch vor dem Parteitag aus seinem Herzen keine Mördergrube. Wenn es nicht zu einer einvernehmlichen Lösung komme, „dann fordere ich einen Sonderparteitag“. Zu Möllemann und dessen „Projekt 18“ fällt Döring ein, dass er in seinem Wahlkreis zuletzt 19,6 Prozent geholt habe. „Warum sollte ich mich da verschlechtern?“ Möllemann solle nicht ständig quer schießen. Gerhardt lässt derweil ausrichten, er bitte um weitere Bedenkzeit bis 15 Uhr.

Im Groben entwickeln sich die Dinge zwischen Gerhardt und Westerwelle an diesem Nachmittag so: Der Generalsekretär, das teilt er Döring übers Handy mit, hat sich entschieden: Er will gegen Gerhardt kandidieren. Der wiederum weiß offenbar nicht, wie er reagieren soll: auf dem Bundesparteitag im Mai nicht mehr antreten? Oder doch? Zwischendurch bietet er Westerwelle den Vorsitz der Bundestagsfraktion an, nimmt das Angebot wieder zurück. Gleichzeitig sucht er nach einem Nachfolger für Westerwelle als Generalsekretär.

Inzwischen fährt Westerwelle nach Hamburg, wo er Viertel vor vier auf Gerhardt trifft. Und was vereinbaren die beiden? Nun, zunächst wollen sie ein Glückwunschtelegramm aufsetzen für Döring und sein 96,5-Prozent-Ergebnis bei der Wiederwahl zum Landesvorsitzenden. Aber an welche Adresse das Telegramm schicken? Sie lassen nachfragen - und in Stuttgart piepst mal wieder ein Handy....

Dreikönigsparteitag 2001

Delegierte rüsten sich für die Wahl im März

**Der Kampf um den
dritten Rang**



Mit klaren Abgrenzungen zum Koalitionspartner CDU zieht die baden-württembergische FDP in den Landtagswahlkampf.

Die Südwest-FDP hat beim Dreikönigstreffen in Stuttgart ihren Anspruch bekräftigt, bei der Landtagswahl am 25. März die Grünen als drittstärkste Kraft abzulösen. Mit großer Mehrheit hatten die Delegierten zuvor das Programm zur Landtagswahl am 25. März verabschiedet.

Die FDP lehnt unter anderem die Reform der gymnasialen Oberstufe ab. Die Jungen Liberalen hatten sich mit ihrem Antrag durchgesetzt, die auf Vorschlag von Kultusministerin Annette Schavan (CDU) vom CDU/FDP-Landeskabinett bereits beschlossene Abschaffung des Kurssystems rückgängig zu machen. Ein weiterer Vorstoß der Jungen Liberalen scheiterte: Sie wollten die Videoüberwachung von Plätzen mit hoher Kriminalität in einzelnen Städten wieder aufgeben.

Der Parteitag sprach sich zudem dafür aus, die Kultusministerkonferenz aufzulösen. Zumindest müsse Baden-Württemberg aus dem Gremium ausscheiden. Zugleich machen sich die Liberalen für die flächendeckende Einführung des auf acht Jahren verkürzten Gymnasiums stark.

Auf weiteren politischen Feldern grenzt sich die FDP von ihrem Koalitionspartner ab: Sie fordert die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige. Es sollen Konsumräume eingerichtet werden, in denen die Süchtigen unter hygienischen Bedingungen Drogen einnehmen können. In den Landkreisen und in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern wollen die Liberalen Gleichstellungsbeauftragte sehen. Zudem soll die Zahl der Landtagswahlkreise von derzeit 70 auf 60 verringert werden.

Dreikönigsparteitag 2001

Aus der Rhein-Neckar-Zeitung vom 5. Januar 2001 von Andreas Böhme

Döring attackiert Bündnispartner

Begeisterter Applaus für Rede - Liberale wollen Koalition ihren Stempel aufdrücken - Landesvorsitzender mit 96,5 Prozent wiedergewählt

Zumindest im Südwesten sind die Liberalen einig: Mit einem Traumergebnis von 96,5 Prozent haben sie gestern auf dem Landesparteitag ihren Vorsitzenden Walter Döring wiedergewählt. Der hatte sich zuvor vor allem am Koalitionspartner CDU gerieben.

Am Ende einer energischen Rede beim Landesparteitag der FDP war Walter Döring zum Reimen zumute: „Denn wenn dich keiner sieht noch kennt, dann schaffst du keine zehn Prozent.“ Der Führungsstreit in der Bundespartei und das damit verbundene Medieninteresse waren da nur hilfreich: Döring auf allen TV-Kanälen, nun auch außerhalb der Landesgrenzen präsenter denn je als zorniger, selbstbewusster Parteichef. „Wir ziehen den Karren in dieser Koalition“, sprach er in alle Mikrofone, „wir müssen längst nicht mehr wie die blaugelben Zwerge um Stimmen bettelnd durch die Fußgängerzone laufen.“

Mit der Opposition ging Döring eher milde um. Das erfolgreiche Land dürfe nicht „leichtsinzig Unerfahrenen“ übergeben werden, lautete der Seitenhieb auf die SPD, und die Grünen seien „von ihren besten Zeiten noch weiter entfernt“ als die Schwimmerin van Almsick vom Olympiagold. Von den rechten „Republikanern“ schließlich lasse man sich die gute Visitenkarte des Landes nicht beflecken.

Zum wahren Gegner indes hatte Döring seinen Regierungspartner CDU erkoren. Die Aussage, an der schwarz-gelben Koalition volle fünf Jahre festzuhalten, war so kurz wie unmissverständlich, aber ebenso eindeutig auch die Bedingungen, mit denen die Liberalen dem Bündnis ihren Stempel aufdrücken wollen. Döring: „Bis die CDU überhaupt einmal anfängt, sich Gedanken zu machen, ob sie sich eventuell etwas getrauen könnte, da haben wir längst nachgedacht und vor allem auch gehandelt.“

Ein paar Themen: Die Haushaltskonsolidierung, jetzt auch im CDU-Regierungsprogramm, will die FDP mit einem Verschuldungsverbot in der Verfassung gesichert wissen, die Privatisierung der BW-Bank und der Umbau der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) bleibt Kernforderung. Auch gegen die Privatisierung der EnBW habe sich die CDU lange gesträubt, „jetzt aber finanziert sie 75 Prozent des aktuellen Wahlprogramms genau aus diesen Erlö-

Dreikönigsparteitag 2001

sen“. Kurz: Der Koalitionspartner trat „beidbeinig voll auf die Bremse“, die Privatisierungserfolge seien „am letzten und am wenigsten der CDU“ zu verdanken.

Für den Mittelstand fordert Döring ein zusätzliches 50-Millionen-Programm, wo der Partner nur undotierte Vorschläge unterbreite, Fremdsprachenunterricht an der Grundschule und achtjähriges Gymnasium, „zunächst vehement zurückgewiesen“, fänden nun auch die Unterstützung der Union. Und noch ein Seitenhieb: Die „träge Kultusministerkonferenz“ gehöre abgeschafft - ausgerechnet jetzt, wo die christdemokratische Kabinettskollegin Annette Schavan den Vorsitz übernimmt.

Die rund 400 Delegierten zeigten sich dankbar für eine Rede, die auf Inhalte, Selbstdarstellung und Geschlossenheit, nicht aber Personalien setzte, mit begeistertem Applaus. Und einem Wahlergebnis, das mit 96,5 Prozent um mehr als fünf Punkte besser ausfiel als vor zwei Jahren. Nur acht Delegierte stimmten gegen den Chef - so einzig sind die Liberalen derzeit nur im Südwesten.



Impressionen vom Dreikönigsball 2001 in der Alten Reithalle in Stuttgart

Dreikönigstreffen 2001 aus der Südwest Presse vom 8. Januar 2001 - von Bettina Wieselmann

Zu viele Spitzenleute, zu wenig Volk

Dreikönig - und die FDP hat einen netten König. Doch mit Guido Westerwelles Nominierung zum Bundesvorsitzenden sind Jürgen Möllemanns Ambitionen nicht befriedigt. Den Liberalen im Land bleibt die Hoffnung, bis zur Wahl den ärgsten Streit hinter sich zu haben.



Eigentlich wollte er vorgestern mit dem Fallschirm auf dem Stuttgarter Schlossplatz landen. Das wusste Walter Döring zu verhindern. Doch auch kleine Gesten taugen für große Auftritte: Im proppenvollen Stuttgarter Staatstheater sehen 1400 Dreikönigkundgebungsfans, dass Jürgen Möllemann, der ewige Störenfried liberaler Familien-Behaglichkeit, sich auch mal mannschaftsdienlich verhalten kann: Er verlässt den unattraktiven Platz in der zweiten Reihe auf dem Podium und stellt dem Redner ein Glas aufs Pult. Die prompte Replik Guido Westerwelles, gerade mit Möllemann-Einsatz zum designierten FDP-Bundesvorsitzenden aufgestiegen, sorgt für befreites Lachen in der Oper: „Damit ist klargestellt, dass Jürgen Möllemann mir sehr wohl das Wasser reichen kann.“

Hinter dem Scherz steckt Ernst: Der Noch-Generalsekretär weiß nur zu gut, dass sein nordrhein-westfälischer Landeschef auch künftig nicht gedenkt, sich mit der Rolle des Wasserträgers zu begnügen.

Rückblende. Freitagmittag halb eins: Der FDP-Landesparteitag arbeitet sich durch die Anträge. In 79 Tagen ist Landtagswahl. Zweistellig wollen die Liberalen werden, dritte Kraft vor den Grünen, „Profilierung durch Inhalte“ lautete am Vortag die Vorgabe ihres bravourös wiedergewählten Vorsitzenden, Wirtschaftsminister Walter Döring. Trotzig gibt der Tagungsleiter Anweisung weiterzumachen, als Möllemann im Kamera-Pulk in den Hegelsaal des Stuttgarter Kongresszentrums einzieht.

Dreikönigstreffen 2001

.....



**drei
könig
2001**

Kühl wird er empfangen, die Vorbehalte gegen den ungeliebten Quertreiber sind mit Händen zu greifen. Der rechnet Journalisten später schnoddrig die Vorteile des öffentlichen Rummels um das Gezerre an der Parteispitze vor: „Das hat uns zwei bis drei Millionen Mark für eine Werbekampagne erspart.“ Auch eine Sicht. Schließlich ist die Bundespartei quasi bankrott.

Nur zu gern hätten sich die Südwest-Liberalen der Vorstellung hingegeben, dass die gerade erfolgte Demontage ihres vielleicht nicht mitreissenden, aber redlich-geraden Bundesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt doch irgendwie einvernehmlich von statten gegangen ist. Lange auch hatte Döring Gerhardt Loyalität bekundet. Bis ihm am Mittwochabend im Landesvorstand klar gemacht worden war, wenn es zur Kampfkandidatur Westerwelles kommen sollte, dann stünden auch die eigenen Reihen nicht mehr fest zu Gerhardt. Fortan wusste dieser: Es bleibt ihm allein der Vorsitz der Bundestagsfraktion. Dass Gerhardt bis zur Entscheidung fast noch einen Tag brauchte, lag auch an Klaus Kinkel, der ihn intensiv bekniete, bloß standhaft zu bleiben.

Stunden vor Möllemanns-Eintreffen hatte der Ex-Außenminister das Wort ergriffen und stehende Ovationen von den Parteifreunden geerntet. „Etwas Handstreichartiges hat in der Politik Einzug gehalten. Man erlebt Blitzsiege und Frontwechsel über Nacht.“ Um Kanzler Schröder ging's vorgeblich. Und traf doch passgenau die Situation an der FDP-Spitze. Doch Kinkel („ich will keine Möllemannisierung der Partei“) war das nicht deutlich genug: „Anzeichen einer Treibjagd“ habe es gegeben. Und weiteres Unheil droht: „Herr Möllemann, geben Sie jetzt Ruhe.“ Es könne doch nicht sein, dass alle anderen „Schnarch und Schlafnasen“ seien, ein einziger aber „der Tausendsassa“ der Partei. Oder doch? Als Jürgen Möllemann sein eigentlich auf eine viertel Stunde begrenztes Grußwort nach 34 Minuten beendet, spenden die 400 Delegierten mehr als bloß freundlichen Beifall.

WaagscheiBerle-Partei ade

So prägnant hat den Südwest-Liberalen noch keiner gelöffelt, dass es mit der bequemen Position der „WaagscheiBerle“-Partei vorbei ist, dass die Grünen im Westen, die PDS im Osten mit der FDP in der Rolle als Koalitionspartner konkurrieren, sie „zu vernichten drohen“. Das Rezept von Möllemann: Nur wenn die Liberalen sich dem „Projekt 18“ verschrieben, sich nicht mehr mit der Rolle als „ewiger Juniorpartner“ begnügten, sondern „im Wettbewerb der Großen“ mitspielten, „werden wir eine große Partei, Gleiche unter Gleichen!“

Dreikönigstreffen 2001

Soviel Zustimmung Möllemann für die Vision von der liberalen Volkspartei erhält - Buh-Rufe provoziert seine Forderung, für die Bundestagswahl einen auf eine Meinungsumfrage gestützten Kanzlerkandidaten aufzustellen, weil „die Botschaft ein Gesicht braucht, anders transportieren die Medien sie nicht.“ Zu durchsichtig kommt den allermeisten das Ansinnen daher. Die Erfindung dieser „für die FDP hirnrissigen“ (Döring) Spitzenposition für den in die Bundespolitik zurückstrebenden Möllemann gefährde das neue Tandem an der Spitze schon, bevor es richtig in Fahrt komme. „Ein Team ist ein Team, man muss sich auch einmal zurücknehmen können“, schleudert Gerhardt dem starr auf den Podiumstisch blickenden Dauer-Kontrahenten entgegen. Und das Große Haus spendet großen Applaus.

Von Guido Westerwelle, der in der Oper auch einen Auftritt als zerknirschter Königsmörder gab, dem „lieben Herrn Gerhardt“ versicherte, er spüre „die Schwere der Entscheidung auch körperlich“, musste Möllemann zuvor nur eine Absage an den populistischen Umfrage-Vorschlag hinnehmen. Der Kanzler-Kandidaten-Nummer dagegen soll der 39-Jährige Aufsteiger durchaus etwas abgewinnen können. Vielleicht muss es ja nicht Möllemann sein ... Zunächst aber gilt es dem Volk die selbstbewusste Botschaft einzuhämmern: „Wir sind eine Partei für das ganze Volk.“ Jedenfalls für die weltoffenen, technologiefreundlichen, mobilen Leistungsträger. „Es ist die Geisteshaltung, die diese Menschen mit uns verbindet.“ Beifall für Westerwelle.

Politischer Aschermittwoch 2001
.....

Döring will wieder Vize-Teufel werden - Aus der Heilbronner Stimme vom 21. März 2001 von Detlef Hintze



FDP in Bad Rappenau: Kinkel attackiert Fischer

Baden-Württembergs Liberale sonnen sich 25 Tage vor der Landtagswahl im Stimmungshoch der Meinungsforscher. Und die Farbe der Sonne soll dafür sorgen, dass niemand die FDP-Plakate übersieht. FDP, das sind die Gelben, und „Gelb geht gut - mehr davon“ ruft Parteichef Walter Döring den 500 Zuhörern im Bad Rappenauer Kursaal zu. Beim ersten politischen Aschermittwoch der Landes-FDP wird Selbstbewusstsein und Zuversicht demonstriert, eine Erfolgsbilanz selbst geschrieben und etwas mitleidig, vielleicht auch besorgt auf den Zustand des Koalitionspartners („Lethargie“) geschieht.

„Will Walter Döring Ministerpräsident werden? „, hatten unlängst einige Zeitungen gefragt und damit auf eine mögliche Ampelkoalition angespielt. Döring antwortet unter Gelächter: „Ich bleibe Vize-Teufel!“ „Wir ampeln und hampeln nicht“, fällt das Bekenntnis zur CDU-FDP-Koalition unmissverständlich aus. Beifall bei Kaffee und Kuchen, schon gar keine bierselige Stimmung wie andernorts beim politischen Aschermittwoch. Man ist etwas vornehmer, baut auf die eigene Leistungsbilanz und weniger auf polemisches Gepolter wider den politischen Gegner. Döring wirbt in eigener Sache: „Bei allen relevanten Wirtschaftsdaten ist Baden-Württemberg Nummer Eins“.

Hintersinnig endet er mit Blick auf das enfant terrible der Liberalen: „Ich wünsche mir, dass wir besser abschneiden als Möllemann in NRW „. Parteichef Gerhardt, Justizminister Goll, Fraktionschef Pfister - bis auf den künftigen Partei-Vorsitzenden Westerwelle haben die Liberalen alles aufgeboten, was Rang und Namen hat.

Ex-Außenminister Klaus Kinkel wirbt: „Wir müssen uns sensibler um Kinder, Ältere und Behinderte kümmern“. Dann verliere die FDP auch das Klischee von der „sozialen Kälte „. Der Wiedereinzug der Republikaner - „die beschäftigen den Landtag nur mit Anfragen und haben nichts bewegt“ - müsse unbedingt verhindert werden. Sichtlich erregt: „Der ist ein Lümmel“, attackiert der sonst eher bedachte Kinkel Daniel Cohn-Bendit und dessen „päophile Beschreibungen“ als Kindergärtner. Kaum weniger wütend zitiert er neue Vorwürfe gegen seinen Amtsnachfolger Joschka Fischer. Der soll eine Zeit lang seinen Lebensunterhalt durch Bücherklau finanziert haben. „Das war ein Eigentumsdelikt und kein Kavaliersdelikt.“ „Von

Politischer Aschermittwoch 2001

was für Leuten werden wir regiert“, fragt Kinkel. Die versagen bei der EU-Osterweiterung. Und zum Antrittsbesuch in Washington, wo Fischer die USA wegen des Bombardement auf Bagdad nicht kritisieren wollte, sagt Kinkel: „Ich nenne das kuschen!“

Ausgerechnet Fischer, der als Oppositionspolitiker „großkotzig Menschenrechtsfragen wie eine päpstliche Enzyklika verkündet hat“, schweige sich bei seinen Reisen heute aus. Erstmals hat der Ex-Minister seinem Ärger über die Arbeit seines Nachfolgers Luft gemacht und hinzugefügt: „Wenn in diesem Land alles beliebig wird, die Konvertiten sich nur entschuldigen müssen - dann gute Nacht Deutschland.“

Wahlparteitag der FDP in Ulm



Aus dem Mannheimer Morgen vom 14. Mai 2001 von Peter Reinhardt

Parteitag der Südwest-FDP vertagt die Wahlrechtsfrage

"Einen Rest an Lebensqualität" bescheinigt Walter Döring seiner Basis am Ende des Parteitags. Scheint doch draußen vor den Glasfronten des Ulmer Congress-Centrums die Sonne, während im Einsteinsaal die 400 Delegierten sich den Frust über die Koalitionsvereinbarung mit der CDU von der Seele reden. Aber nach vier Stunden ist das Scherbengericht vorbei und das Papier mit einer übergroßen Mehrheit verabschiedet.

Döring selbst hatte gleich zu Beginn zum Rückzug geblasen. "Wir streichen die Passage zum Wahlrecht ersatzlos", ruft er den Delegierten zu. Die angekündigte Klage des Karlsruher FDP-Kreisvorsitzenden Otto Hagena vor dem Staatsgerichtshof liefert ihm die passende Begründung: Nach der Entscheidung des Gerichts könne man Ende 2002 das Thema neu mit der CDU verhandeln. Das reiche noch, um bis zur Landtagswahl 2006 eine Regelung zu zimmern. "Schlüssig und logisch" sei das.

So entgeht Döring, der erst vor Wochenfrist nur ganz knapp als stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender wiedergewählt wurde, einer weiteren Schlappe. Aber vorsichtshalber liefert er die Interpretation der Kehrtwende gleich mit: "Wenn ich akzeptiere, was die Partei will, ist das keine Niederlage." Doch an der folgenden Aussprache hat Döring, der in der Koalitionsvereinbarung "bei aller Enttäuschung" eine "ganze Reihe wichtiger Ziele der FDP" festgeschrieben sieht, wenig Freude. Besonders Juli-Chef Jörg Brehmer und dessen Vorgänger Florian Bauer heizen ein: Beim Wahlrecht, in der Drogenpolitik und bei der Privatisierung hätten die Unterhändler Döring, Fraktionschef Ernst Pfister und Justizminister Ulrich Goll "klare Parteitagsbeschlüsse ignoriert". Zu vage sei das Papier formuliert, kein Aufbruch erkennbar. "Die zwei Stimmen, die die CDU von uns braucht, hätte sie teurer erkaufen müssen", bilanziert Brehmer. Peinlich sei, dass sich die "Partei des schlanken Staates" ausgerechnet im Kampf um zwei zusätzliche Landtags-Vize auf die Hinterbeine stelle. Bauer: "Diese Reißzähne hätte ich mir bei anderen Punkten gewünscht."

Den Ausputzer macht Ex-Außenminister Klaus Kinkel. "Döring hat Fehler gemacht", gibt der populäre Senior zu. Man müsse aber auch sehen, welche bitteren Erfahrungen ein Vorsitzender manchmal mache. Gerade deshalb brauche der jetzt alle Unterstützung. Die Botschaft kommt an. Mit elf Nein und fünf Enthaltungen kann der Vormann gut leben. "Ich bin hoch motiviert", verabschiedet Döring die Basis.

Landeshauptausschuss der BW-FDP in Ilshofen

Südwest-FDP betont Chancen der EU-Osterweiterung

Antrag zur EU-Osterweiterung verabschiedet

20.10.2001 - (Ilshofen)

Die baden-württembergische FDP hat bei einem Kleinen Parteitag in Ilshofen einen Leitantrag zur Europapolitik angenommen. Darin wird die rasche Osterweiterung der EU gefordert, aber ebenso die Einhaltung der Beitrittskriterien angemahnt. Die Europäische Union selbst sei bisher ungenügend auf die Erweiterung vorbereitet,



da der Vertragsentwurf von Nizza keine ausreichende Grundlage dafür bietet, dass die europäischen Institutionen auch in einem Kreis von bis zu 27 Mitgliedern funktionsfähig und effizient bleiben. Die Erweiterung der EU, die auch ein Stück Wiedervereinigung Europas darstellt, liegt im ureigenen Interesse Deutschlands» heißt es in dem Leitantrag weiter. Die FDP forderte, dass die ersten Beitrittsstaaten als Mitglieder der Union schon an den nächsten Europawahlen im Jahr 2004 teilnehmen sollten. Das Rechtssystem in den Kandidatenländern müsse rechtsstaatlichen Mindestanforderungen genügen, mahnt die FDP. Im Leitantrag formuliert wird auch die generelle Einführung von Mehrheitsentscheidungen, eine Reform europäischer Institutionen sowie eine umfassende Agrarreform.

Die Delegierten des Kleinen Parteitags erweiterten den Leitantrag noch um ein verkehrspolitisches Kapitel. Danach soll es schnellstmöglich ein vom Bund finanziertes Programm zum Thema Transitverkehr geben. Nach Ansicht des baden-württembergischen FDP-Vorsitzenden Walter Döring ist die geplante Osterweiterung der EU ein wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung. Je stabiler und sicherer die Verhältnisse in den Beitrittsländern seien, desto besser für Europa, sagte der Wirtschaftsminister in der CDU/FDP-Landesregierung. «Baden-Württemberg rückt ins Herz Europas», erinnerte Döring die Delegierten. An den

Landeshauptausschuss der BW-FDP in Ilshofen

Fachkräftemangel im Land erinnernd, appellierte der FDP-Politiker, die Zuwanderung nicht allzu rigide zu handhaben.

Der Europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Haussmann, betonte, dass gerade nach dem 11. September 2001, die EU-Erweiterung wichtiger denn je sei. Nur so könne im gemeinsamen Europa Frieden und Sicherheit garantiert werden.

Der stellvertretende Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Tilman Todenhöfer, erläuterte die Chancen der EU-Erweiterung aus Sicht der Wirtschaft. "Die Erweiterung ist auch eine Chance für WestEuropa das Tempo bei den dringend erforderlichen Reformen zu erhöhen", so Todenhöfer.

Der Budapester Weltwirtschaftsforscher, Prof. Dr. András Inotai, warb für einen zügigen Beitrittsprozess und warnte vor einer langen Hinhaltetaktik. "In der EU wird immer über die Kosten des Beitritts gejammert, aber kommt diese Erweiterung nicht, dann werden die Kosten für ganz Europa noch viel höher sein", sagte Inotai.

Der frühere Bundeaußenminister Klaus Kinkel forderte wieder mehr Visionen und Wärme im Beitrittsprozess durch die bisherigen EU-Mitgliedsstaaten. "Es wird Zeit, dass die Beitrittsländer ein Licht am Ende des Tunnels sehen. Sie haben enorme Anstrengungen unternommen und dürfen nicht mit immer noch weiteren Forderungen verärgert werden", betonte Kinkel in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für Europa.

Die Verschiebung der Landesvertreterversammlung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Somit bleibt es bei dem Termin 8. Dezember.

Wolfgang Mischnick erhält Reinhold-Maier-Medaille

Südwestliberale ehren "Mister Bundestag"

03.12.2001 - Stuttgart - Der ehemalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, ist mit der Reinhold-Maier-Medaille geehrt worden. FDP-Landeschef Walter Döring würdigte Mischnick bei der Verleihung am Sonntag in Stuttgart als Menschen mit klaren politischen Konzepten und Ausdauer.



Mischnick habe seine Rolle als Fraktionsvorsitzender nicht als "Zuchtmeister" verstanden, sondern durch Überzeugungsarbeit gemeinsame Lösungen erzielt. Er sei es gewesen, der im Januar 1969 als erster einen Entwurf für einen Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf den Tisch gelegt habe.

Mischnick forderte in seiner Dankesrede, der politischen Bildung in Deutschland weiter einen hohen Stellenwert einzuräumen. Wer beklage, dass sich junge Menschen rechts- oder linksradikalen Parteien zuwenden, müsse auch dafür sorgen, dass politische Bildung vor allem in den Schulen unterstützt werde. Mischnick war von 1961 bis 1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. In der FDP-Bundestagsfraktion wirkte er von 1959 bis 1961 als Parlamentarischer Geschäftsführer.

Das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion hatte Mischnick von 1963 bis 1986 inne, danach stand er bis 1991 an der Spitze der Fraktion. Die Reinhold-Maier-Medaille erinnert an den ersten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs (1889-1971). Seit 1989 verleiht die Südwest-FDP die Auszeichnung jährlich an Persönlichkeiten, die sich um die Verbreitung und Förderung liberalen Gedankengutes verdient gemacht haben.

Landesvertreterversammlung 2001
.....

Birgit Homburger Spitzenkandidatin

Landesvertreterversammlung wählt in Pforzheim Kandidaten für Landesliste

08.12.2001 - Die LVV der baden-württembergischen FDP hat heute die Bundestags-abgeordnete Birgit Homburger mit 319 von 395 abgegebenen Stimmen (80,96%) zur Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2002 gewählt. Auf Platz zwei der Landesliste wurde im zweiten Wahlgang Harald Leibrecht gewählt, der sich gegen Prof. Dr. Helmut Haussmann mit 210 zu 186 Stimmen (52,90% im zweiten Wahlgang)durchsetzen konnte. Platz drei eroberte Ulrich Heinrich mit 345 von 390 abgegebenen Stimmen (88,92%). Platz vier ging an Ernst Burgbacher mit 289 von 395 abgegebenen Stimmen (73,54%). Auf Platz fünf wählten die Delegierten den Bundestagsabgeordneten Dirk Niebel mit 325 von 390 abgegebenen Stimmen (84,42%). Platz sechs erreichte Sibylle Laurischk mit 213 von 395 abgegebenen Stimmen (54,20%), die sich gegen den stellv. Landesvorsitzenden Ulrich Eidenmüller durchsetzte.



Mit Platz sieben kam auch Prof. Dr. Helmut Haussmann auf einen aussichtsreichen Listenplatz, nachdem er den Stuttgarter Kandidaten Ulrich Scholtz mit 225 zu 165 Stimmen (56,96%) von Platz sieben verdrängen konnte. Platz acht ging an den Spitzenkandidaten der Jungen Liberalen Felix Glaser, der sich im zweiten Wahlgang um Platz acht gegen Jochen Dreixler mit 200 zu 165 Stimmen behauptete (52,22%). Platz neun erreichte Hartfrid Wolff mit 274 Stimmen (72,68%). Platz 10 gehört Patrick Evers. Er erreichte 181 von 374 abgegebenen Stimmen und damit 48,66% im zweiten Wahlgang.

94. Ord. Landesparteitag der Südwest-Liberalen in Stuttgart

FDP startet in den Bundestagswahlkampf

Dreikönig 2002



05.01.2002 - Heute versammelten sich die 400 Delegierten der Südwest-FDP zu ihrem 94. Ordentlichen Landesparteitag im Kultur- und Kongress-zentrum Liederhalle in Stuttgart. Als Redner traten Landeschef Walter Döring, Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion Ernst Pfister, Prof. Dr. Karl Sperling vom Institute of Human Genetics, Charité Campus Virchow-Klinikum und der stellvertretende Landesvorsitzende Ulrich Eidenmüller auf. Als Überraschungsredner konnte die baden-württembergische FDP am späten Nachmittag noch den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann begrüßen, der dem Parteitag ein kurzes Grußwort widmete.

Walter Döring sprach in einer kraftvollen Rede zum Thema "DIE FDP - GARANT EINER ERFOLGREICHEN REGIERUNG" und Ernst Pfister hatte sich das Motto "BADEN-WÜRTTEMBERG HÄLT KURS - DIE ERFOLGE LIBERALER REGIERUNGSPOLITIK" auf sein Redemanuskript geschrieben. Prof. Sperling referierte in einem spannenden Vortrag unter der Überschrift "DAS HUMANGENPROJEKT: MEDIZINISCHE KONSEQUENZEN UND ETHISCHE IMPLIKATIONEN".

Der stellvertretende Landesvorsitzende Ullrich Eidenmüller brachte den Leitantrag des Landesvorstandes ein, um dessen Thema sich eine spannende Diskussion entwickelt hatte: Den Umgang mit der Bio- und Gentechnologie in Zeiten der Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Der Antrag des Landesvorstandes wurde nur mit knapper Mehrheit gegen einen Antrag der Jungen Liberalen nach einem "Hammelsprung", d.h. einer Einzelzählung der abgegebenen Stimmen durch das Verlassen und Wiederbetreten des Sitzungssaales durch die Delegierten, angenommen.

Am späten Nachmittag begrüßte die Südwest-FDP, zweitstärkster Landesverband der FDP bundesweit, die Führungsspitze der Partei aus Nordrhein-Westfalen: Parteichef Guido Westerwelle und Jürgen W. Möllemann, der ein kurzes aber kräftiges Grußwort an die Delegierten richtete, dabei an das Wahlkampf-Ziel 18% erinnerte und zum gemeinsamen Kampf für dieses Ziel aufrief. fordert. Um die für den Wettbewerbsföderalismus notwendige Neugliederung der Länder zu erreichen, setzt die Südwest-FDP auf eine Grundgesetzänderung, die eine entsprechende Abstimmung aller Bundesbürger vorsehen soll.

Am späten Nachmittag begrüßte die Südwest-FDP, zweitstärkster Landesverband der FDP bundesweit, die Führungsspitze der Partei aus Nordrhein-Westfalen: Parteichef Guido Westerwelle und Jürgen W. Möllemann, der ein kurzes aber kräftiges Grußwort an die Delegierten richtete, dabei an das Wahlkampf-Ziel 18% erinnerte und zum gemeinsamen Kampf für dieses Ziel aufrief. fordert. Um die für den Wettbewerbsföderalismus notwendige Neugliederung der Länder zu erreichen, setzt die Südwest-FDP auf eine Grundgesetzänderung, die eine entsprechende Abstimmung aller Bundesbürger vorsehen soll.

Dreikönigstreffen 2002

Dreikönig 2002

„Machen, Machen, Machen!“ - Dreikönigstreffen der Liberalen

Möllemann landet mit Fallschirm vor Stuttgarter Staatstheater - Westerwelle fordert gerechte Steuer- und Bildungspolitik



06.01.2002 - Die Führung der FDP präsentierte sich heute unter dem Motto "machen, machen, machen" kämpferisch und geschlossen auf dem traditionellen Dreikönigstreffen im Stuttgarter Staatstheater. Es sprachen der Landesvorsitzende der Südwest-FDP Walter Döring, die Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl in Baden-Württemberg Birgit Homburger, Generalsekretärin Cornelia Pieper, der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Wolfgang Gerhardt und der Parteivorsitzende Guido

Westerwelle. Die Stimmung im altherwürdigen Hause war besonders gut, nachdem der Landesvorsitzende aus NRW Jürgen Möllemann einen etwas außergewöhnlichen Weg in das Stuttgarter Staatstheater gewählt hatte: Er war aus 1800 Metern Höhe mit dem Fallschirm sicher vor dem Hause gelandet.

Die FDP will laut Walter Döring im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bund staatliche Subventionen deutlich kürzen. So müsse der Staat aus der Förderung des Steinkohlebergbaus aussteigen und diese Milliardensummen für die Bildung nutzen, sagte Döring. Überdies müssten alle Subventionen um zehn Prozent verringert und auf höchstens fünf Jahre befristet werden. Döring rief die FDP auf, für eine Ablösung der rot-grünen Bundesregierung zu kämpfen. Bundeskanzler Schröder und die Grünen hätten es mit ihrer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu verantworten, dass Deutschland in Europa Schlusslicht bei der wirtschaftlichen Entwicklung sei. Schuld daran seien die Ökosteuer, unzureichende steuerliche Entlastungen für die Bürger und den Mittelstand, Reformstau im Gesundheitswesen und zu wenig Flexibilität in der Arbeitsmarktpolitik.

In der Bildungspolitik forderte Döring die Eltern auf, ihre Verantwortung für die Erziehung stärker wahrnehmen. An den Schulen und Hochschulen müsse mehr auf Wettbewerb und Leistungsbereitschaft geachtet werden. Deshalb seien auch allgemeine Studiengebühren sinnvoll. Sie würden die Konkurrenz unter den Hochschulen um die bessere akademische

Dreikönigstreffen 2002

Ausbildung fördern. In Baden-Württemberg hätten die Gebühren für Langzeitstudenten trotz einer Zunahme der Einschreibungen die Studentenzahlen deutlich gesenkt.

Einen grandiosen Auftritt feierte die Spitzenkandidatin der baden-württembergischen FDP für die Bundestagswahl, Birgit Homburger: In einer sprühenden Rede erinnerte sie an urliberale Tugenden in der Gesellschaft, plädierte für den Mittelstand und forderte Freiheit in Verantwortung für alle. Homburger begeisterte das Publikum im Staatstheater bishin zu stehendem Applaus und auch die Parteispitze zeigte sich von der würzigen Spitzenkandidatin sichtlich beeindruckt. Die FDP will nach der Bundestagswahl in einer Koalitionsregierung vor allem das Bundesbildungsministerium übernehmen.

Das kündigte Parteichef Guido Westerwelle an. Westerwelle übte heftige Kritik an der Bildungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Die FDP werde einen Koalitionsvertrag auch nur dann unterschreiben, wenn er einen klaren Schritt zu einem niedrigeren, einfacheren und gerechteren Steuersystem für ganz Deutschland enthält. Der FDP-Chef verteidigte das umstrittene 18-Prozent-Wahlziel der Liberalen.

Dieses Ziel sei nicht nur strategisch richtig, sondern auch realistisch und nach jüngsten Meinungsumfragen "zum Greifen nahe". Die FDP wolle so stark werden, dass sie mit einer der beiden großen Parteien, SPD oder CDU, eine Regierung bilden könne. Eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen lehnte Westerwelle erneut ab.

"Die Grünen müssen raus aus der Regierung, sie schaden unserem Land", sagte er. FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper sagte, die FDP habe allen Grund optimistisch zu sein. Die Partei habe sich klar als eine der drei großen politischen Kräfte in ganz Deutschland etabliert. Die Grünen seien nur Regionalpartei West, die PDS Regionalpartei Ost.

Politischer Aschermittwoch 2002 in Bad Rappenau

FDP will im Bund für Reformen sorgen



13.02.2002 - Bad Rappenau - Mit heftigen Attacken gegen die rot-grüne Koalition hat die Südwest-FDP bei ihrem politischen Aschermittwoch den Bundestagswahlkampf eingeläutet. Die Spitzenkandidatin der Landes-FDP bei der Bundestagswahl, die Bundestagsabgeordnete Birgit Homburger, sagte in Bad Rappenau (Kreis Heilbronn), „Pleiten, Pech und Pannen kennzeichnen die einzelnen Ressorts der Bundesregierung“. Landeschef Walter Döring warf Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vor, die Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland mitzutragen.

„Der Vier-Millionen-Kanzler hat mit seiner Politik des Verrammelns und Verriesterns dem Arbeitsmarkt jegliche Flexibilität genommen“, kritisierte der Vize-Regierungschef. Deutschland als frühere Wachstumslokomotive der EU sei nun zu einem Schlafwagen verkommen. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende bekräftigte vor 350 Gästen den Anspruch der Liberalen, der nächsten Bundesregierung anzugehören. Sollte die FDP dieses Ziel erreichen, werde sie sich zuallererst für niedrigere, einfachere und gerechtere Steuern einsetzen.

Homburger kritisierte: „V-Mann-Affäre, geschönte Vermittlungszahlen, steigende Arbeitslosigkeit und explodierende Krankenkassenbeiträge - überall, wo man hinblickt nur aufgeschobene Probleme aber keine gelösten Fragen.“ Auch beim Thema Bildung sei die Bundesregierung bisher untätig gewesen. Die Bundestagsabgeordnete kündigte an, die FDP werde die Bereiche Arbeit, Bildung und Mobilität in den Vordergrund des Wahlkampfes stellen.

Der frühere Bundesaußenminister Klaus Kinkel warf Schröder vor, keine Visionen oder ein langfristiges Konzept für die europäische Politik zu haben. „Es ist verheerend wie der Bundeskanzler mit der Europäischen Kommission und den europäischen Partnern umgeht“, sagte Kinkel. Bei der Bundesregierung klappe «Wollen und Können, was die Rolle Deutschlands und der Bundeswehr» angehe, weit auseinander. «Die Bundeswehr ist vollkommen unterfinanziert und Deutschland kann mit den anderen europäischen Staaten im internationalen Konzert mit den Vereinigten Staaten nicht mitspielen», erklärte Kinkel. Deutschland müsse sich am internationalen Kampf gegen des Terrorismus beteiligen. Die Bundeswehr sei aber dazu derzeit nicht in der Lage.

Politischer Aschermittwoch 2002 in Bad Rappenau

Zitate aus den Reden in Bad Rappenau

14.02.2002 - *Wir verwechseln nicht Frau Christiansen mit Frau Merkel und wir brauchen auch keine zwei Cousinen wie der Bundeskanzler, um im Osten präsent zu sein.*

(Richard Drautz - stv. Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion)

„Pleiten, Pech und Pannen kennzeichnen die Politik der Bundesregierung. Eichels Haushalt eine große Pleite, Scharpings dritter Frühling Pech und Schilys V-Männer eine verheerende Panne!“

(Michael Link - Heilbronner FDP-Bundestagskandidat)

*„Die Grünen schlucken heute mehr Kröten als sie früher über die Straße getragen haben!“
„Rudolf Scharping wirft erst das Handtuch, wenn er einen Liegestuhl sieht!“*

(Walter Döring - stv. FDP-Bundesvorsitzender)

„Rot-Grüne Justizpolitik ist ein Stück aus dem Tollhaus!“

(Ulrich Goll - Justizminister)

„Wer Gregor Gysi zum Wirtschaftssenator macht, kann auch König Herodes zum Vorsitzenden des Kinderschutzbundes machen!“

(Ernst Pfister - Vorsitzender der FDP-DVP-Landtagsfraktion)

„Keiner ruft mich an. Bitte ruft mich doch an!“

(Der frühere Bundesaußenminister Klaus Kinkel über Bundeskanzler Schröder, der unbedingt im „Konzert der Großen“ mitspielen wollte.)

Es gibt immer noch Mitglieder in der Bundesregierung, die glauben, die PISA-Studie sei eine Neubewertung toskanischer Badestrände!“

(Birgit Homburger - Spitzenkandidatin der Südwest-FDP zur Bundestagswahl)

Festakt der Südwest-FDP zu 50 Jahre Baden-Württemberg

FDP/DVP ist die Baden-Württemberg-Partei

03.03.2002 - Die baden-württembergische FDP/DVP feierte bei einem Festakt das 50jährige Jubiläum des Landes Baden-Württemberg. Der stellvertretende FDP/DVP-Landesvorsitzende und Karlsruher Bürgermeister, Ullrich Eidenmüller, konnte über 800 Gäste in der Alten Reithalle im Stuttgarter Hotel Maritim begrüßen, die aufmerksam die Reden



von Staatsminister a.D., Karl Moersch, von dem FDP/DVP-Landesvorsitzenden Walter Döring und dem FDP-Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff verfolgten. Karl Moersch, der zusammen mit Peter Hoelzel ein Buch zum Landesjubiläum veröffentlicht hat, schilderte eindrucksvoll und sehr lebendig die ersten Gespräche über die Gründung des Südweststaates. Er wusste von Anekdoten über Reinhold Maier und Theodor Heuss zu berichten, die bisher niemand so oder so ähnlich geschildert hat. Er sprach von den Überlegungen zu Beginn der Weimarer Republik aus Baden und Württemberg ein Land zu machen und von den Hindernissen, die schon damals in den Weg gelegt wurden.

Der FDP-Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Walter Döring rief anlässlich des Landesjubiläums von Baden-Württemberg zur Einigkeit auf. "Eigenbrötlereien und Eigenwilligkeiten im Verbands- und Vereinswesen sind dem Anschein nach immer noch ein Baden-Württemberg-Problem", sagte Döring bei dem Festakt der FDP, der feierlich von Solisten aus der Opernklassse der Musikschule Karlsruhe und dem Ariosa-Quartett umrahmt wurde. Um den eigenen Posten zu sichern, würden Funktionäre noch heute den Bindestrich im Landesnamen als Trennungsstrich missbrauchen. "Man kämpft, offiziell im Namen Badens, aber die angeblich badischen Interessen sind auf wundersame Weise oft deckungsgleich mit persönlichen Interessen", konstatierte der FDP-Politiker.

Festakt der Südwest-FDP zu 50 Jahre Baden-Württemberg

Der Südwesten büße Einfluss ein, wenn sich zum Beispiel Wirtschaftsverbände auf Bundesebene mit einem württembergischen, südbadischen und nordbadischen Vertreter zu Wort meldeten. "Leider existiert in vielen Köpfen eine Grenze zwischen Badenern und Württembergern".

Darüber hinaus würden sich laut Meinungsumfragen die meisten Einwohner im Südwesten in erster Linie mit ihrer Region identifizieren und sich etwa als Kurpfälzer, Hohenloher oder Oberschwaben beschreiben. Döring würdigte die Rolle des früheren FDP-Ministerpräsidenten Reinhold

Maier (1889-1971). "Die Vereinigung der drei südwestdeutschen Länder war alles andere als einfach oder gar selbstverständlich. Es bedurfte eines starken Willens, den Reinhold Maier zweifelsohne hatte". Die Liberalen bekräftigten an diesem Tag ih-



ren Anspruch als die Baden-Württemberg-Partei. "Ohne die Liberalen hätte es dieses wunderschöne Bundesland nicht gegeben", so Döring.

Der Gastredner und FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff lobte den Südwesten als "Musterländle" für Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft. "Es ist, so weiß ein jeder, das Land, in dem Wohlstand, gutes Essen und guter Wein gedeihen." Lambsdorff kritisierte den heute praktizierten Föderalismus in Deutschland. "Er basiert nicht auf eigenständigen und exklusiven Kompetenzen und Hoheitsrechten der Länder." Der frühere Bundesvorsitzende der Liberalen plädierte für eine klarere Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Dazu gehöre auch eine gewisse Steuerhoheit der einzelnen Bundesländer. "Nur so wird Politik wieder berechen- und erlebbar.", sagte Lambsdorff.

Reinhold-Maier-Medaille 2002
.....

Professor Dr. h.c. Reinhold Würth erhält Reinhold-Maier-Medaille

8. Juni 2002 - Gemeinsam mit der Reinhold-Maier-Stiftung ehren heute die FDP/DVP-Landtagsfraktion und der baden-württembergische FDP/DVP-Landesverband Professor Reinhold Würth, einen der erfolgreichsten Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland mit der Reinhold-Maier-Medaille.



echo-Interview mit dem Liberalen: Reinhold Würth

Nicht immer mit den Wölfen heulen

Prof. Dr. h. c. Reinhold Würth, (67), Unternehmer (Würth-Gruppe) und Kunstmäzen aus Künzelsau, ist mit der Reinhold-Maier-Medaille der baden-württembergischen FDP/DVP-Landtagsfraktion im Neuen Schloss in Stuttgart ausgezeichnet worden. Mit der Reinhold-Maier Medaille werden bedeutende liberale Persönlichkeiten für ihr Wirken gewürdigt. Zu den Preisträgern gehören Hans-Dietrich Genscher, Ralf Dahrendorf oder Marion Gräfin Dönhoff. Mit Reinhold Würth sprach Jürgen Dieter Ueckert.

echo: Sie werden jetzt in einem Atemzug mit Namen wie Hans Dietrich Genscher, Theodor Eschenburg und Marion Gräfin Dönhoff genannt. Was bedeutet ihnen die Auszeichnung mit der Reinhold Maier-Medaille?

Reinhold Würth: Diese Auszeichnung habe ich gerne und in Bescheidenheit angenommen, auch deshalb, weil ich gut finde, dass eine parteinahe Stiftung nicht nur eigenen Spitzenrepräsentanten eine solche Medaille zukommen lässt, sondern auch den Blick über den politischen Zaun öffnet. Wenn ich richtig verstanden habe, geht diese Reinhold-Maier Medaille erstmals an einen Mittelständler, was mich freut.

echo: Als schwäbischer Unternehmer stünden Sie in einer Reihe mit Bosch, Benz oder Porsche - so wurden Sie in Stuttgart gekennzeichnet. Was empfanden Sie bei diesem dicken Lob im neuen Schloss?

Reinhold-Maier-Medaille 2002
.....

Würth: Nun, das habe ich natürlich als einigermaßen übertrieben empfunden. Immerhin ist Bosch fünfmal so groß, Daimler mehr als zehnmal so groß wie mein Unternehmen. Mit der Größe von Porsche nehmen wir es etwa auf.

echo: Als Liberaler sind Sie Mitglied einer Partei, die in den letzten Wochen vor einer Zerreißprobe zu stehen schien. Wären zwei liberale Parteien für Deutschland da nicht besser?

Würth: Sicher nicht zur Vertretung der Interessen des deutschen Liberalismus, allenfalls für die Interessen der großen Volksparteien.

echo: Jürgen Möllemann bleibt stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender, trotz der Angriffe vor allem vom jüdischen Zentralrat in Deutschland. Hätte er zurücktreten sollen?

Würth: Nein, überhaupt nicht. Jeder weiß, dass Möllemann ein Hitzkopf ist und in Begeisterung, Rage oder vermutlich im Hochgefühl nach einem gelungenen Fallschirmabsprung manches sagt, was ihm hinterher leid tut. Gleichwohl vertritt er den größten Landesverband der FDP; die Aussagen von Jürgen Möllemann vor allem in Richtung auf Herrn Friedman halte ich durchaus für richtig, ich kenne Herrn Friedman nicht persönlich, bei seinen Auftritten im Fernsehen erweckt er mindestens nicht den Eindruck, dass er Aggressivität oder Arroganz verstecken wolle. Ob eine Person arrogant oder aggressiv ist, hat nichts damit zu tun, ob sie Muslim, Hindu, Christ oder Jude ist - in allen Kulturkreisen und Religionsgemeinschaften gibt es halt solche und solche. Wissen Sie, ein Markenzeichen des Liberalismus ist, nicht immer und unbedingt mit den Wölfen zu heulen, sondern auch gegen die Meinungsströme der großen Parteien den eigenen Standpunkt zu vertreten. Insofern sehe ich überhaupt keinen Grund, dass Möllemann hätte zurücktreten sollen.

echo: Der FDP wird mit ihrem Projekt 18 unterstellt, sie wolle im Trüben fischen. Argumente in der Nähe des Antisemitismus seien nur Taktik, um Wählerstimmen bei deutschen Moslems zu fangen. Alles nur kaltes Taktieren?

Würth: Ich unterstelle der FDP nicht, dass sie um Wählerstimmen deutscher Muslime im Trüben fischen will. Übrigens: Kennen Sie eine einzige Partei nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt, die während eines Wahlkampfes nicht kalt taktieren würde?

echo: Woher sollen die 18 Prozent für die Liberalen am 22. September kommen?

Würth: Die Liberalen sind mit Westerwelle, Döring, Möllemann und Frau Pieper auf bestem Weg aus dieser ätzenden und banalen Allianz der Durchschnittlichkeit der deutschen Politik

Kleiner Landesparteitag der FDP-BW in Karlsruhe

auszubrechen. Warum interessieren sich heute immer weniger Bürger für die Politik? Ganz einfach deshalb, weil die Parteiprogramme und die Aktionen aller Parteien - einmal von der PDS abgesehen - absolut austauschbar sind und sich nur in Petitesse und Kleinigkeiten gegeneinander abgrenzen lassen. Die FDP hat mit ihrem Programm nun erstmals gewagt, gegen die Strömung der großen Parteien zu schwimmen und damit bei den Bürgern großes Wohlwollen erhalten. Es geht jetzt nur darum, diesen Trend konsequent durchzuhalten, dann halte ich nicht einmal für ausgeschlossen, dass der Stimmenanteil der FDP in der Republik sogar auf 25 Prozent steigen könnte. Klar ist mir natürlich, dass argumentiert wird: Die FDP wäre praktisch seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in fast allen Bundesregierungen vertreten und hat nichts bewirkt.

echo: Was halten Sie denn dagegen?

Würth: Das kommt haft daher, dass die FDP meistens nur leicht über der fünf Prozenzhürde herum laboriert hat, weil man sich gegen die anderen Parteien nicht ausreichend den Wählern gegenüber profiliert hat. In dieser Situation kann man in keiner Regierung etwas Großes bewirken - das geht in der momentanen Regierung den Grünen ja ganz genauso.

Döring und Homburger läuten FDP-Wahlkampf ein

Festhalten am Zuwanderungsgesetz bekräftigt



06.07.2002 - Karlsruhe - Der FDP-Landesvorsitzende Walter Döring bekräftigt, dass die Liberalen im Falle einer Koalition mit der Union nach der Bundestagswahl am Zuwanderungsgesetz festhalten wollen. Sollte es zu einer CDU/FDP-Regierung kommen, werde sich die FDP dem Plan der Union widersetzen, das Gesetz vom Tisch zu bekommen. "Das machen wir nicht mit", sagte Döring am Samstag beim kleinen Südwest-Landesparteitag in Karlsruhe. Allerdings machte Döring keinerlei Aussagen darüber, ob eine christlich-liberale Koalition an der Zuwanderungsfrage scheitern könnte. Mit heftiger Kritik wandte sich der Politiker erneut gegen die im Alleingang geplante Klage des Südwest-Koalitionspartners CDU gegen das Gesetz.

Kleiner Landesparteitag der FDP-BW in Karlsruhe

"Die Klage ist kropfunnötig", schimpfte Döring, zumal bereits andere Länder Klagen angekündigt hätten. Das sei reiner Wahlkampf. Der Liberale nannte das Verhalten des von Erwin Teufel geführten Koalitionspartners "scheinheilig". Einerseits gebe die baden-württembergische CDU vor, die Zuwanderung aus dem Wahlkampf heraushalten zu wollen, andererseits trage sie das Thema mit ihrer Klage mitten hinein.

Nach den Worten Dörings ist eine Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte in allen Branchen nötig, vor allem in Handwerk und Mittelstand. Wer das Gesetz ablehne, betreibe eine Politik gegen die Interessen der Wirtschaft. Die CDU Baden-Württemberg nannte er "träge, selbstzufrieden und reformunfähig" und fügte hinzu: "Wer sich einem zentral wichtigen Thema wie der Zuwanderung verschließt, versündigt sich an der Zukunft Baden-Württembergs." In der Bildungspolitik hält Döring die durch die PISA-Studie angestoßene Diskussion um die Defizite in den Schulen für zu eng. Zum einen sei Ausbildung und Erziehung in aller erster Linie Sache des Elternhauses. Außerdem seien Reformen nicht nur in den Schulen, sondern auch bei der beruflichen Bildung dringend erforderlich.

In Baden-Württemberg seien mehr als 10 000 Jugendliche ohne Berufsabschluss. "Die brauchen unsere Bemühungen." Die Spitzenkandidatin der Südwest-Liberalen, Birgit Homburger, äußerte Zweifel an der Ernsthaftigkeit der SPD, die Vorschläge der so genannten Hartz-Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit umzusetzen. Vieles sei von der FDP bereits früher vorgeschlagen und von der SPD abgelehnt worden, zum Beispiel die Begrenzung beim Bezug von Arbeitslosengeld. Zudem ließen die Vorschläge wichtige Ansätze zu einer Flexibilisierung in den Betrieben vermissen.

Die FDP wolle im Betriebsverfassungs- und im Tarifvertragsgesetz verankern, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in kleineren Betrieben eigene Vereinbarungen treffen können - zum Beispiel Lohnverzicht gegen Arbeitsplatzgarantie. "Die Menschen vor Ort wissen besser als Funktionäre weit weg am grünen Tisch, was für sie gut ist." Zu den zentralen FDP-Themen zählt Homburger die Forderungen nach einer Steuerreform und nach mehr Privatisierung. Auf große Zustimmung stoßen die Liberalen nach ihren Angaben mit ihren Vorschlägen zur Entbürokratisierung. "Mit dem Thema haben wir voll ins Schwarze getroffen", sagte Homburger. In Deutschland sei zu vieles in Verordnungen geregelt - wie etwa die Krümmung von Gurken oder die Farbe von Taxis. Sie wolle nun konkrete Vorschläge zum Abbau der Bürokratie sammeln und im September in einer Liste zusammenfassen.

22. Liberales Tennisturnier

Hochklassiges Tennis beim 22. Liberalen Tennisturnier

Nachdem das 21. Liberale Tennisturnier wegen der Terroranschläge in New York im Jahre 2001 abgesagt wurde, lieferten sich beim 22. Liberalen Tennisturnier der FDP Baden-Württemberg im Sportpark des ehemaligen Tennisprofis Jürgen Faßbender in Eggenstein bei Karlsruhe über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Medien spannende Matches und boten teilweise erstklassiges Tennis. Das Promidoppel spielte im Jahre 2002 der ehemalige Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel zusammen mit Jürgen Faßbender. Die Gewinner bei diesem Turnier waren:

Turniersieger A

Stefan Bayerl
Hans Trinkhaus

Turniersieger B

Sasa Dosek
Frank-Stephan Barth

Turniersieger C

Bernd Laißle
Norbert Krumm

Turniersieger Damen

Annemarie Esslinger
Monika Vohrer



***mehr davon* – die Kampagne der FDP zur Landtagswahl 2001**

9,6 % so lautete das Ergebnis der FDP Baden-Württemberg bei der Landtagswahl 1996. Ein Ergebnis, das die Erwartungen an die FDP im Stammland der Liberalen bei weitem übertroffen hatte und den Grundstein für noch höhere Erwartungen bei der Landtagswahl 2001 legte. Die Ausgangslage für die Landes-FDP – auch durch die Entwicklungen auf Bundesebene – waren günstig. Der Verlauf des Landtagswahlkampfes, der in dieser Art einmalig für Landtagswahlkämpfe in der Bundesrepublik war, sollte ein anderes bewirken.



1. Ausgangslage - gelb geht gut

Nach äußerst schwierigen Jahren für die Bundes-FDP und verheerenden Wahlniederlagen im Jahr 1999, die die FDP in einigen Bundesländern auf den Grad einer Splitterpartei reduzierte, gelang es bei den Landtagswahlen im Jahre 2000 in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft, aber auch mit Hilfe der Schwäche der anderen, die FDP im Bund zu stabilisieren und den Grünen wieder die Position als dritte Kraft streitig zu machen. In diesen schwierigen Jahren war die baden-württembergische FDP zusammen mit der hessischen und der rheinland-pfälzischen FDP der stabilisierende Faktor der Bundes-FDP. Deshalb wurden die Wahlen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz mit besonderen Blicken aus der Bundes-FDP aber auch aus anderen Landesverbänden beobachtet.

Kampagne 2001

.....

1.1. Regierungsverantwortung nach 30 Jahren Opposition

1996 gelang der FDP mit einem für alle überraschenden Wahlergebnis in ihrem Stammland nach 30 harten Oppositionsjahren wieder der Sprung in die Landesregierung. Die Partei, die mit Reinhold Maier den ersten Ministerpräsidenten des Landes stellte und vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1966 die Geschicke des Landes mitbestimmte, war wieder in der Lage aktiv liberale Politik zu gestalten. Die Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg stabilisierte die schwer angeschlagene Bundes-FDP, die neben der Regierungsverantwortung im Bund nur noch in Rheinland-Pfalz an der Regierung beteiligt war.

1.2. Die FDP im Land

Personelle und inhaltliche Geschlossenheit so lautete das Erfolgsrezept der Landes-FDP seit der Wiederwahl von Walter Döring zum Landesvorsitzenden im Jahre 1995. Sie beruhigte die lange Jahre in mehrere Lager aufgeteilte Landespartei und legte die Grundlage für spätere Erfolge. Strittige Themen wurden grundsätzlich in aller Offenheit in den Gremien beraten und entschieden und nicht auf die lange Bank geschoben. Ganz im Gegensatz zur Bundes-FDP und anderen Landesverbänden wurden Streitigkeiten nicht in der Öffentlichkeit sondern intern ausgetragen. Das machte die baden-württembergische FDP nach einem schwierigen Jahrzehnt zu einem Erfolgsmodell für andere Landesverbände und die Bundes-FDP.



Das erfolgreiche Abschneiden der FDP bei den Kommunalwahlen 1999 - die FDP konnte sich noch vor dem Aufdecken der schwarzen CDU-Kassen gegen den 99er-Abwärtstrend stemmen und eine Trendwende herbeiführen - war zu erwarten, dass der Wahlkampf von einer motivierten Mitgliedschaft getragen wird. Steigende Mitgliederzahlen sorgten zudem seit Anfang 1999 für einen Motivationsschub vor Ort.

Die Partei ging mit 14 Landtagsabgeordneten, darunter dem Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Döring, dem Justizminister Ulrich Goll und dem

Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Horst Mehrländer in den Wahlkampf. Das war gegenüber der letzten Landtagswahl 1996, als die Südwest-FDP mit nur acht Abgeordneten aus der Opposition heraus antreten musste, ein beachtlicher Vorteil.

Die FDP hatte in den fünf Regierungsjahren, in der viele Reformen, Fusionen, Privatisierungen und neue Ideen in der Landespolitik umgesetzt wurden, also das Land insgesamt mehr an Dynamik gewonnen hat, der Bevölkerung bewiesen: gelb geht gut!



Personell gestärkt, inhaltlich geschlossen und hoch motiviert zeigte sich die Partei also schon zu Beginn des Jahres 2000 gut ein Jahr vor der Landtagswahl. Anders sah dies auf Bundesebene aus.

Personell gestärkt, inhaltlich geschlossen und hoch motiviert zeigte sich die Partei also schon zu Beginn des Jahres 2000 gut ein Jahr vor der Landtagswahl. Anders sah dies auf Bundesebene aus.

1.3. Die Situation der FDP auf Bundesebene

Nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung im Jahre 1998 wollte die FDP-Führung "putzmunter" in die Opposition starten. Doch allmählich stellte sich heraus, dass sich die FDP nach 30 Jahren Bundesregierung nicht so schnell in der Opposition zu recht fand. Die mediale Aufmerksamkeit galt schlagartig nicht mehr der FDP und viele ehemalige Minister und Staatssekretäre mussten nun mit einem Apparat einer kleinen und mittellosen Oppositionspartei auskommen.

Trotz schwerster Fehler der Bundesregierung gelang es der FDP nicht, das Unmutspotential

Kampagne 2001

.....

in der Bevölkerung in FDP-Stimmen umzumünzen. Stattdessen schwebte die CDU im Jahre 1999 auf einer Welle des Erfolges und die FDP erlitt bitterste Niederlagen bei der Europawahl und anderen Landtagswahlkämpfen.

In der Partei wurden allmählich die Landesverbände nervös, die im Jahre 2000 Landtagswahlkämpfe zu bestreiten hatten. Aus Nordrhein-Westfalen und aus Schleswig-Holstein wurde die Kritik an der Parteiführung - namentlich am Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt - immer lauter und manifestierten sich in der Forderung nach Trennung von Fraktions- und Parteivorsitz bzw. in offenen Rücktrittsforderungen.

Die Verunsicherung innerhalb des bürgerlichen Lagers - hervorgerufen durch die Spendenaffäre der CDU - sorgte zwar für einen größeren Zuspruch in der FDP, doch die interne Kritik wollte nicht abnehmen. Zumal die innerparteilichen Gegner von Wolfgang Gerhardt sich durch ihre Wahlerfolge, die zum Teil auch auf die Schwäche der CDU zurückzuführen sind, mächtig bestärkt fühlten und zu neuen Angriffen ansetzten.

Seit dem Nürnberger Parteitag im Juni 2000 beherrschte die Diskussion um das vom nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann initiierte Projekt 18 die Partei. Mehr Selbstbewusstsein hieß das Schlagwort, dass bei einer sehr verunsicherten Basis auf einen breiten Nährboden fiel. Zunehmend wurde aus der Diskussion um das Projekt 18 eine Diskussion um die Parteiführung. Die sich im Vorfeld des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes zuspitzen sollte.

2. Positionierung - mehr davon

Mehr davon - so lautete das äußerst selbstbewusste Wahlkampf motto der Südwest-FDP. Es entstand aus der Analyse der politischen Stimmung in Baden-Württemberg, den Erwartungen in der Bevölkerung und in der liberalen Wählerschicht sowie den Einschätzungen, die politische Beobachter aus der Arbeit der Landesregierung und der Personen- und Parteienkonstellation auf Landesebene folgerten.

Nach fünf Jahren erfolgreicher Regierungsarbeit, guten landesweiten Umfragewerten, höchster Motivation innerhalb der Partei und einem beliebten, bekannten und erfahrenen Frontmann Walter Döring gab es zur Positionierung der FDP als die einzige liberale Partei in Baden-Württemberg mit einem selbstbewusstem Auftreten nicht nur keine Alternative sondern sie wurde schlicht und einfach von der Südwest-FDP erwartet.

2.1. Liberaler Reformmotor in der Landesregierung

Im Land konnte die seit 1996 regierende bürgerliche Koalition auf eine erfolgreiche Regierungszeit verweisen. Die wirtschaftlichen Daten sowie viele weitere Indikatoren waren im Vergleich zu allen anderen Bundesländern Spitze. Der Stillstand, der noch vor der letzten Landtagswahl überall im Land zu spüren war, der auch von der Landespresse als Zeit der Stagnation der großen Koalition beschrieben wurde, war durch die liberale Regierungsbeteiligung zu einer baden-württembergischen Reformbewegung geworden. Aus Sicht der FDP kurz zusammengefasst: Im Land geht's aufwärts - dank der Liberalen.

Auf den Gebieten, für die die FDP die direkte ministerielle Verantwortung trug, waren enorme Erfolge vorzuweisen. Zwei zentrale Themen, die noch im letzten Landtagwahlkampf zu den größten Problembereichen zählten, wurden unter der Verantwortung des liberalen Wirtschaftsministers zu einem Erfolgsmodell: die Arbeitslosenzahl ging stark zurück und jeder Ausbildungswillige war wieder in der Lage eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Durch eine Justizpolitik, die sich vor allen an den Opfern von Straftaten orientierte und großen Wert auf die Modernisierung der Justizverwaltung legte, war es dem liberalen Justizminister gelungen, die Justizpolitik wieder zu einem Thema in der Landespolitik zu machen.

Die Dynamik, die seit 1996 wieder in die gestaltende Landespolitik gekommen war, hatte einen Namen: FDP. Ohne den blau-gelben Turbo in der Landesregierung wäre eine jahrzehntelange verhandelte und immer wieder aufgegebene Fusion von SDR und SWF zum SWR nicht zustande gekommen, die Fusion von Landesgirokasse, L-Bank und Südwest-LB zur Landesbank Baden-Württemberg noch nicht abgeschlossen und die Privatisierung der Energie Baden-Württemberg mit einem Erlös von über 4 Mrd. DM, die in Bildung, Forschung, Wissenschaft und Existenzförderung investiert werden, war nur der Hartnäckigkeit der FDP zuzurechnen.

Ein weiteres Zukunftsthema, die sog. Nullverschuldung ab dem Jahre 2006, d.h. ab diesem Jahr keine neuen Schulden mehr im Landeshaushalt aufzunehmen, wurde von der FDP und ihrem Landesvorsitzenden Walter Döring im Sommer 1999 angestoßen. Nachdem die CDU und ihr Ministerpräsident dies anfänglich als "Dörings Luftnummer" (Stuttgarter Nachrichten am 21. Juli 1999) abtaten, wurde die Nullverschuldung noch im Herbst 1999 von den Koalitionfraktionen zu einem gemeinsamen Regierungsziel erklärt. Damit war ein wichtiges finanzpolitisches Ziel der FDP umgesetzt, das zukünftigen Generationen mehr finanzielle Handlungsspielräume einräumt und den Liberalen Zukunftskompetenz zuwies.

Kampagne 2001

.....

2.2. Döring - der Ministerpräsidentenkandidat

Den elektronischen Medien kommt bei der Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern und für die Übermittlung der inhaltlichen Botschaft eine zentrale Bedeutung zu. Eine Personalisierung politischer Aussagen ist nicht zuletzt für die Liberalen von Bedeutung, wie dies die Wahlkämpfe der FDP in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gezeigt haben. Der Bürger ist eher bereit eine politische Zielsetzung zu unterstützen, wenn sie glaubwürdig vertreten wird.



Nach der Entscheidung des Fraktionschefs von Bündnis'90/Die Grünen, Fritz Kuhn, für den Bundesvorsitz seiner Partei zu kandidieren und damit die Landespolitik zu verlassen und dem unbekanntem Dieter Salomon die Spitzenkandidatur für die Grünen anzutragen und der Entscheidung der SPD für die junge Landesvorsitzende Ute Vogt besaß die Opposition im Land keinen profilierten und erfahrenen Kopf, der eine Wechselstimmung allein durch seine Persönlichkeit hätte hervorrufen können.

In der Landespolitik, aber vor allem innerhalb der CDU, gab es seit 1998 kein anderes Thema als die Nachfolge von Erwin Teufel. Er galt als ausgebrannt, zu alt, reformunfreudig, wenig modern und medial nicht transportabel. Hingegen genoss er mit seiner soliden Art und seiner langjährigen Erfahrung auch Sympathien bei der eher konservativen, ländlich strukturierten baden-württembergischen Bevölkerung, im Sinne eines Landesvaters.

Mit Walter Döring besaß die Südwest-FDP einen profilierten, bekannten, erfahrenen und vor allem beliebten Spitzenpolitiker in Baden-Württemberg. Er symbolisierte die liberale Reformkraft im Landeskabinett und stand - auch im Lichte der veröffentlichten Meinung - für Ideenreichtum, Dynamik, Einsatzbereitschaft und Durchsetzungsvermögen. Im besten schwäbischen Sinne: ein Schaffer. Er setzte damit einen idealen Konterpart zum einen zum Spitzenkandidaten der CDU, der nicht gerade mit zukunftsgerichteter Politik in Verbindung gebracht wurde und zum anderen zur Spitzenkandidatin der SPD, die zwar jung war, aber als

Kampagne 2001
.....



unerfahren galt.

Nach fünf Jahren erfolgreicher Arbeit als stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister des Landes brachte Walter Döring überdies einen großen Vertrauensvorschuss in den Wahlkampf ein. Er war nach dem

Ministerpräsidenten der mit Abstand bekannteste Landespolitiker. Er stand für die Grundrichtung des FDP-Landtagswahlkampfes - Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsgerechtigkeit - und vertrat die Ziele der Partei im Schwerpunktbereich Wirtschaftspolitik.

Mit Walter Döring wollte die FDP die Chance nutzen, sich als bürgerliche, fortschrittliche personelle Alternative zum Ministerpräsidenten darzustellen. Deshalb wurde das Auftreten des liberalen Spitzenkandidaten nicht mit billigen "Gags" oder ähnlichem verbunden, sondern musste seriös und volksnah sein. Es sollte eines klar zum Ausdruck kommen: Walter Döring und die FDP sprechen alle Menschen an und nicht nur Mittelständler, Apotheker oder Ärzte. Am Wahltag sollte bei der Wahlentscheidung für die FDP eines unterschwellig berücksichtigt werden: "Walter Döring wäre eigentlich der richtige Ministerpräsident für dieses Land!"



Kurz zusammengefasst hieß dies: Ute Vogt war zwar mit 35 Jahren sehr jung und wirkte durch ihr frisches Auftreten als sympathisch und dynamisch, galt aber in der Öffentlichkeit und bei den landespolitischen Beobachtern als unerfahren und landespolitisch wenig kompetent. Geradezu als Antipode war der amtierende Ministerpräsident Erwin Teufel zu sehen, der mit gerade 61 Jahren "altbacken" wirkte, nicht für Dynamik stand, aber als solide und erfahren galt. Genau dazwischen konnte Walter Döring positioniert werden. Mit 47 Jahren war er keineswegs zu jung oder zu alt, er hatte - seit 1985 auf der landespolitischen Bühne agierend - genügend Erfahrung und wirkte dynamisch und zukunftsorientiert. Dies sollte durch den Wahlkampf - ohne überzogen zu wirken - zum Ausdruck kommen.

Es war von vorneherein klar, dass diese Positionierung Walter Dörings schwierig werden

Kampagne 2001

.....

würde, da sich die Medien - in Ermangelung eines den Wahlkampf bestimmenden inhaltlichen Themas - auf ein Duell zwischen dem Ministerpräsidenten Erwin Teufel und seiner jungen Herausforderin Ute Vogt konzentrieren würden.



2.3. Regierungsverantwortung im Land - Opposition im Bund

Die Regierungsverantwortung im Land ließ - abgesehen von der ruhigeren, zurückhaltenderen und bescheideneren Mentalität der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, aber auch der FDP-Mitglieder und ihrer Anhänger im Land - keinen "Hau-drauf-Wahlkampf" zu. Dies wurde zwar immer wieder unterschwellig von der Landes-FDP - auch teilweise aus den eigenen Reihen - nach dem Vorbild der NRW-FDP, die mit ihrem Landesvorsitzenden alles oder nichts spielen konnte, erwartet, wurde aber im Landesvorstand einmütig abgelehnt.

Die FDP und gerade ihr Spitzenkandidat, der im Wahlkampf als der eigentliche "Landesvater" staatsmännisch und selbstbewusst auftreten sollte, durften nicht in ein parteipolitisches Hickhack hineingezogen werden. Es sollte das Bild einer Partei entstehen, die nach vorne schaut, an die Zukunft



denkt, sich nur um das Wohle des Landes kümmert und sich nicht auf ein übliches Wahlkampfgetöse - wie es die SPD zu Beginn mit der Diskussion um das Alter des Ministerpräsidenten versuchte - einzulassen.

Als Regierungspartei war die FDP für die Entwicklung in allen landespolitischen Bereichen mitverantwortlich. Fehler und Schwächen in Form eines Oppositionswahlkampfes aufzudecken, wäre von den Wählerinnen und Wählern schnell als unglaubwürdig wahrgenommen worden und hätte im eher bürgerlichen Klientel der Landes-FDP für Verunsicherung gesorgt und der CDU in die Hände gespielt. Die CDU hätte die FDP schnell als einen unsicheren Kantonisten diffamiert und die Losung ausgegeben, wer weiterhin eine erfolgreiche Landes-

regierung haben wolle, der müsse CDU wählen.

Die Südwest-FDP wollte die erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzen. Deshalb gab es zu einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU keine Alternative. Man sah aber durchaus die Defizite bei der CDU – vor allem im bezug auf den Kandidaten, der ein immer schwächeres Bild gegenüber seiner Gegenkandidatin abgab – und formulierte deshalb die Position, die Koalition wird fortgesetzt, aber damit die Regierung noch erfolgreicher für das Land arbeiten könne, brauche es mehr FDP. Dieser Positionierung schloss sich die Parteibasis schnell an und es gab keine Diskussion mehr ob, wann und zu wessen Gunsten es eine Koalitionsaussage geben werde.

Trotz dieser Festlegung auf die Weiterführung der Koalition war klar, dass die CDU zum „Haupt-Sparringspartner“ im Wahlkampf der FDP werden würde. Denn die CDU betrachtete, auch wenn sie immer wieder die Gemeinsamkeiten und die harmonische Beziehung innerhalb der Koalition betonte, die Regierungsbeteiligung der FDP – wie auch die der SPD 1992 – als „Betriebsunfall“ oder „Zwangsehe“ und keineswegs als Liebesheirat.

Deswegen stand auch zu befürchten, dass der Seniorpartner keine Gelegenheit auslassen würde, gemeinsame Erfolge, die die Regierung erzielt hatte und die auf die Initiative der FDP zurückgingen (Nullverschuldung u.a.), als alleinige Erfolge der CDU darzustellen. In einer internen FDP-Analyse aus dem Juli 2000 heißt es dazu: „Die Liberalen dürfen keine Angst haben, liberale Erfolge auch als ihre Erfolge herauszustellen. Zuviel Rücksicht und zuviel Betonung der Gemeinsamkeit schadet der FDP und nutzt der CDU.“ Wohl dosierte, begrenzte Konflikte, u.a. in der Drogenpolitik, sollten zur Profilierung der FDP gegenüber der CDU beitragen und das liberale Profil in der Regierungsarbeit schärfen.

Der SPD und den Grünen im Land wurde von den Wählerinnen und Wählern eine Ablösung der Regierung nicht zugetraut. Die Demoskopie, deren Rolle in diesem Landtagswahlkampf einmal in einer wissenschaftlichen Arbeit näher untersucht werden sollte, versuchte zwar alles, um diesen Eindruck zu erwecken, konnte ihn aber letztlich nicht lange aufrecht erhalten. Die Zahlen sprachen nie für einen Wechsel sondern nur für eine Verschiebung innerhalb der Lager. Deshalb wurde schon früh in den Wahlkampfüberlegungen der FDP das Ziel aufgegeben, die Grünen als Haupt-Sparringspartner in Erwägung zu ziehen, wie dies 1996 der Fall war. Schon früh war klar: Grün war out, Blau-Gelb war wieder in.

Da sich nur eine Verschiebung innerhalb der Lager abzeichnete, stand für die FDP fest, dass weiteres Potential nur im bürgerlichen Lager zu holen sei.

Kampagne 2001

.....

Die Entwicklungen der FDP auf Bundesebene führten dazu, dass in immer mehr Kommentaren und politischen Situationsbeschreibungen festgestellt wurde, die FDP bewege sich weg von der Union hin zur Sozialdemokratie. Dies wurde nicht nur an Äußerungen einzelner FDP-Politiker festgemacht sondern auch an politischen Entscheidungen, wie die Steuerreform, die unter anderem durch die Mitwirkung der FDP im Juli 2000 im Bundesrat eine Mehrheit fand.

Gestärkt durch steigende Umfragewerte auf Bundesebene und durch einen großartigen Wahlerfolg bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mehrten sich auch die Stimmen innerhalb der Bundes-FDP, die einen eigenständigeren Kurs der Parteiführung forderten. Ungeachtet der Einzelinteressen mancher FDP-Landesvorsitzenden, die mit der Forderung nach mehr Eigenständigkeit eigene, nicht immer lautere Ziele verfolgten, verstärkte sich der Eindruck der Parteibasis, die FDP müsse selbstbewusster und eigenständiger auftreten. Dem Bundesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt wurde diese anscheinend neue Führungsrolle zunehmend nicht mehr zugetraut. Aus der strategischen Frage der Positionierung der Bundes-FDP wurde allmählich eine Diskussion um ihr Führungspersonal. Keine guten Aussichten für den bevorstehenden Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg. Zumal in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wurde, die FDP bewege sich direkt auf die SPD zu. Gerade solche Eindrücke sorgten im Wählerpotential der Südwest-FDP für Verunsicherung und durchkreuzten die eigentliche Strategie der FDP-Landesführung, im verunsicherten CDU-Potential zu fischen.

3. Drehbuch und tatsächlicher Verlauf

Der Wahlkampf der baden-württembergischen FDP war von Beginn an in mehrere Phasen aufgebaut und folgte dem Grundprinzip erfolgreicher Wahlkampagnen, jede inhaltliche Botschaft mit einem Bild zu verbinden, um die mediale Präsenz zu sichern.

Aus den Überlegungen zur Ausgangslage und zur Positionierung folgte, das bis zum traditionellen Dreikönigstreffen vor allem die liberalen Regierungserfolge in den Vordergrund gestellt werden sollten. In der Phase nach Dreikönig 2001 ging es dann vor allem um das Programm der Liberalen für die zukünftige Regierungsarbeit – getreu dem Motto: „Die Wählerinnen und Wähler entscheiden nicht nach den erbrachten Leistungen einer Partei sondern vor allem nach den Zukunftserwartungen an eine Partei.“

3.1. Ein Hoch namens Walter - Sympathiephase Sommer 2000

Nach der äußerst erfolgreichen Inszenierung der Kandidatenauswahl der SPD und der dabei erfolgten medialen Aufmerksamkeit im Juni und Juli 2000 nutzte die Südwest-FDP die Sommerpause, um mit einem Sympathie-



Teaser die Aufmerksamkeit auf die FDP und ihren designierten Spitzenkandidaten zu lenken. Das Großflächenplakat mit der Überschrift „Ein Hoch namens Walter“ und dem Untertitel „Das Wetter machen wir nicht. Aber das Klima. FDP. Die Liberalen“ wurde an allen großen Fernbahnhöfen im Land im August plakatiert und zeigte eine baden-württembergische Wetterkarte mit einem Hoch über dem Land. Das Plakat wurde dann zwei Wochen später von einem Großflächenplakat mit dem Titel „Ein Walter namens Döring“ abgelöst, das den FDP-Spitzenmann locker im Polohemd am Bodensee in Ferienstimmung zeigte.

Das erste Plakat brachte – laut Kommentaren der Landespresse – auf sympathische Weise zum Ausdruck, dass es im Land seit 1996 aufwärts geht und der Erfolg auch einen bzw. zwei Namen hat. Döring und die FDP. Das Plakat, das der Presse am Stuttgarter Bahnhof vorgestellt wurde, wurde als Bildnachricht in allen baden-württembergischen Tageszeitungen abgedruckt. Damit war mit minimalem Aufwand ein erster großer Schritt gelungen, die FDP mit einem Augenzwinkern positiv in den Medien zu platzieren und die Phase der Präsentation der liberalen Regierungserfolge vorzubereiten.

Schon im Sommer 2000 schienen sich die Medien nur auf ein Duell zwischen dem Spitzenkandidaten der CDU und der SPD-Spitzenkandidatin einzustellen. Um dieser Gefahr zu begegnen, musste die FDP mit ungewöhnlichen, aber trotzdem nicht klamaukhaften Aktionen auf sich aufmerksam machen.

Kampagne 2001

.....

3.2. Top – Phase der Darstellung liberaler Regierungserfolge im Herbst 2000

Mit einem landesweiten Aktionstag und einer zentralen Auftaktveranstaltung auf dem Stuttgarter Schlossplatz wurde Mitte Oktober 2000 die zweite Phase des Landtagswahlkampfes eingeläutet. Nun galt es die liberalen Erfolge in der Landesregierung herauszustellen. In einer kleinen Infobroschüre namens „top.“, die auf einer Karte mit dem Walter-Döring-Motiv aus der Sommerplakataktion aufgeklebt war, wurden die Erfolge wie Privatisierungen, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Modernisierung der Justiz, Reformen in Bildung und Verwaltung u.a. dargestellt. Die Gliederungen der Partei hatten mit dieser Broschüre in einer Auflage von 100.000 Stück schon sehr früh erste Werbemittel für den Landtagswahlkampf und eine gute Argumentationsgrundlage in der politischen Auseinandersetzung.

In dieser Zeit wurde leider zur Gewissheit, was die kleineren Parteien schon im Sommer befürchtet hatten. Das Duell Teufel – Vogt wurde zu einem bestimmenden Faktor des Landtagswahlkampfes und drängte alle inhaltlichen Fragen in den Hintergrund. Das kam vor allem deutlich im SWR-Fernsehduell Vogt – Teufel im November 2000 zum Ausdruck, als die anderen im Landtag vertretenen Parteien nicht zu dieser Spitzenrunde eingeladen wurden. Trotz Proteste wurde die Sendung aufrechterhalten. Die FDP war keineswegs erfreut über diese Entwicklung. Sie hat sich aber dann aufgrund des sehr frühen Sendetermins – 5 Monate vor der Landtagswahl – und aufgrund der öffentlichen Wirkungsweise – man wollte nicht als kleinkariert dastehen – mit weiteren Protesten und in der weiteren Kommentierung zurückgehalten. Es war der Startschuss für die mediale Auseinandersetzung Teufel – Vogt, auf die sich nun alles konzentrierte und die den anderen Parteien nicht mehr viel Gestaltungs- und Darstellungsspielräume ließ.

3.3. Walter Döring – Wahl zum Spitzenkandidaten

Die Phase der Darstellung der liberalen Regierungserfolge ging zu Ende mit einem kleinen Landesparteitag in Freiburg Anfang Dezember 2000 unter dem Motto „gelb geht gut“, auf dem der FDP-Frontmann Walter Döring zum Spitzenkandidaten der FDP Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2001 gekürt wurde. Auch hier spielte wieder die Frage der medialen Inszenierung eine Rolle, zumal am gleichen Tag ein kleiner Landesparteitag der CDU zum Thema Mittelstand stattfand. Der FDP war klar, dass sie mit ihrem kleinen Landesparteitag „mehr bieten“ musste als die CDU, um in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Mit der Kür eines Spitzenkandidaten, die im Drehbuch nicht vorgesehen war und auch in der Satzung der baden-württembergischen FDP gar nicht vorgesehen ist, gelang eine Veranstaltung, die ein weit breiteres Medienecho als der kleine Landesparteitag der CDU fand.

Doch nicht allein die Wahl des Spitzenkandidaten fand die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, sondern auch die geplante Rednerliste für die traditionelle Dreikönigskundgebung war Gegenstand der Gremiensitzung und vor allem von Interesse für die bundesweiten Medien. Denn Jürgen Möllemann hatte sich über die Zeitungen selbst auf die Rednerliste der von der Landes-FDP getragenen Dreikönigskundgebung im Stuttgarter Staatstheater gesetzt. Die Rednerreihenfolge stand aber schon seit September 2000 fest und sah neben Walter Döring, Ernst Pfister und Ulrich Goll noch den FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle und den FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt vor. Der FDP-Landesvorstand musste nun dem niemals als Redner eingeladenen Jürgen Möllemann dies nochmals deutlich sagen. In der Öffentlichkeit kursierte für kurze Zeit die Behauptung, Jürgen Möllemann sei aufgrund seiner Kritik am Bundesvorsitzenden und seiner Vorstellungen zur Frage eines FDP-Kanzlerkandidaten wieder eingeladen worden. Dies war nicht der Fall und die falschen Behauptungen wurden mit einer Einladung an Jürgen Möllemann zu einem „verlängerten“ Grußwort auf dem Dreikönigsparteitag – also einen Tag vor der Kundgebung – wieder klargestellt.

Weiterer Streit in der Bundes-FDP schien vorprogrammiert, da im Mai 2001 ein Bundesparteitag anstand, auf dem die Bundesführung neu gewählt werden sollte. Und es war klar, dass die innerparteilichen Gegner von Wolfgang Gerhardt spätestens dort dem Bundesvorsitzenden einen Laufpass geben wollten.

3.4. Dreikönig 2001 – Unerwartetes Medieninteresse begleitet den Auftakt

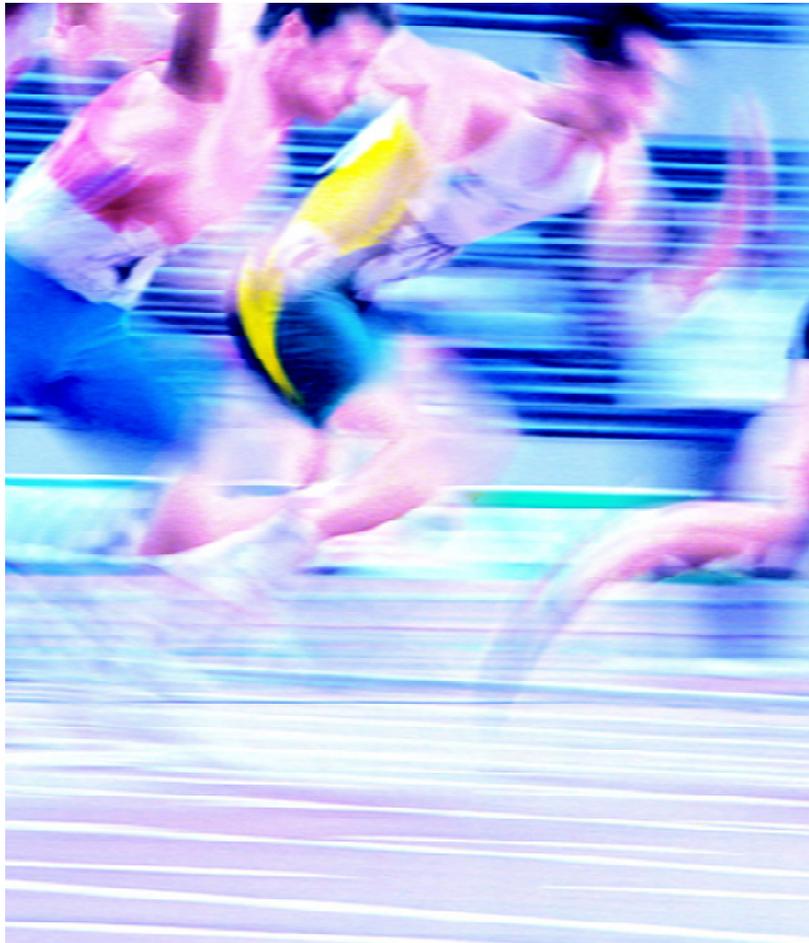
Für den Wahlkampfauftakt der Südwest-FDP war der traditionelle Dreikönigslandesparteitag vorgesehen, auf dem der Landesvorstand turnusgemäß neu gewählt, das Landtagswahlprogramm verabschiedet und eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU gemacht werden sollte. Drei Programmpunkte, die an sich schon Garanten für einen erfolgreichen Verlauf des zweitägigen Parteitages am 4. und 5. Januar 2001 sein sollten und für genügend mediale Aufmerksamkeit in den Landesmedien sorgte. Doch die rasante Entwicklung innerhalb der Bundesspitze um die Führung der Partei sollte dafür sorgen, dass nun auch alle bundesweiten Medien dem eigentlich landespolitischen Ereignis, das als Handy-Parteitag in die Geschichte einging, aufmerksam folgten.

Zwischen Weihnachten und Neujahr gewann die Diskussion um die Führung der Bundes-FDP an einer sich selbst verstärkenden Dynamik. Immer mehr Stimmen aus der Partei forderten den jungen Generalsekretär Guido Westerwelle indirekt oder auch direkt auf, beim kommenden Bundesparteitag in Düsseldorf für den Vorsitz zu kandidieren. Aus seinen Reihen kamen anfangs zwar andauernd Dementis, er strebe dieses Amt nicht an, aber diese

Kampagne 2001

.....

wurden mit der Zeit immer leiser und ließen den Eindruck aufkommen, er wolle sich um dieses Amt bewerben. Wolfgang Gerhardt wurde daraufhin von seinen Anhängern aufgefordert, mit seinem Generalsekretär eine Lösung zu finden.



Die baden-württembergische FDP-Führung befürchtete durch diese offene Auseinandersetzung in der Bundesführung negative Auswirkungen auf den Wahlkampfauftakt und den anstehenden Landesparteitag und forderte beide auf, sich rasch zu einigen. Bis zum Beginn des Parteitages war jedoch keine Einigung erzielt worden und Walter Döring, aufgebracht durch den öffentlich ausgetragenen Hickhack und die Hinhaltetaktik beider Konkurrenten, blieb bei der Eröffnung des Parteitages am 4. Januar 2001 um 12 Uhr nur die drohende Forderung eines Sonderparteitages, der die Klärung der Führungsfrage noch vor der heißen Wahlkampfphase in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bringen sollte. 35 TV-Stationen, über 60 Radiostationen, 12 Nachrichtenagenturen und über 150 Zeitungsredakteure verbreiteten die Forderung nach einem Sonderparteitag blitzartig und erhöhten damit den Druck auf Westerwelle und Gerhardt, die schließlich beide gemeinsam zwei Tage später auf der Dreikönigskundgebung auftreten mussten.

Nach vielen weiteren Handygesprächen, einer Reise von Guido Westerwelle nach Hamburg zu Wolfgang Gerhardt und einem Nachmittag wilder Spekulationen, hatten die beiden sich auf einen Wechsel in der Parteiführung geeinigt, die Walter Döring dann als erster dem Landesparteitag am Abend um 18 Uhr verkünden durfte.

Die Partei in Baden-Württemberg nahm die Einigung mit großer Zufriedenheit auf, obwohl jeder nur den Kopf über das Prozedere schütteln konnte. Sie freute sich auf den jungen Hoffnungsträger Guido Westerwelle als neuen Parteivorsitzenden und war dankbar, dass Wolfgang Gerhardt den Fraktionsvorsitz weiter behalten wollte, die beiden ein Tandem bildeten und Jürgen Möllemann weder als Vorsitzenden der Partei noch als Kanzlerkandidaten duldeten. Die Landespartei war erleichtert, dass die Führungsfrage geklärt war und nun keine weiteren innerparteilichen Diskussionen auf Bundesebene den Wahlkampf mehr stören würden.

Der zweite Tag des Landesparteitages fand ebenfalls ein enormes Medieninteresse hatte doch Jürgen Möllemann die Einladung zu einem verlängerten Grußwort angenommen, um sein in Baden-Württemberg vor allem wegen der Forderung nach einem eigenen FDP-Kanzlerkandidaten sehr umstrittenen Projekt 18 vorzustellen.

Obwohl der Regieablauf für den Landesparteitag völlig anders geplant war, muss im nachhinein festgestellt werden, dass die Südwest-FDP keine größere Aufmerksamkeit hätte erregen können, als mit dieser Führungsdebatte. Die FDP war wieder im Gespräch, der Führungswechsel wurde zwar in seiner Art und Weise in den Kommentaren abgelehnt, aber in seiner langfristigen Wirkung für die FDP begrüßt.

3.5. „Koalitionsgequatsche“ zerhagelt den Wahlkampf

Die heiße Wahlkampfphase der Landes-FDP war darauf ausgerichtet, den „Landesvater“ Walter Döring in verschiedenen Facetten darzustellen und auf die Positionierung als eigentlich besten Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt abzu zielen.

Auf Großflächen und Plakaten im Land wurde zuerst ein Motiv von ihm in Freizeitkleidung mit jungen Fußballerinnen und Fußballern und dem Spruch „Vitamin D“ geklebt. Es vermittelte Dynamik und Zukunftsorientierung. Danach kam ein Motiv mit Walter Döring vor einem im Land hergestellten Zeppelin und dem Hinweis auf die Internetseite www.doering01.de, die danach über 400.000 Zugriffe zu verzeichnen hatte und ganz im Sinne der Wahlkampfstrategie nichts mit einer herkömmlichen politischen Internetseite zutun hatte. Sie galt als äußerst modern, war als ein einziger Flashfilm programmiert und war – wie die FDP – im Gegensatz zu anderen Kandidatenseiten ihrer Zeit weit voraus. Dem Zeppelinmotiv, das den Wirtschaftsminister des Landes in einem modernen, äußerst innovativen mittelständischen Umfeld zeigte, folgte das Plakat „mehr davon“, das einen staatsmännischen Walter Döring präsentierte.

Kampagne 2001

.....

Die FDP schwamm im Januar und im Februar 2001 auf einer Welle des Erfolges. Die Wahlziele – 1. Fortsetzung der Regierungsbeteiligung, 2. dritte Kraft werden und vor den Grünen landen, 3. ein zweistelliges Wahlergebnis – schienen alle erreichbar. Die Veranstaltungen der FDP fanden einen Zuspruch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Mitglieder waren hochmotiviert, ließen sich von der äußerst positiven Stimmung mitreißen und erwarteten alle ein fulminantes Wahlergebnis.

In den Umfragen wurde die FDP in diesen Monaten zwischen 10 und 12 % gehandelt und die Union schwankte zwischen 39 und 41 %. Zusammengerechnet ergab dies eine knappe Mehrheit für die CDU/FDP-Koalition. Je knapper dieser Vorsprung wurde – die Demoskopie tat einiges, um die Ergebnisse ihrer Umfragen so knapp als möglich erscheinen zu lassen – und je mehr die CDU bzw. ihr Spitzenkandidat in der Beliebtheit abnahm, umso wilder wurden die Spekulationen um rechnerisch mögliche Koalitionskonstellationen.

Jetzt gab es in diesem Wahlkampf, dem kein landespolitisches inhaltliches Thema zugrunde lag, neben dem Duell Teufel – Vogt ein zweites Thema: Koalitionsspekulationen. Im Mittelpunkt standen dabei Walter Döring und die FDP. Für Rot-Grün würde es alleine nie reichen. Sollte die Union aber weiter unter 40 % absacken, dann wäre auch rechnerisch eine Ampelkoalition drin gewesen. Doch das wollte Walter Döring und die FDP auf keinen Fall. Da das schnell von allen Seiten registriert wurde, legten die politischen Gegner noch einen Scheid auf und behaupteten ins Blaue hinein, der Preis der FDP für eine Ampelkoalition sei das Ministerpräsidentenamt für Walter Döring.

Äußerst ärgerlich und schädlich für die Wahlkampfführung war eine Äußerung eines hochrangigen Mitglieds des FDP-Bundespräsidiums in der Welt am Sonntag vom 4. März 2001, die FDP sei eine eigenständige Partei und könne selbstverständlich auch mit der SPD koalieren. Dies lief natürlich sofort über alle Nachrichtenkanäle als Meldung, die Bundes-FDP sähe gern einen Koalitionswechsel in Baden-Württemberg. All diejenigen, die bisher den Beteuerungen der Südwest-FDP gegen eine Ampelkoalition glaubten, waren damit verunsichert. Jetzt hatte man einen konkreten Hinweis aus den Reihen der FDP.

In dem Maße, in dem die Spekulationen um eine Ampelkoalition zunahmen, stärkten sich die Chancen für Erwin Teufel und seine CDU. Gerade das bürgerliche Lager, also der Großteil der Wählerinnen und Wähler der Südwest-FDP von 1996, wechselte nun auf die „sichere“ Seite und gab der CDU, die als Regierungspartner anscheinend wegzubrechen drohte, den Vorzug. Trotz vielfacher Beteuerungen spürten die FDP-Mitglieder die Verunsicherung der FDP-Sympathisanten vor Ort. Bis zum Wahltag war diese Stimmung innerhalb von zwei Wochen nicht mehr umzudrehen.

4. Zusammenfassung

8,1 % lautete das Wahlergebnis für die Landes-FDP. -1,5 %, ein für alle enttäuschendes Ergebnis, das sich in den letzten Tagen vor der Wahl abzeichnete. Großartig gekämpft, aber doch verloren. Zwar wurden zwei von drei Wahlzielen erreicht, doch die Enttäuschung saß tief, weil alle FDP-Wahlkämpfer mit einem zweistelligen Ergebnis gerechnet hatten.

Kampagne 2002
.....

Birgit Homburger Bürokratie-Abfuhr

Bürgerinnen und Bürger können überflüssige Gesetze, Verordnungen und Steuern entsorgen

FDP will Bürokratiekosten-TÜV und Bürokratieabbau auf Bundesebene



26.03.2002 - (Stuttgart)
Die Spitzenkandidatin der Südwest-FDP, Präsidiumsmitglied Birgit Homburger, hat heute auf einer Pressekonferenz in Stuttgart eine Tour mit dem Titel „Birgit Homburger Bürokratie-Abfuhr“ vorgestellt. Auf einer dreiwöchigen Tour mit einem eigens präparierten Müllwagen durch alle 37 baden-württembergischen Bundestagswahlkreise wird die

Konstanzer Bundestagsabgeordnete sich für den Abbau von Bürokratie einsetzen.

„Es gibt in Deutschland vom Bund bis zur lokalen Ebene 70.000 Gesetze, Verordnungen und sonstige Rechtsvorschriften und es werden zunehmend mehr. Für die Wirtschaft sind jährliche Bürokratiekosten von weit mehr als 26 Mrd. € errechnet worden – allein durch behördliche Auflagen, gesetzliche Genehmigungs- und Planungsverfahren bis hin zu extrem komplizierten Steuergesetzgebungen. Immer mehr Lebensbereiche werden durch Gesetze und Verordnungen vom Staat geregelt. Die Freiheit und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger werden immer stärker beschnitten“, so Homburger.

Als Beispiele für überflüssige Gesetze, Verordnungen und Steuern nannte Birgit Homburger

Kampagne 2002
.....

die Ökosteuer, die 630-Mark-Regelung, die Scheinselbständigkeitsregelung, die unerträglich gestiegenen bürokratischen Belastungen der Landwirtschaft, die Sektsteuer, das Zwangspfand, das Ladenschlussgesetz, die Sperrzeitverordnung, die Trinkgeldsteuer, die EG-Gurkenkrümmungsverordnung und das Briefmonopol.

„Die FDP will der Überregulierung ein Ende setzen. Wir wollen dafür sorgen, dass überflüssige Gesetze, Steuern und Verordnungen entsorgt werden und Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk wieder bessere Rahmenbedingungen bekommen und die wirtschaftliche Situation in Deutschland damit wieder verbessert wird“, sagte die aus einem Handwerksbetrieb stammende Birgit Homburger.

Die FDP wolle auf Bundesebene einen Bürokratiekosten-TÜV einrichten, wie dies die Liberalen bereits in Baden-Württemberg erfolgreich umgesetzt hätten. Dieser Bürokratiekosten-TÜV solle die kostenträchtigen Folgen von Gesetzen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft abschätzen und für Entlastungen sorgen.

„Wir brauchen weniger und dafür klarere Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Unsere Verwaltung muss besser, schneller und billiger werden. Mit einer Initiative zum Bürokratieabbau auf Bundesebene wollen wir jedes Gesetz auf den Prüfstand stellen. Ist es nicht mehr nötig oder hat es sich als unwirksam oder gar hinderlich erwiesen, muss es gestrichen werden“, erklärte Homburger.

Das geltende Steuerrecht sei kaum noch verständlich, die Steuerbelastung unerträglich hoch. „Wir schlagen daher ein völlig neues Steuerrecht vor. Niedrige und gerechtere Steuersätze, einfache und verständliche Regeln, das sind die Kennzeichen. Niedrige Steuern erreichen wir durch unseren Einkommenssteuer-Stufentarif mit 15 %, 25 % und 35 %. Jeder kann sich dann seine Steuerbelastung selbst ausrechnen. Das Einkommenssteuerrecht wird drastisch durch den Wegfall von Sondertatbeständen, Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen vereinfacht. Wir wollen die Steuererklärung auf einem Blatt Papier ermöglichen“, so das FDP-Präsidiumsmitglied Birgit Homburger.

Mit der Birgit Homburger Bürokratie-Abfuhr wolle die Südwest-FDP die Bürgerinnen und Bürger einladen, selbst Vorschläge für die Entsorgung von überflüssigen Gesetzen, Verordnungen und Steuern zu machen. „Die Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, selbst Ideen mitzubringen, welche Verordnungen, Gesetze oder Steuern aus ihrer Sicht überflüssig sind. Diese können dann am Müllwagen in einem Aktenvernichter entsorgt werden. Mit dem geschredderten Papier werden kleine Kopfkissen gefüllt, die dann mit nach Hause genommen werden können“, erläuterte Birgit Homburger die Aktion abschließend.

Kampagne 2002
.....

Homburger: „Mehr Netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit.“

FDP Wahlkampf 2001 in Stuttgart vorgestellt



10.07.2002 - (Stuttgart) Die baden-württembergischen Liberalen machen die Steuerpolitik zu einem Schwerpunktthema im Bundestagswahlkampf. Die Spitzenkandidatin der Südwest-FDP, Birgit Homburger, sagte in Stuttgart, die Landespartei und die Bundespartei werbe mit dem Motto «Mehr Netto - mehr Bildung - mehr Arbeit».

Bei den Veranstaltungen soll mit einem Musterformular gezeigt werden, dass die Steuererklärung nach den Reformvorschlägen der FDP auf eine DIN-A-4-Seite passt. An den Infoständen der Liberalen sollen die Steuerzahler zudem auf einem Computer ihre jetzige und ihre zukünftige Steuerbelastung nach dem FDP-Modell berechnen können.

Gerade die mittelständischen Betriebe in Baden-Württemberg bräuchten dringend eine steuerliche Entlastung. Sie würden zu einem Großteil für Arbeits- und Ausbildungsplätze sorgen, seien aber durch die Steuergesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung schwer benachteiligt worden. Nach dem Willen der FDP soll es künftig nur noch drei Steuersätze - 15, 25 und 35 Prozent - geben.

Den traditionell im Südwesten starken Liberalen ist es nach Homburgers Worten gelungen, zentrale Wahlkampfveranstaltungen ins Land zu holen: Am 5. September werde mit einer Kundgebung in Karlsruhe die Schlussphase des Wahlkampfes eröffnet und am 20. September in Stuttgart mit viel Bundesprominenz beendet. Zudem werde Parteichef Guido Westerwelle die Tour mit seinem Wahlkampf-Bus «Guidomobil» am 20. Juli ebenfalls in Karlsruhe starten.

Homburger sagte, die FDP habe auch im Südwesten das Wahlziel 18 Prozent. 1998 hatten die Liberalen in Baden-Württemberg 8,8 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Nach Angaben der Spitzenkandidatin hat die Landes-FDP deutlich an Mitgliedern gewonnen. Allein im ersten Halbjahr 2002 seien 512 Menschen der FDP im Südwesten beigetreten. Der Landesverband zähle nun gut 7000 Mitglieder.

Kampagne 2002



Kampagne 2002
.....

Boxenstopp mit dem blau-gelben „Biggi-Mobil“

Redaktionsbesuch bei der Heilbronner Stimme

11.08.2002 - Rot, Gelb und Blau dominieren beim Redaktionsbesuch von Birgit Homburger. Mit einem konstanten Lächeln auf den signalroten Lippen bezieht die baden-württembergische FDP-Spitzenkandidatin Stellung zu den Zielen der gelb-blauen Partei. Die Expertin für Umwelt, Wirtschaft, Technologie und Verteidigung spricht mit ruhiger Stimme.



Nur beim Thema Steuerreform wird sie kurz laut, schlägt heftig mit der flachen Hand auf den Tisch: „Wir können es uns in Deutschland nicht mehr leisten, in alten Strukturen verhaftet zu bleiben.“ Die FDP habe ein Reformprogramm erarbeitet, das dem Bürger mehr Verantwortung, aber auch mehr Freiheiten einräume. „Wir trauen den Menschen mehr zu - im Gegensatz zu allen anderen Parteien.“ Steuersystem und Gesundheitspolitik stehen im Zentrum der Diskussion.

Die Liberalen versprechen den Wählern 26 Milliarden Euro zusätzliche steuerliche Entlastung über das Jahr 2005 hinaus. Finanziert werden solle dies durch den Abbau von Subventionen, beispielsweise der Kohlesubventionen, durch Streichung einzelner Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt und durch Privatisierungen. Nur ungern lässt sich die 36-jährige Politikerin dabei in ihrem Redefluss unterbrechen. Wer die Gewinner und Verlierer der geplanten Steuerreform sind? Birgit Homburger zögert nicht lange: „Das kann jeder einzelne Bürger bei uns auf dem Steuerrechner ausrechnen.“

„Wir wollen mehr Transparenz, auch im Gesundheitssystem.“ Die FDP plane eine Patientenrechnung nach Vorbild der privaten Krankenkassen, durch die ein größeres Kostenbewusstsein bei Ärzten und Patienten entstehen soll. Die medizinische Versorgung werde sich aus Grund- und Wahlleistungen zusammensetzen. Letztere müssten gesondert gezahlt werden. Den Vorwurf der Zwei-Klassen-Medizin wehrt Homburger ab: „Wir wollen

Kampagne 2002
.....

weiter eine Solidargemeinschaft der Versicherten.

Aber wir wollen nicht, dass diese Gemeinschaft für Dinge aufkommt, die der Einzelne selbst bezahlen könnte.“ Kosten könnten zum Beispiel dadurch eingespart werden, dass bei einem Arztwechsel die Röntgenbilder mitgenommen würden. Auch beim Thema „deutscher Weg“ und deutsche Beteiligung an einem Kriegseinsatz gegen den Irak versucht Birgit Homberger Stellung zu beziehen.

“Zuerst muss festgestellt werden, ob der Irak Waffen produziert. Dann erst kann über eine Beteiligung der UNO diskutiert werden.“ Ein letztes Lächeln, ein Eintrag ins Gästebuch, und die agile Politikerin düst in ihrem gelb-blauen Biggi-Mobil zum nächsten Termin an den Bodensee.



Kampagne 2002
.....



Westerwelle: „Kein Blankoscheck für Stoiber!“

1.200 Zuhörer beim Wahlkampfauftakt der Südwest-FDP in Konstanz

01.09.2002 - Beim Wahlkongress der Südwest-FDP im Wahlkreis der Spitzenkandidatin, Birgit Homburger, in Konstanz kamen 1.200 Zuhörerinnen und Zuhörer in das restlos überfüllte Konzil am Bodensee, um den Reden von Birgit Homburger, Walter Döring, Gudio Westerwelle und Klaus Kinkel zu folgen. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle wies Forderungen nach einer Koalitionsaussage seiner Partei zurück. «Auch Herr Stoiber wird von der FDP vor der Bundestagswahl keinen Blankoscheck bekommen», sagte Westerwelle beim Wahlkongress in Konstanz, mit dem die baden-württembergischen Liberalen in die heiße Wahlkampfphase starteten. «Ob das nach der Wahl schwarz-gelb wird oder rot-gelb, das werden die Wählerinnen und Wähler noch entscheiden», sagte Westerwelle.

Ziel der FDP sei es, eine Regierungsbeteiligung der Grünen und eine «Ampel» zu verhindern. Zur Bedingung für eine Koalition machte der FDP-Kanzlerkandidat grundlegende Reformen bei Bildung, Steuersystem und Arbeitsmarkt. Zudem sprach sich Westerwelle gegen einen isolierten Militäreinsatz der USA im Irak aus. Ein militärischer Alleingang der Amerikaner, zumal ohne Mandat der Vereinten Nationen, könne von Europa und Deutschland nicht unterstützt werden, sagte Westerwelle.

Im Mittelpunkt des Wahlkongresses standen die Forderungen nach einer besseren Bildungspolitik und nach niedrigeren Steuern. Der landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Walter Döring sagte, «Wir halten an dem bisherigen Kurs fest.» Auch die Spitzenkandidatin der Südwest-FDP für die Bundestagswahl, Birgit Homburger, verwies auf den eigenständigen Kurs der Partei: «Es wird niemand im Unklaren gelassen.» Als Wahlziel der Liberalen in ihrem Stammland nannte Döring, die Südwest-FDP wolle von allen Landesverbänden das beste Ergebnis erzielen. Dem Wahlkongress in Konstanz sollen zehn weitere Großkundgebungen in Baden-Württemberg folgen. Abschluss der Reihe ist die zentrale Kundgebung der Bundes-FDP am 20. September in Stuttgart.

Homburger stellt konkrete Bürokratie- abbauliste vor

FDP will Bürokratiekosten-TÜV und Bürokratieabbau auf Bundesebene

04.09.2002 - (Stuttgart) „Es gibt in Deutschland vom Bund bis zur lokalen Ebene 70.000 Gesetze, Verordnungen und sonstige Rechtsvorschriften und es werden zunehmend mehr. Für die Wirtschaft sind jährliche Bürokratiekosten von weit mehr als 26 Mrd. € errechnet worden – allein durch behördliche Auflagen, gesetzliche Genehmigungs- und Planungsverfahren bis hin zu extrem komplizierten Steuergesetzgebungen. Immer mehr Lebensbereiche werden durch Gesetze und Verordnungen vom Staat geregelt. Die Freiheit und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger werden immer stärker beschnitten“, so Homburger.



„Auf meiner Tour durch alle 37 baden-württembergischen Bundestagswahlkreise und auch noch danach habe ich eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen zur Abschaffung oder Änderung von Gesetzen, Steuern, Rechtsverordnungen, Durchführungsbestimmungen und Formularen aus der Bürgerschaft und aus mittelständischen Betrieben erhalten. Aus diesen Empfehlungen habe ich eine Liste mit konkreten Streichungs- und Änderungsvorschlägen erarbeitet, damit wir im Falle von Koalitionsverhandlungen detailliert vorbereitet sind. Denn es soll in der Koalitionsvereinbarung nicht nur der intelligente Satz stehen: ‚Die Bundesregierung setzt sich für Bürokratieabbau ein.‘ Die FDP will, dass sich in diesem Bereich endlich etwas ändert“, erläuterte die Spitzenkandidatin der baden-württembergischen FDP zur Bundestagswahl.

„Die FDP will der Überregulierung ein Ende setzen. Wir wollen dafür sorgen, dass überflüssige Gesetze, Steuern und Verordnungen entsorgt werden. Wirtschaft, Mittelstand und

Kampagne 2002

.....

Handwerk müssen wieder bessere Rahmenbedingungen bekommen, um so die wirtschaftliche Situation in Deutschland zu verbessern“, sagte die aus einem Handwerksbetrieb stammende Birgit Homburger.

Die FDP wolle auf Bundesebene einen Bürokratiekosten-TÜV einrichten, wie dies die Liberalen bereits in Baden-Württemberg erfolgreich umgesetzt hätten. Dieser Bürokratiekosten-TÜV solle die kostenträchtigen Folgen von Gesetzen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft abschätzen und für Entlastungen sorgen. „Die FDP setzt sich dafür ein, dass Gesetze stärker als bisher mit Verfallsdaten versehen werden. Es ist außerdem erforderlich, zielgerichtet den Mittelstand, insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen, von den Pflichtdiensten so weit wie möglich zu befreien. Dies kann z.B. über längere Erhebungsfristen beim Steuereinzug oder großzügigere Abschneidegrenzen bei der amtlichen Statistik geschehen. Beispiele sind hier die Verlängerung der Umsatzsteuervoranmeldung von einem auf drei Monate, die Abschaffung der Umsatzsteuerjahresmeldung sowie die Entwicklung einer einheitlichen und behördenübergreifenden Verdienstbescheinigung“, so Homburger.

„Wir brauchen weniger und dafür klarere Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Unsere Verwaltung muss besser, schneller und billiger werden. Mit einer Initiative zum Bürokratieabbau auf Bundesebene wollen wir jedes Gesetz auf den Prüfstand stellen. Ist es nicht mehr nötig oder hat es sich als unwirksam oder gar hinderlich erwiesen, muss es gestrichen werden“, erklärte Homburger.

Das geltende Steuerrecht sei kaum noch verständlich, die Steuerbelastung unerträglich hoch. „Wir schlagen daher ein völlig neues Steuerrecht vor. Niedrige und gerechtere Steuersätze, einfache und verständliche Regeln, das sind die Kennzeichen. Niedrige Steuern erreichen wir durch unseren Einkommenssteuer-Stufentarif mit 15 %, 25 % und 35 %. Jeder kann sich dann seine Steuerbelastung selbst ausrechnen. Das Einkommenssteuerrecht wird drastisch durch den Wegfall von Sondertatbeständen, Steuerbefreiungen und Steuervergünstigungen vereinfacht. Wir wollen die Steuererklärung auf einem Blatt Papier ermöglichen“, so das FDP-Präsidiumsmitglied.

Aus der Heilbronner Stimme vom 17.9.2002

Heilbronn: Auf die FDP kommt es an



18.09.2002 - Der Heilbronner Kiliansplatz war gestern zur Feierabend-Zeit fest in liberaler Hand. Bei einer Großkundgebung rührten die FDP-Spitzen aus dem Land nochmals kräftig die Wahltrommel. Allgemeiner Tenor: Auf die FDP kommt es an. Ganz ungezwungen, schwarzes T-Shirt, schwarze Jeans und gemustertes Sakko, hielt Dr. Walter Döring in bestem Schwäbisch den Zuhörern den Spiegel der rot-grünen Politik vor Augen: „Nach diesen vier Jahren geht es uns beschissen.“

Spöttisch kommentierte der baden-württembergische Wirtschaftsminister den Rettungsversuch von Mobilcom durch die Bundesregierung: „Bei den Großen kommt der Kanzler, bei den Kleinen der Gerichtsvollzieher. „Zu den lautstarken und störenden Zwischenrufen eines Siebenröhrenbrunnen-Krakeelers merkte Döring unter dem Beifall der zahlreichen Zuhörer schlagfertig an: „Wenn wir so viele Prozent bekommen, wie Sie Promille haben, dann haben wir am Wahlsonntag ein super Ergebnis.“

Kein Blatt vor den Mund nahm Dr. Klaus Kinkel. Wortgewaltig prangerte der ehemalige Außenminister, der sich aus der aktiven Bundespolitik verabschiedet, die Irak-Politik von Rot-Grün an: „Da bleibt mir die Luft weg. Dank des großkotzigen Auftritts von Gerhard Schröder haben wir es mit den USA verschissen. Er allein hat die deutsch-amerikanischen Beziehungen an die Wand gefahren.“ Dass Schröder nicht mit dem US-Präsidenten wegen der Irak-Frage telefonieren will, ist für Kinkel sekundär: „Er wird gar nicht mehr zu Bush durchgestellt.“

Keinen Hehl machten Klaus Kinkel und Walter Döring daraus, dass die Heilbronner Wählerinnen und Wähler mit dem Kandidaten Michael Link „eine echte Alternative haben“. In jenen Momenten legte Döring immer wieder demonstrativ seinen Arm um den Heilbronner FDP-Landtagsabgeordneten Richard Drautz. Anfang des Jahres sah das noch anders aus. Damals tendierten die Sympathien gegen null. Kämpferisch gab sich auch die FDP-Spitzenkandidatin Birgit Homburger. Sie geißelte Rot-Grün ob ihrer Politik nach den Flutkatastrophe und rief in die Runde: „Hier wurde eindeutig Politik auf dem Rücken der Opfer gemacht.“ Ehe der große FDP-Tross wohl gelaunt vom gelb-blau inszenierten Kiliansplatz zum Weindorf aufbrach, spielte das Heilbronner Karneval-Urgestein Erich Hüttner, der für den musikalischen Rahmen rund um den FDP-Würfel engagiert worden war, das Walter-Scheel-Lied „Hoch auf dem gelben Wagen“.

Kampagne 2002
.....

Döring, Homburger, Gerhardt und Westerwelle in Stuttgart

Westerwelle: Nur mit einer starken FDP kommt Deutschland wieder voran

2.400 Zuschauer beim FDP-Wahlkampfabschluss in Stuttgart

21.09.2002 - (Stuttgart/AP)
FDP-Parteichef Guido Westerwelle hat den Willen der Liberalen zu einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl am Sonntag bekräftigt. Westerwelle sagte am Freitagabend in Stuttgart zum Wahlkampfabschluss vor 2.400 Zuhörern, die Liberalen müssten so stark werden, dass sie eine Regierungsbeteiligung von Grünen oder PDS in Berlin verhindern könnten.



FDP-Vize Walter Döring hatte zuvor die Haltung Westerwelles in der Auseinandersetzung mit Jürgen Möllemann gelobt. Der Stuttgarter Wirtschaftsminister sagte, der Parteichef habe Führungsstärke bewiesen. Er habe deutlich gemacht, wer für die FDP spreche, und wer nicht.

Die Spitzenkandidatin der Südwestliberalen, Birgit Homburger, bekräftigte, dass die FDP nach dem 22. September für ein niedriges, einfacheres und gerechteres Steuersystem sorgen werde. Sie griff auch in scharfer Form die Umweltpolitik der rot-grünen Bundesregierung an. „Die Grünen stehen für eine ökologische Staatswirtschaft, wir Liberalen für eine ökologische Marktwirtschaft“, so das FDP-Präsidiumsmitglied Birgit Homburger.

Kampagne 2002
.....

Erwartungsgemäß legte sich Westerwelle nicht auf eine mögliche Koalition fest: Die FDP sei nicht «das Beiboot» einer Partei und auch nicht Mehrheitsbeschaffer. Die rot-grüne Bundesregierung kritisierte er scharf. Wegen der Unterstützung von Mobilcom kritisierte er die Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder als mittelstandsfeindlich: «Wenn ein großer in Schwierigkeiten kommt, kommt der Bundeskanzler an», sagte er.

Der FDP-Chef verlangte erneut eine umfassende Bildungsreform. Bildung sei der Rohstoff der Deutschen. Die Subventionen für die Steinkohle müssten abgeschafft werden. Die Mittel müssten in die Bildung gesteckt werden. Ferner wiederholte Westerwelle seine Forderung nach Abschaffung der Ökosteuer.

FDP-Vize Walter Döring kritisierte, Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) habe mit seiner Irak-Politik einen Scherbenhaufen angerichtet. «Wenn wir zu den Vereinten Nationen gehören müssen wir wissen, welche Rechte wir haben und welche Pflichten», bekräftigte FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt.

Die FDP-Spitze erneuerte ihre Forderung nach einem Rücktritt von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD). «Eine solche Justizministerin muss aus dem Amt und der Bundeskanzler muss in Washington klarstellen, dass das nicht die Haltung Deutschlands ist», forderte Westerwelle. Däubler-Gmelin hatte zuvor in Berlin einen Zeitungsbericht bestritten, sie habe US-Präsident George W. Bush mit dem Nazi-Diktator Adolf Hitler verglichen.

Döring sagte: «Niemand will Krieg, niemand will einen Alleingang der USA. Aber die Amerikaner haben es nicht verdient, so behandelt zu werden, wie von Herta Däubler-Gmelin oder von diesem Dream-Team Schröder-Fischer.» Schröder und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) schürten mit ihrer Irak-Politik Kriegsangst, um von innenpolitischen Problemen abzulenken.

Kampagne 2002
.....

Der Weg zur 18



Die Freien Demokraten gestalten. CSU/CDU und SPD verwalten. Die FDP will Politik neu gestalten. CSU/CDU

und SPD wollen ihre alte verwalten. Die FDP hat sich in der Opposition erneuert. Die CSU/CDU hat sich in der Opposition, die SPD in der Regierung verirrt. Die Menschen in Deutschland fühlen den Stillstand und wollen den Politikwechsel. Unser Wahlkampf wird in klaren Botschaften und sprechenden Bildern zeigen: Weder Gerhard Schröder noch Edmund Stoiber führen Deutschland aus der Krise, sondern die FDP mit 18 %.

Im Beschluss unseres Bundesparteitages zur Strategie 18 heißt es: „Die Industriezeit weicht Stück für Stück dem Wissens-Zeitalter. Wissen ist Deutschlands neuer Rohstoff, lebenslanges Lernen unsere Bildungskultur. Die neue Zeit ist mit keiner anderen Idee so gestaltbar wie mit der Idee der Freiheit: der Freiheit zur Verantwortung. Nach dem Kollaps des Kommunismus sind die Glaubenskriege vorbei. Das hat die Glaubens-Parteien CSU, CDU, SPD und PDS in tiefe Identitätskrisen gestürzt. Die Grünen finden bisher kein Rezept gegen ihre Auszehrung durch die Alterung ihrer Stammwähler. Alle demokratischen Parteien verstehen Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Demokratie als Grundlagen ihrer Politik. Das lässt einen Unterschied zwischen ihnen, den es immer schon gab, nur noch klarer zu Tage treten. Auf diesen Unterschied kommt es im Wissens-Zeitalter erst recht an.

Union, SPD, PDS und Grüne missverstehen den Staat und die Politik als den Vormund unmündiger Bürgerinnen und Bürger. Nur die FDP begreift Politik und Staat als den Wächter über die Fairness im Zusammenleben mündiger Bürgerinnen und Bürger und deren innere und äußere Sicherheit. Union und SPD ruinieren den Staat, indem er sich in immer mehr einmischt und immer weniger beherrscht. Das haben die Menschen am Ende der Regierung Kohl beklagt. Schröders Versprechen an die neue Mitte, das zu ändern, ist unterm Strich zum Gegenteil geraten. Viele Menschen haben den Eindruck, dass es egal ist, ob und was sie wählen: Es ändert sich ja doch nichts. Das Heer der politisch besonders interessierten und überdurchschnittlich gut informierten – potentiellen – Nichtwähler wächst.

Diese Stimmung und die Auflösung der alten sozial-strukturellen Bindungen der Stammwähler addieren sich zur Folge: 50 % der Wahlberechtigten - im Osten 60 % - entscheiden von Wahl zu Wahl, ob und wen sie wählen.“

I. Zur Konkurrenz

Nur je 10 % „Kernwähler“ sind sichere „Stammwähler“ und nur noch mit je 25 % insgesamt dürfen CSU/CDU und SPD nach den Erkenntnissen ihrer eigenen Strategen rechnen. Beide müssen also um die Stimmabgabe von je 15 % ihrer Stammwähler kämpfen. Gleichzeitig brauchen beide die Stimmen von Wechselwählern, um die nächste Bundesregierung bilden zu können. Was Gerhard Schröder und Edmund Stoiber ihren Stammwählern sagen müssen, schreckt die Wechselwähler. Was sie den Wechselwählern sagen wollen, enttäuscht ihre Stammwähler.

1. Zur SPD

Bei der letzten Bundestagswahl erfand die SPD die „neue Mitte“. Nichts von dem, was sie ihr versprach, hielt die Regierung Schröder. Jetzt plakatiert sie: „Die Mitte ist rot.“ Infratest/Dimap hat ermittelt, dass 57 % der Befragten den Beteuerungen der SPD nicht trauen, keine Koalition mit der PDS auf Bundesebene einzugehen. Immer mehr Menschen erkennen, die SPD treibt aus der neuen Mitte in die rote Ecke.

2. Zur CSU/CDU

Edmund Stoiber steht für ein durch und durch konservatives Gesellschaftsbild. Daran können auch die professionellsten Berater nichts ändern. Das bedeutet, die CSU/CDU wird das Wählerpotential rechts voll ausschöpfen und damit die Mitte verschrecken.

3. Zur PDS

Im Westen stoßen schicke Salonlinke und frustrierte Pazifisten zur PDS. Im Osten verliert sie an Boden. Die PDS hat begonnen, die Grünen zu ersetzen.

4. Zu den Grünen

Die westdeutsche Generationenerscheinung wächst sich aus. Fundis wandern zur PDS, Realos schielen zur SPD.

5. Zu den Sonstigen

Erfolgsverdächtige Sonstige sind nicht in Sicht. Herrn Schill bereitet Herr Marseille sein Waterloo in Sachsen-Anhalt, im Bund Edmund Stoiber.

Kampagne 2002

.....

II. Zu uns selbst

Die FDP verlor bei der Bundestagswahl 1998 0,7 Prozent und erreichte mit 6,2 Prozent 3.080.955 Wähler. Bemerkenswert war, dass die FDP im Saldo etwa 176.000 Nichtwähler hinzu gewinnen konnte. Sie gab an alle übrigen Parteien ab, an die CSU/CDU rund 107.000 Wähler. Damit verlor die CSU/CDU gegenüber allen anderen Parteien Stimmen, nur von der FDP gewann sie hinzu. Dieses Ergebnis und entsprechende Untersuchungen nach der Wahl ließen den Rückschluss zu, dass die öffentlichen Spekulationen über „Stützwähler“ oder „Leihstimmen“ der Union für die FDP 1998 nicht oder nur in geringstem Umfang verglichen mit 1994 zutrafen.

Schon die Wahl 1998 begründete die Notwendigkeit einer neuen Strategie. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, das wissen wir heute, haben Wolfgang Kubicki und Jürgen Möllemann die Strategie 18 probiert, als sie vom Begriff her noch gar nicht existierte. Im Norden traten wir mit einer klaren Koalitionsaussage vor der Wahl an, aber in gleichgewichtiger Konkurrenz mit CDU und SPD. Im Westen wurde das allgemein für unerreichbar erklärte Wahlziel 8 Prozent ohne Koalitionsfestlegung und unter der Bedingung des Ein-Stimmen-Wahlrechts mit 9,8 Prozent übertroffen. In allen dortigen Landesumfragen liegt die FDP seither stets über 10 Prozent.

In Hessen wurde die FDP am 18. März 2001 in alle 21 Kreistage gewählt. Mit einem landesweiten Ergebnis von 5,1% konnten die hessischen Liberalen die Anzahl der Kreistagsmandate gegenüber 1997 verdreifachen. In Baden-Württemberg erzielte die FDP am 25. März 2001 mit 8,1% ihr zweitbestes Ergebnis seit 1980. Damit sind die Liberalen in Baden-Württemberg erstmals seit 1984 wieder drittstärkste politische Kraft. In Rheinland-Pfalz konnte die FDP am 25. März 2001 mit 7,8% den dritten Platz im Parteienspektrum verteidigen. Und: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde die FDP am selben Wahltag als Regierungspartei mit unterschiedlichen Koalitionspartnern bestätigt.

Bei den Oberbürgermeisterwahlen im baden-württembergischen Pforzheim erzielte Christel Augenstein am 20. Mai 2001 für die FDP 53%. Nach den Bürgermeisterwahlen in Sachsen-Anhalt und Sachsen im Mai und im Juni 2001 stellt die FDP in Sachsen mit 33 mehr Bürgermeister als die SPD und die PDS; Sachsen-Anhalt hat seitdem 46 liberale Bürgermeister. In der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt Magdeburg gewann der FDP-Kandidat Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué 16,8 % der Stimmen. In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden wurde der FDP-Kandidat Ingolf Roßberg mit 47,0% zum Oberbürgermeister gewählt. In Niedersachsen holte die FDP am 9. September 2001 mit landesweit 6,2% ihr bestes Kommunalwahlergebnis seit 1981. Gegenüber 1996 haben die niedersächsischen Liberalen

101 Sitze dazu gewonnen. Mit nunmehr 551 Sitzen in den Kreis- und Gemeindeparlamenten ist die FDP in Niedersachsen bei 540 grünen Mandatsträgern wieder drittstärkste kommunale Kraft. In Hamburg gelang der FDP am 23. September 2001 mit 5,1% nach achtjähriger außerparlamentarischer Opposition der Wiedereinzug in die Bürgerschaft. In Berlin schaffte die FDP bei den vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober 2001 mit 9,9% nicht nur den Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus, sondern ein fast fünfmal so gutes Ergebnis wie 1999 und das beste Wahlergebnis seit 1954.

In Brandenburg errang die FDP bei den Bürgermeisterwahlen im November 2001 hinter der SPD den zweiten Platz, den sie sich vorläufig noch mit der PDS teilen muss. Insgesamt haben wir nun bundesweit über 5000 liberale kommunale Mandatsträger. 2001 sind insgesamt 5.579 neue Mitglieder in die FDP eingetreten. Diese Zahl ist seit Gründung der FDP nur einmal, 1990 bei der Deutschen Einheit, übertroffen worden. Die FDP ist die einzige Bundespartei mit einem tatsächlichen Mitgliederzuwachs.

Die FDP ist 2001 von 62.721 auf 64.063 Mitglieder gewachsen. Das bedeutet unter dem Strich für das Jahr 2001 ein Plus von 1.342 FDP-Mitgliedern. 46,1% der 2001 neu eingetretenen FDP-Mitglieder sind jünger als 35 Jahre. Dieser Trend hält an. Allein bei der Bundespartei direkt haben sich in den ersten sechs Wochen dieses Jahres 431 neue Mitglieder angemeldet, 82 am Tag nach dem Dreikönigstreffen in Stuttgart.

Per E-Mail sind derzeit 16,2% aller FDP-Mitglieder zu erreichen. Auf die Internet-Seiten der FDP wird aktuell mehr als eine halbe Million mal im Monat zugegriffen. Die modernen elektronischen Medien sind damit das zahlenmäßig am meisten eingesetzte politische Kommunikationsmittel der Liberalen.

Das sind alles handfeste Fakten. Sie zeigen eine FDP, die ihre Strukturen permanent verbessert und ihren Anspruch, die liberale Partei für das ganze Volk zu sein, Stück für Stück Realität werden lässt. Zu dieser Realität kommt eine bedeutsame strukturelle Folge unserer Strategie 18. Sie hat binnen zweier Jahre das überholte Lagerdenken wirkungsvoll verändert.

Alle Umfragen seit der Nominierung von Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten der CSU/CDU zeigen das gleiche Bild: Die Zahlen für die CSU/CDU gingen nach oben und die für die FDP blieben gleich hoch oder nahmen zu. Diese Tatsache ist so revolutionär neu, dass viele immer noch mit dem alten Bild im Kopf herumlaufen: Ging die CSU/CDU in den Umfragen hoch, ging die FDP runter. Der Lagerwahlkampf findet nur noch im Lager der Roten, Roten und Grünen statt, weil es das andere Lager nicht mehr gibt. Die Wechselwähler verhalten

Kampagne 2002

.....

sich bei ihrem Urteil über CSU/CDU und FDP nicht mehr wie in „kommunizierenden Röhren“. Die Umfragen:

Forschungsgruppe Wahlen

	11. Jan.	18. Jan.	8. Feb.
FDP	7	7	8
SPD	39	38	39
CSU/CDU	39	40	40
Grüne	5	5	4
PDS	6	6	6
Sonstige	4	4	3

Forsa

	11. Jan.	18. Jan.	25. Jan.	1. Feb.	8. Feb.	15. Feb.
FDP	9	7	8	9	8	8
SPD	38	36	36	35	36	34
CSU/CDU	37	41	41	40	41	42
Grüne	6	6	5	6	6	6
PDS	6	6	6	6	6	6
Sonstige	4	4	4	4	3	4

Infratest/Dimap

	17. Dez.	21. Jan.
FDP	7	9
SPD	39	37
CSU/CDU	37	39
Grüne	8	5
PDS	5	7
Sonstige	4	3

III. Unsere politischen Ziele für die Bundestagswahl

„Die FDP ist die Partei des Rechtsstaates. Die FDP steht in der liberalen Tradition der Freiheitsrechte für die Bürger gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung seit den Tagen der Liberalen in der Paulskirche und in der Bundesrepublik Deutschland mit der Prägung unserer Verfassung durch Theodor Heuss und die Liberalen im Parlamentarischen Rat. Wir haben in den letzten 30 Jahren die Reformen für mehr Bürgerfreiheit, mehr Demokratie, mehr individuelle Mitverantwortung voran getrieben. Wir werden in Zukunft zum Beispiel die neuen Chancen, aber auch erheblichen Risiken der Gen- und Biotechnologie sowie Biomedizin sorgsam abwägen und nutzen; aber im Spannungsverhältnis von Freiheit und Verantwortung, von Fortschritt und Humanität.

Wir sind die Partei der Toleranz und Weltoffenheit. Wir wollen dazu beitragen, dass Deutsch-

land ein international anerkanntes Land in der zivilen Weltgesellschaft bleibt. Und das gilt auch gegen rassistische, antisemitische und nationalistische Gruppen in Deutschland. Die FDP ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Sie steht in der Tradition Ludwig Erhards. Wir wollen eine Rückbesinnung auf die Tugenden der klassischen sozialen Marktwirtschaft, um Arbeitsplätze und Wohlstand für alle zu sichern: durch eine neue Kultur der Selbstständigkeit, durch mehr Freiheit und weniger Staat, durch weniger Steuern und weniger Abgaben.

Wir wollen Chancengleichheit in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Mit niedrigeren und gerechteren Steuern für alle, durch einen Dreistufentarif mit den Sätzen 15 %, 25 % und 35 %, der Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften gleich behandelt. Mit einem flexibleren Arbeits- und Tarifvertragsrecht, das nicht mehr Funktionärsbestimmung sondern auf mehr Mitarbeiterbeteiligung setzt und betriebsnahe Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht. Wir wollen Leistungsgerechtigkeit in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Durch Leistungsanreize in einem niedrigeren und transparenten Steuersystem. Durch eine Sozialpolitik zugunsten der Bedürftigen und nicht der Findigen, die Gegenleistung von denjenigen fordert, die staatliche Unterstützung erhalten. Die FDP ist die Partei der Bildung. Freiheit ist Voraussetzung von Bildung und Bildung ist Bedingung von Freiheit. Bildung ist und bleibt Bürgerrecht. Der wichtigste Rohstoff ist der Deutschen heißt Bildung. Die FDP sieht in der Bildung, Ausbildung, im Wissen und im Forschergeist die wichtigsten Zukunftsressourcen, um Deutschland gesellschaftlich und wirtschaftlich für das Informationszeitalter fit zu machen . Neue Technologien sind für Liberale zuerst Chance und nicht Risiko. Wir wollen Chancengleichheit in der Bildungspolitik, so dass alle Kinder in besseren Schulen und Hochschulen in kürzerer Zeit zu qualifizierten Abschlüssen geführt werden. Bildung hat finanziell und politisch Priorität, damit unsere Schüler, Auszubildenden und Studenten später im weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Wir wollen Leistungsgerechtigkeit in der Bildungspolitik durch mehr Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen. Unsere Lernenden müssen u. a. über Bildungsgutscheine die Möglichkeit haben, selbst das für sie beste Angebot auswählen zu können. Unsere Lehrenden müssen stärker nach Leistung bezahlt werden. Und unsere Bildungseinrichtungen brauchen mehr Autonomie, um ihr Profil für den Wettbewerb zu stärken.

Die FDP ist die Europapartei. Wir haben in der Vergangenheit mit den liberalen Außenministern Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel Grenzen und Barrieren eingerissen und zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden in Europa beigetragen. Die Westintegration, die Ostpolitik der Liberalen waren Voraussetzungen für die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit. Die Lehre der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist die Einbettung Deutschlands in ein freiheitliches friedliches Europa. Im zusammenwachsenden Euro-

Kampagne 2002

.....

pa, vorrangig der Aufnahme der osteuropäischen Staaten sollen die Prinzipien von Menschlichkeit, Subsidiarität, parlamentarische Verantwortung und Demokratie gelten.

Die FDP ist die Partei der Mobilität. Eine Gesellschaft im Aufbruch darf nicht alltäglich im Verkehrsstau stecken bleiben. Unsere Gesellschaft braucht eine Offensive für mehr Beweglichkeit. Wir wollen Chancengleichheit durch eine mobile Gesellschaft. Wer zu einem Arbeitsplatz täglich oder gar wöchentlich pendelt und damit persönliche Mobilität unter Beweis stellt, der braucht eine mobilitätsfreundliche Verkehrspolitik, die Dauerstau nicht als Dauerproblem akzeptiert. Alle Verkehrsträger müssen die Chance haben, in einem fairen Wettbewerb zu bestehen: durch die Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn, durch die Beseitigung unnötiger Benachteiligungen für das Auto. Wir wollen Leistungsgerechtigkeit in einer mobilen Gesellschaft. Wer sich viel bewegt, darf nicht noch bestraft werden. Neue Technologien wie der Transrapid müssen ihre Leistungsfähigkeit auch in Deutschland unter Beweis stellen können. Die wirtschaftsfeindliche umweltschädliche und sozial ungerechte Ökosteuer muss abgeschafft werden. Mobilität muss belohnt werden – nicht Stillstand.“

(Aus dem Beschluss des Bundesparteitages zur Strategie 18.)

IV. Wahlkampfteam

Unsere politischen Schwerpunkte werden die Spitzenpolitiker der FDP in einer bunten Palette von zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen den vielen Menschen nahe bringen, um deren Stimmen wir für unser Ziel des Politikwechsels durch 18 % FDP für die Bildung einer stabilen Regierung mit einer der zwei großen Parteien werben. Für die Erreichung dieses Zieles haben wir ein Wahlkampfteam unter Leitung des Bundesvorsitzenden eingesetzt:

Rainer Brüderle vertritt die Wirtschaftspolitik als unbestrittene Kernkompetenz der Freien Demokraten. Wenn es in Deutschland jemanden gibt, der den Ehrentitel „Mister Mittelstand“ verdient hat, ist es Rainer Brüderle. Jürgen Möllemann hat das zentrale Feld der Innenpolitik und die Gesundheitspolitik übernommen. Die Bedeutung beider Politikfelder für die FDP als Partei für das ganze Volk unterstreichen wir damit, dass die FDP eine ihrer stärksten Persönlichkeiten mit ihnen betraut hat. Walter Döring koordiniert die Politik der FDP in den Landesparlamenten und in immer mehr Landesregierungen. Er treibt die liberale Föderalismusdiskussion voran und neue Initiativen der FDP zur Reform des föderalen wie subsidiären Staates. Generalsekretärin Cornelia Pieper bereitet als Chefin der Programmkommission das Bundestagswahlprogramm entscheidend vor und widmet ihr besonderes Augenmerk der Bildungspolitik. Bundesschatzmeister Günter Rexrodt zeichnet über seine Aufgaben im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik für den Bürgerfonds 182002 verant-

wortlich, der so um Spenden wirbt, dass seine Aktionen zugleich selbst Wahlkampf sind. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wird ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Rechts- und Menschenrechtspolitik haben. In diesem Gebiet ist sie gleichermaßen bekannt wie bewährt. Birgit Homburger bringt in der Umweltpolitik und Verkehrspolitik die Überlegenheit des liberalen Lösungsansatzes überzeugend zum Ausdruck. Martin Matz stellt die neuen sozialpolitischen Lösungen der FDP heraus, die unter seiner Leitung für den Nürnberger Bundestagsparteitag vorbereitet wurden. Wolfgang Gerhardt wirkt als Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion verstärkt im Bereich der Außen- und Europapolitik für uns Freie Demokraten. Hermann Otto Solms bringt seine überragende Kompetenz als unser allgemein anerkannter Steuerexperte zur Wirkung.

V. Unsere Strategie

Die Freie Demokratische Partei ist die einzige Partei Deutschlands, die ihre gesamte Politik auf die Idee der Freiheit gründet: den klassischen Liberalismus Europas. Die FDP repräsentiert die älteste politische Grundströmung der deutschen Demokratie. Diesem geistigen Rang des politischen Liberalismus will die FDP sein politisches Gewicht verschaffen. Diese überlegene Kompetenz zur Lösung der politischen Aufgaben braucht es gerade im Wissenszeitalter. Die FDP will 2002 einen politischen Kurswechsel, der den Menschen in unserem Land ihren eigenen Weg ins Wissenszeitalter frei macht. Deshalb will die FDP das nächste Regierungsprogramm nachhaltig bestimmen. Das strategische Ziel der FDP für 2002 ist klar: Die FDP muss so stark werden, dass ohne sie keine Regierungsbildung möglich wird – außer einem Stillstandspakt von SPD und CSU/CDU. Unser Ziel heißt 18%. Als Partei für das ganze Volk kämpfen wir um den Zuspruch von Menschen aus allen Teilen des Volkes. Wir sind keine Partei nur für eine bestimmte Berufsgruppe, Alters- oder Einkommensklasse. Wir wenden uns an alle, die mehr Freiheit und Verantwortung und weniger staatliche Bevormundung wollen. Als Partei für das ganze Volk begreift sich die FDP weder als Teil eines Lagers noch als Mehrheitsbeschaffer. Als Partei für das ganze Volk gehen wir unabhängig in die Bundestagswahl 2002. Als Partei für das ganze Volk treffen wir keine Koalitionsfestlegung. Als Partei für das ganze Volk gehen wir auf gleicher Augenhöhe mit SPD und CSU/CDU in die Auseinandersetzung. Deshalb werben wir nicht für einen anderen Kanzlerkandidaten, sondern für unseren eigenen Spitzenkandidaten und für unser eigenes Spitzenteam. In den Köpfen und Herzen der Menschen wollen wir dieses Bild verankern: Die FDP mit ihrem Spitzenkandidaten Guido Westerwelle ist die liberale Partei in Deutschland. Die FDP ist Partei für das ganze Volk und die einzige Kraft der Mitte. Diese FDP sorgt für die Zukunftsfähigkeit eines weltoffenen Deutschland durch weniger Steuern und weniger Bürokratie: für mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung.

Kampagne 2002

.....

Die FDP kämpft als eigenständige Kraft für neue Arbeitsplätze, für eine intelligentere Bildungspolitik und ein mobileres Deutschland. Sie setzt sich ein für Freiheit in Sicherheit. Sie sieht Europa und die Globalisierung als Herausforderung und als Chance für die gesamte deutsche Gesellschaft. Nur die FDP gewährleistet eine bessere Politik für Deutschland. Nur die FDP garantiert mit 18 % die notwendigen Veränderungen und zugleich eine stabile Regierung.

VI. Unsere Kommunikation

„Gezielte Kommunikation muss sich darüber im klaren sein: Wahlen werden gewonnen über Personen, Zukunftskompetenzen, Werte und Vertrauensdimensionen – nicht über Bilanzen, Einzelforderungen oder ausgefeilte Programme.“

(Gelesen bei einem der wenigen Profis der Konkurrenz.)

1. Unsere Bilder

Mit dem „Denkzettel“ verfügen wir über die bildliche Klammer für einen unverwechselbaren Auftritt.

2. Die Kampagnen-Klammer: Der Denkzettel.

Als grafisches Element ist der „Denkzettel“ in der Parteienwerbung einzigartig und dadurch unverwechselbar. Wir sind damit die einzige Partei mit einer aktuellen Layoutidee. Der Denkzettel ist flexibel und medienübergreifend einsetzbar – man kann ihn „hinkleben“, wo man gerade will. Auf ein Plakat, auf eine Tür, auf eine Flasche etc. Auch hinsichtlich des Formates kann man ihn fast beliebig strecken oder stauchen. Der Denkzettel ist schnell. Von der technischen Einsetzbarkeit bis zur Wirkung. Kaum gibt es eine Strömung oder ein Thema zeichnet sich am Horizont ab, werden wir mit einem Denkzettel dem Thema unseren Stempel aufkleben. Die Spontaneität des Denkzettels unterstreicht auf sinnfällige Weise unseren Anspruch, die Partei der Macher zu sein. Der Denkzettel ist aufmerksamkeitsstark. Mehr als das herkömmliche homogene Layout wirkt er als Störer und hebt sich von jedem Hintergrund ab. Der Denkzettel ist in sich selbst eine Aktion. Und aktiv, sehr aktiv wird alles sein, was wir tun. Im Sinne der Strategie 18. Der Denkzettel passt zu unserer Botschaft. Unser Farbcode wird 100%ig eingehalten. Alle Elemente vom Hintergrund über Headline, Claim und Logo sind schon von weitem als FDP zu erkennen. Hier als kleiner Vorgeschmack einige Beispiele für Plakate zu den Themen Wirtschaft, Steuern und Bildung. Natürlich werden diese Motive auch im Internet zum Download und als e-card zum Verschicken angeboten. Und wo Sie sonst noch mit unseren Denkzetteln rechnen müssen, wird heute nicht verraten. Sonst wäre es ja keine Überraschung mehr.

3. Unsere Personen

Moderne Kommunikation heißt Botschaften Gesichter geben. Der Spitzenkandidat Guido Westerwelle wird in unserem Wahlkampf entsprechend herausgehoben. Darüber hinaus werden Spitzenpolitiker unserer Partei ihren Stärken gemäß in PR-Aktionen, in Werbemaßnahmen, in den Medien und im Rednereinsatz herausgestellt. Zu diesem Personenkreis zählen die Mitglieder des Wahlkampfteams, unsere Ehrevorsitzenden, Klaus Kinkel sowie der Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen Daniel Bahr.

4. Unser Spendensammeln

Der Bürgerfonds für Deutschland 18|2002 ist die erste professionelle und transparente Fundraising-Kampagne in der deutschen Politik. Der Bürgerfonds 18|2002 steht für eine Spendenkultur mit Anstand: offen, ehrlich, gradlinig und jenseits von rotem Filz und schwarzen Koffern. Menschen, die der FDP nahe stehen und andere werden gleichermaßen um Unterstützung gebeten. Sympathisanten, Rot-Grün-Geschädigte, Mitglieder und Funktionsträger werden mit den Instrumentarien des amerikanischen Fundraising angesprochen: individuelle Briefe, Fundraising-Dinner, Anrufe, Internet-Aktionen, Spendenhotline etc. verbinden das Werben um Stimmen mit dem Werben um Spenden. Ziel ist, dass sich die Gesamtpartei mit all ihren Gliederungen im Wahljahr 2002 um neue Spender bemüht. Hierfür haben alle Kreisverbände ein „Spendenkit“ mit praktischen Hilfestellungen erhalten. Das Projekt steht unter der Leitung von Günter Rexrodt.

VII. Unser Wahlkampf

Die Freien Demokraten gestalten. CSU/CDU und SPD verwalten. Diesen entscheidenden Unterschied führen wir den Wählern in klaren Botschaften und sprechenden Bildern vor Augen, nicht in Bildern von Sprechenden.

Phase 1: Auftakt nach Maß

In Bayern treten wir mit über 6.400 Kandidaten zur Kommunalwahl an, mit so vielen wie schon lange nicht mehr. Gerade nach der Nominierung von Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten der CSU/CDU können wir unsere Basis in Bayern umso besser ausbauen. Die notwendigen Vorbereitungen sind bei der Landesvorsitzenden Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in den besten Händen. Den Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt machen wir zum nächsten großen Schritt auf dem Weg zur 18. Mit der populären Ministerpräsidentenkandidatin Cornelia Pieper setzen wir den Anfang für die kraftvolle Wie-

Kampagne 2002

.....

derkehr der FDP in die Landespolitik in allen neuen Bundesländern. Die Bundespartei packt diesen Landtagswahlkampf mit ihren materiellen und personellen Ressourcen an wie eine kleine Bundestagswahl. Gemäß unseres Slogans für Sachsen-Anhalt: Damit hier endlich was passiert!

Phase 2: Profil schärfen

Die gewonnene Wahl in Sachsen-Anhalt nutzen wir gezielt zum Ausbau unserer Basis in den neuen Bundesländern insgesamt. Überall platzieren wir unsere Botschaft: die FDP ist wieder da. Gleichzeitig verstärken wir die Mitgliederwerbung in ganz Deutschland zusammen mit unseren Landesverbänden. Politisch setzen wir der Immer-nur-Lächeln-Strategie des SPD-Kanzlers und der Weichzeichner-Strategie des CSU/CDU-Kanzlerkandidaten glasklare liberale Lösungen zu den drängenden Problemen unserer Zeit entgegen: Wir schärfen unser politisch-programmatisches Profil als die liberale Partei für das ganze Volk. Den Beginn dieser Phase unseres Wahlkampfes setzen wir mit dem Parteitag vom 10. bis 12. Mai in Mannheim. Es wird sich lohnen, ihn zu besuchen, denn so manches wird anders sein, als man es von Parteitagen gewohnt ist.

Auf unserem Parteitag werden wir die Breite und Kompetenz der Persönlichkeiten aus allen Generationen ins Bild setzen, welche die FDP als die liberale Partei für das ganze Volk auszeichnet. Vor der Sommerpause stellen wir ein neues Buch des Autors Guido Westerwelle vor, das die drängenden Fragen der Zeit besser darstellen kann als ein Wahlprogramm und überraschend neue liberale Lösungswege, die Menschen in allen Teilen unseres Volkes ansprechen und interessieren, ausführlicher beschreiben kann als kurze Medienauftritte oder Plakate.

Phase 3: Motivieren. Mobilisieren.

Die Motivations- und Mobilisierungsphase beginnen wir mit mindestens zwei großen regionalen Strategiekonferenzen zu Sommerbeginn. Darüber hinaus werden unsere Spitzenpolitiker Deutschland bereisen. Im Mittelpunkt steht die Reise von Guido Westerwelle mit dem und unter dem Motto „Guidomobil“. Das Guidomobil wird während seiner sechswöchigen Reise in allen Bundesländern Station machen. Der Spitzenkandidat der liberalen Partei für das ganze Volk wird Sommerfeste, Früh- und Dämmerchoppen, Sportveranstaltungen, aber natürlich auch Redaktionen besuchen. Beim Wandern, beim Segeln, bei Radtouren, Beachvolleyball oder Inlineskating treffen wir die Menschen, denen wir unsere Botschaft in der Sache fundiert, in der Form unterhaltsam und überraschend überbringen. Die örtlichen Kandidaten werden in vielfältiger Weise vom Guidomobil profitieren und mit ihren eigenen

Kampagne 2002
.....

Aktionen verbinden. Die Internetadresse www.guidomobil.de gibt stets aktuell Auskunft über die Tour mit Stationen und Aktionen. Viele andere bildhafte Veranstaltungen können und sollen mit dieser Tour verbunden werden (aber alles verraten wir heute natürlich noch nicht).

Hier einige Beispiele:

- Motorradbegleitung von Hermann Otto Solms
- Hoffest mit Ulrich Heinrich und Walter Döring
- blau-gelbe Kanne in Strande mit Wolfgang Kubicki
- Weinfest mit Rainer Brüderle
- Tennisturnier mit Wolfgang Gerhardt
- Joggen mit Klaus Kinkel

Und auf Jürgen Möllemanns 18-er-Fallschirmteam muss man sowieso immer und überall gefasst sein. Außerdem werden wir große Ereignisse nutzen, um sie blau-gelb „einzufärben“. Die Aktion „WM 18“ – Westerwelle/Möllemann – bietet den Rahmen, um das Gütesiegel 18 auch an unerwarteten Plätzen und bei unerwarteten Gelegenheiten zu präsentieren.

Phase 4: Die heiße Phase

Die heiße Phase eröffnen wir fünf Wochen vor der Wahl am Sonntag, den 18. August 2002, mit einer zentralen Veranstaltung. In dieser Zeit ist die FDP mit tausenden mobilen Großflächen (Wesselmänner) und weiteren Großflächen strategisch gezielt im Straßenbild präsent. Wir schalten Kinospots und nutzen die bekannten Möglichkeiten in Fernsehen und Hörfunk. Für diese Zeit organisiert die Bundesgeschäftsstelle einen Zentralen Rednereinsatz für folgende Personen:

- Guido Westerwelle
- Rainer Brüderle
- Jürgen W. Möllemann
- Walter Döring
- Günter Rexrodt
- Cornelia Pieper
- Wolfgang Gerhardt
- Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
- Birgit Homburger
- Martin Matz
- Hans-Dietrich Genscher

Kampagne 2002

.....

- Otto Graf Lambsdorff
- Klaus Kinkel
- Hermann Otto Solms
- Daniel Bahr

Mit ihnen wird eine flächendeckende Präsenz der liberalen Spitzenpolitiker ohne einseitige Ballungen in einzelnen Regionen erreicht. Den ausrichtenden Gliederungen werden umfangreiche Serviceangebote von der Checkliste über Einladungsmuster bis zu Plakaten an die Hand gegeben. Damit werden Logistik und Effizienz für die Veranstaltungen in der notwendigen Qualität sichergestellt. Alle Mitglieder des Wahlkampfteams werden bundesweit im Rahmen des zentralen Rednereinsatzes mindestens 18 Veranstaltungen in ihren Fachgebieten durchführen. Jürgen Möllemann hat mit seinen 4 X 18 Veranstaltungen zum Wettbewerb in der Parteiführung aufgerufen.

Phase 5: Der Endspurt

Am Sonntag, 8. September 2002, findet in Berlin ein Sonderparteitag statt, auf dem wir unseren Wahlauf Ruf verabschieden und festlegen, an welchen politischen Bedingungen die FDP mögliche Koalitionspartner nach der Wahl misst. In allen Bundesländern werden mit den Landesverbänden an 18 Standorten Veranstaltungen mit Guido Westerwelle und weiteren herausragenden Rednern stattfinden. Diese werden dem Standard unserer Zeit für mediengerechte Ereignisse in jeder Weise entsprechen. Fernsehdiskussionen oder Livezuschaltungen können noch Einfluss auf den Terminplan nehmen. So ist für die Übertragung des ZDF am 13. September eine Großveranstaltung des Spitzenkandidaten Guido Westerwelle mit Jürgen W. Möllemann in Münster vorgesehen.

Die Abschlussveranstaltung ist für Freitag, den 20. September 2002 in Bonn geplant. Im Endspurt legen wir jeden Tag noch einen Zahn zu: überraschend, am Samstag vor der Wahl noch überraschender, und am Wahltag am überraschendsten.

Von der einfachen Homepage zum Multimedia-Portal

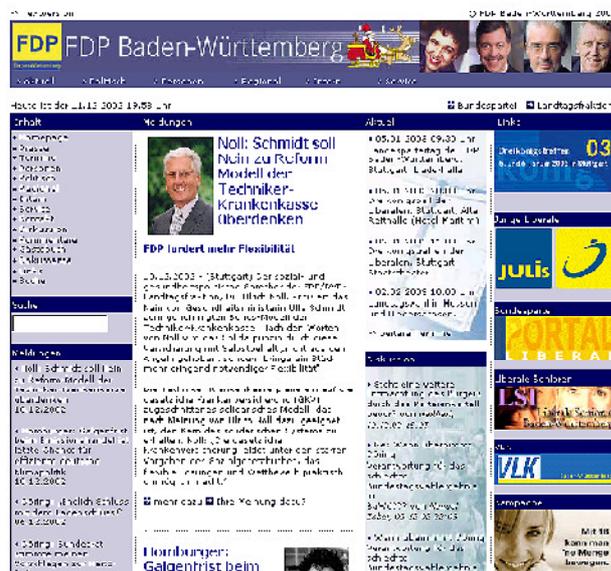
www.fdp-bw.de - Die Südwest-FDP im Netz seit Herbst 2001 mit Datenbank-anbindung und Mehrwert für die Mitglieder

Die FDP Baden-Württemberg hat ihr Internet-Angebot seit dem Herbst 2001 um einen weiteren großen Sprung erweitert: Unter <http://www.fdp-bw.de> stellt sich heute er zweitgrößte Landesverband der FDP im Netz zeitgemäß und aktuell mit dynamischen Seiten und einer Datenbank-basierten Dokumentverwaltung dar.

Die Vorteile eines solchen Systems liegen klar auf der Hand: Die Pflege des Auftritts kann zeitnah, ortsunabhängig und ohne Programmierkenntnisse von jedem an das Internet angeschlossenen Rechner aus geschehen. Dies hat zu einer spürbar verbesserten Aktualität auf den Seiten der FDP Baden-Württemberg geführt. Mittlerweile lanciert der Landesverband nahezu täglich neue Pressemitteilungen; garniert mit eigenem, digital aufgenommenem Fotomaterial.

Eine echte Arbeitserleichterung für die interessierten Internetnutzer, Journalisten und Mitglieder ist die neue Dokumentdatenbank, in der alle Beschlüsse, Reden und Positionspapiere der letzten fünf Jahre zu finden sind. Die Downloadmöglichkeit wird aktiv genutzt und erspart so manchen unnötigen Post-, und Irrweg. Ein wichtiger Schritt in Richtung Multimedia ist das zur Verfügung stellen von Audio- und Videomaterial auf der Website. Hier geht die FDP-BW mit der Zeit und bietet seit Herbst 2002 den DSL-Nutzern einzelne Reden und andere Beiträge als mp3-Dateien zum Download an.

Interaktivität zelebriert die FDP-BW auf ihren Seiten wie keine andere Partei in Baden-Württemberg: Neben gut frequentiertem Gästebuch und Diskussionsforum findet der engagierte Nutzer die einzigartige Möglichkeit, aktuelle Pressemitteilungen zu kommentieren und mit



Landesvorstand
.....

Die innerparteiliche Gremienarbeit

Landesvorstand

Im Berichtszeitraum fanden 17 Sitzungen des Landesvorstandes statt, deren inhaltlicher Schwerpunkt die Vorbereitung der Landtagswahl 2001 und der Bundestagswahl 2002 waren.

Bei der Sitzung am 4. Januar 2001 in Stuttgart stand die Vorbereitung des Dreikönigstreffens als Auftakt für den Landtagswahlkampf im Mittelpunkt der Tagesordnung. Das Hauptinteresse galt an diesem Tag natürlich der unmittelbar bevorstehenden Entscheidung über die Führung der Partei auf Bundesebene.

Unmittelbar nach der Landtagswahl trat der Landesvorstand am 26. März 2001 in Stuttgart zusammen, um das Ergebnis der Landtagswahl zu bewerten und erste Entscheidungen zu den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen zu treffen. Der landesvorsitzende betonte, dass man bei aller Enttäuschung über die Stimmenverluste nicht übersehen dürfe, dass es zum zweiten Mal hintereinander gelungen sei, die Regierungsbeteiligung zu erreichen. Den Stimmenrückgang führte er auf die Zuspitzung der Polarisierung in den letzten Wochen und die vor allem von den politischen Gegnern angezettelte Ampeldiskussion zurück. Trotzdem hätte man bei einem Zweistimmen-Wahlrecht ein zweistelliges Ergebnis erzielen können.

Der Landesvorstand beauftragte den Landesvorsitzenden Dr. Walter Döring, den Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll und den Fraktionsvorsitzenden Ernst Pfister, die Koalitionsverhandlungen mit der CDU zu führen.

In den Sitzungen am 5. April 2001 und 9. April 2001 in Stuttgart wurden nach ausführlichen Berichten der Mitglieder der Verhandlungskommission die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen erörtert. Der Landesvorstand bemängelte, dass es nicht gelungen sei, bei der Änderung des Landtagswahlrechts eine für die Partei befriedigende Lösung zu finden, stimmte aber dem Inhalt des Koalitionsvertrages mit großer Mehrheit zu.

Das Thema Wahlrecht bestimmte auch die Sitzung am 11. Mai 2001 in Stuttgart, die den Außerordentlichen Landesparteitag am 12. Mai 2001 in Ulm vorbereitete, der zur Beratung des Koalitionsvertrages einberufen worden war. Der Landesvorstand folgte nach intensiver Diskussion dem Vorschlag des Landesvorsitzenden, den Passus zum Landtagswahlrecht aus dem Koalitionsvertrag zu streichen, die Klage von Prof. Dr. Otto F. Hagena gegen das Landtagswahlrecht zu unterstützen und auf der Grundlage des dann vorliegenden Gerichts-

Landesvorstand
.....

urteils mit dem Koalitionspartner erneut über notwendige Wahlrechtsänderungen zu verhandeln.

Außerdem stimmte der Landesvorstand einem durch das Wahlergebnis notwendig gewordenen und vom Landesschatzmeister Richard Drautz vorgelegten Nachtragshaushalt für 2001 zu, stellte die Beitragsordnung auf EURO um und setzte unter dem Vorsitz von Dr. Michael Büsse-maker eine Arbeitsgruppe zum Thema „Baunebenrecht“ ein.

Der schon im Jahr zuvor beschlossene Landeshauptausschuss zur Osterweiterung der Europäischen Union und die Aktivitäten des Landesverbandes zum 50-jährigen Landesjubiläum waren die beherrschenden Themen der Sitzung am 23. Juni 2001 in Stuttgart. Nach ausführlicher Diskussion der von Jan Havlik vorgelegten Konzeption für den Landeshauptausschuss wurde der Ablauf beschlossen und festgelegt, dass die Veranstaltung in Illshofen stattfindet. Zum 50-jährigen Landesjubiläum beschloss der Landesvorstand, im März 2002 eine Festveranstaltung durchzuführen, um frühzeitig die bedeutende der Liberalen bei der Gründung des Landes hervorzuheben. Der Vorsitzende der Reinhold-Maier-Stiftung, Prof. Dr. Ulrich Goll, berichtet, dass die Stiftung plane, angesichts der überragenden Rolle des ersten Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier bei der Gründung des Landes eine Festschrift herauszugeben, eine Ausstellung zusammenzustellen und nach Möglichkeit einen Film zu produzieren.

In der gleichen Sitzung berief der Landesvorstand die Obleute für die Landesfachausschüsse und stimmte dem von Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Rübesamen vorgelegten Zeit- und Maßnahmenplan für die Vorbereitung der Bundestagswahl 2002 zu.

Erste Überlegungen für die inhaltliche Gestaltung des Dreikönigstreffens 2002 werden bei der Sitzung am 15. September 2001 in Stuttgart angestellt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war aber die Formulierung eines Leitantrags für den Landeshauptausschuss zum Thema „Osterweiterung der Europäischen Union“, für den Jan Havlik einen Entwurf vorgelegt hatte.

Daneben wurden Corinna Werwigk-Hertneck, Ulrich Theurer und Bernhard Nüsch in den Verwaltungsrat der Reinhold-Maier-Stiftung gewählt. Olaf Bentlage präsentierte die von Markus Lochmann mit dem Ziel noch größerer Benutzerfreundlichkeit völlig neu gestaltete Homepage der Landesverbandes. Ullrich Eidenmüller und Prof. Dr. Ulrich Goll berichteten über den Stand der Vorbereitungen zum 50-jährigen Landesjubiläum.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die inhaltliche und personelle Führung des

Landesvorstand

.....

Bundestagswahlkampfes ein. Der Landesvorsitzende bedauert den Verzicht von Dr. Klaus Kinkel auf eine erneute Kandidatur, den er mit Respekt für die persönliche Entscheidung zur Kenntnis genommen habe, und dankt Dr. Klaus Kinkel für die herausragende Rolle, die er für den Landesverband in all den Jahren seiner Tätigkeit übernommen habe. Es sei außerordentlich schwierig wenn nicht gar unmöglich, die Lücke zu schließen, die eine Persönlichkeit vom Range Kinkels hinterlasse. Nach dem Gespräch des Präsidiums mit der Landesgruppe, weiteren Beratungen im Präsidium vor dieser Sitzung und dem inzwischen erklärten Verzicht von Prof. Dr. Ulrich Goll auf eine Kandidatur laute der einstimmige Vorschlag an den Landesvorstand, Birgit Homburger als Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2002 zu nominieren. Der Vorstand folgt diesem Vorschlag ohne Gegenstimme bei Enthaltung der Betroffenen.

Am Vorabend der Sitzung des Landeshauptausschusses am 20. Oktober 2001 in Ilshofen kam der Landesvorstand am 19. Oktober 2001 in Stuttgart zusammen, um letzte Vorbereitungen für den Ablauf dieser Tagung zu treffen. Außerdem wurden die Tagesordnung und das Wahlverfahren für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl am 8. Dezember 2001 in Pforzheim festgelegt. Ullrich Eidenmüller berichtete über das Verfahren und den Stand der Erarbeitung des Leitetrags zum Dreikönigstreffen 2002 zum Thema Gentechnik. Anhand der Berichte aus den Bezirken und Kreisverbänden verschaffte sich der Landesvorstand einen ersten Überblick über den Stand der Aufstellung der Bewerber für die Bundestagswahl 2002.

Die letzte Sitzung in jedem Jahr dient traditionell der politischen Vorbereitung des Dreikönigstreffens. So verabschiedete der Landesvorstand am 1. Dezember 2002 in Stuttgart folgende Leiteträge:

- Liberale Antworten im Zeitalter der Entschlüsselung des Genoms
- Liberales Aktionsprogramm 2002 – Deutschland bewegen
- Terrorismus bekämpfen – den Rechtsstaat bewahren
- Privatisierung der Landeskrankenhäuser

Der von Landesschatzmeister Richard Drautz eingebrachte Haushaltsplan für das Jahr 2002 wurde einstimmig verabschiedet.

Nach kurzer Diskussion der satzungsmäßigen Möglichkeiten lehnt der Landesvorstand einen Antrag ab, neu gewählte Bezirksvorsitzende, die nicht dem Landesvorstand angehören, in den Landesvorstand zu kooptieren.

Mit dem Ablauf des Dreikönigstreffens 2002 beschäftigte sich der Landesvorstand bei sei-

Landesvorstand
.....

ner Sitzung am 4. Januar 2002 in Stuttgart. Er nahm letzte Korrekturen an den Leitanträgen vor und legte inhaltliche Schwerpunkte für die Reihenfolge der Antragsberatung fest. Dr. Walter Döring erläuterte den Ablauf des Festaktes der FDP zum 50-jährigen Landesjubiläum. Birgit Homburger berichtete über ein Gespräch mit den Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und übermittelte den Wunsch der LFA - Vorsitzenden, gelegentlich über ihre Arbeit im Landesvorstand zu berichten. Im Mittelpunkt der politischen Aussprache stand das Ergebnis der Landesvertreter-versammlung zur Aufstellung der Landesliste und der durchsichtige, wenn auch erfolglose Versuch der Opposition, führende Repräsentanten der FDP in den Flowtex-Skandal hineinzuziehen.

Der Ablauf des Landesparteitages am 5. Januar 2002 war auch Gegenstand der Beratungen des Landesvorstandes am 15. Februar 2002 in Stuttgart. Der Vorstand beriet über die kritischen Bemerkungen einiger Delegierter, dass die Zeit für die Beratung von Anträgen zu knapp bemessen war, und beschloss, dieses Thema bei der kommenden Klausurtagung ausführlich zu behandeln.

Die schon im Dezember beschlossene Präsentation der Landesfachausschüsse im Landesvorstand wurde durch den Landesfachausschuss Sozial-, Gesellschafts- und Jugendpolitik eröffnet. Der Vorsitzende des Landesfachausschusses, Dr. Axel Münch, stellte die Arbeitsweise und die inhaltlichen Themen des Fachausschusses vor und erläuterte zukünftige Projekte.

Die Vorbereitung des Bundesparteitages in Mannheim, zu dem der Landesvorstand einige inhaltliche Anträge einbrachte, und der Bundestagswahlkampf waren weitere Gegenstände der Beratung des Landesvorstandes.

Ein umfangreiches Arbeitsprogramm war bei der Klausurtagung am 19./20. April 2002 am Ebnisee zu bewältigen. Der wichtigste Punkt der Beratungen war die Wahlkampfzubereitung. Die Spitzenkandidatin Birgit Homburger erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte des Wahlprogramms, der Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz stellte die Strategie und die Werbekonzeption für die Bundestagswahl vor und der Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Rübensen berichtete über die zusätzlichen Maßnahmen des Landesverbandes.

Zur inhaltlichen Vorbereitung des Dreikönigstreffens 2003, bei dem auf der Grundlage des Gutachtens zur Regierungs- und Verwaltungsreform in Baden-Württemberg von Prof. Dr. Joachim Jens Hesse das Thema Verwaltungsreform behandelt werden soll, wurde eine Kommission unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden mit dem Auftrag eingesetzt, ein Thesenpapier zu erarbeiten.

Landesvorstand

.....

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stellte der Landesvorsitzende Dr. Walter Döring die Thesen des Zukunftsforschers Matthias Horx zur Zukunft der Arbeit vor. Es wird beschlossen, dieses Thema nach Rückkopplung mit den Landesfachausschüssen auf einem Landeshauptausschuss im Jahre 2003 zu behandeln.

Die Beratung über die Reform der Parteistruktur wurde für die Zeit nach der Bundestagswahl zurückgestellt. Der Vorstand befasste sich ferner mit der inhaltlichen Gestaltung und der Außenwirkung der Sitzungen der Parteiorgane. Er beschloss die Tagesordnung und den Ablauf der Sitzung des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe und beriet über die vom Landesparteitag an den Landesvorstand überwiesenen Anträge. Der Landeschatzmeister Richard Drautz gab einen Überblick über die finanzielle Lage des Landesverbandes und die mittelfristige Finanzplanung.

Nach Berichten von Dr. Walter Döring und Birgit Homburger diskutierte der Landesvorstand am 8. Juni 2002 in Stuttgart über die Auswirkungen von Basel II und die Finanzierungsprobleme der mittelständischen Wirtschaft. Dieter Bantleon stellt die Arbeit des Landesfachausschusses Verkehr vor und verweist auf zahlreiche Vorlagen, die vom Landesfachausschuss erarbeitet und den Parteiorganen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wurden. Der Landesvorstand missbilligte das Verhalten von Jürgen Möllemann im Zusammenhang mit der Aufnahme des ehemaligen grünen Politikers Karsli in die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen und im Streit mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Er stellte fest, dass durch diese Aktionen die phantastische Stimmung für die FDP nach dem Mannheimer Parteitag in wenigen Tagen zunichte gemacht und er Partei über Wochen jede Möglichkeit genommen wurde, mit inhaltlichen Äußerungen durchzudringen.

Die Arbeit des Landesfachausschusses Bildung und Wissenschaft wurde durch seinen Vorsitzenden Eckhard Behrens bei der Sitzung am 20. Juli 2002 in Stuttgart präsentiert.

Der Landesvorstand stimmte der Feststellung des Landesvorsitzenden zu, dass Schritte unternommen werden müssten, um die FDP in der bildungspolitischen Diskussion auf Bundesebene wieder sichtbar zu machen.

Ausführlich berichtete der Landeschatzmeister Richard Drautz über den Stand der Spendenwerbung und die mittelfristige Finanzplanung. Er appellierte an alle Mandats- und Funktionsträger, ihn bei seinen Bemühungen um die Verbesserung der Einnahmeseite stärker zu unterstützen. Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Rübesamen erläuterte den Ablauf der zentralen Veranstaltungen des Landesverbandes im Bundestagswahlkampf.

Landesvorstand
.....

Am Tag nach der Bundestagswahl traf sich der Landesvorstand am 23. September 2002 in Stuttgart, um das Wahlergebnis und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu beraten.

Der Landesvorsitzende Dr. Walter Döring bedauerte den Rückgang des Stimmenanteils in Baden-Württemberg, den er in erster Linie der fehlenden Koalitionsaussage zuschrieb. In den letzten Wochen des Wahlkampfes habe man deutlich spüren können, dass die Bürger hier im Land wissen wollten, wohin die Reise nach der Wahl geht. Natürlich hätten auch die Eskapaden von Jürgen Möllemann wenige Tage vor der Wahl massiv geschadet. Positiv sei anzumerken, dass bis auf Bayern alle Landesverbände die Fünf-Prozent-Hürde klar übersprungen hätten und nur der Landesverband Bremen keinen Abgeordneten nach Berlin entsende.

Die Spitzenkandidatin Birgit Homburger stellt fest, dass die Partei klar unter ihren Möglichkeiten geblieben sei. Neben Möllemann habe auch der „Stoiber-Späth-Effekt“ das Ergebnis der FDP in Baden-Württemberg negativ beeinflusst. Der Kurs der Eigenständigkeit müsse in der Opposition konsequent fortgesetzt werden.

Neben einer ausführlichen Diskussion des Wahlergebnisses und seiner Konsequenzen befasste sich der Landesvorstand auch mit der Vorbereitung der Sitzung des Landeshauptausschusses zum Thema Verwaltungsreform am 26. Oktober 2002 in Göppingen.

Die Vorbereitung dieser Tagung war auch Beratungsgegenstand der Sitzung des Landesvorstandes am 19. Oktober 2002 in Horb. Er wies dem Landeshauptausschuss die Aufgabe zu, die Diskussion eines Leitantrages auf dem Dreikönigstreffen vorzubereiten, der die grobe Zielrichtung vorgibt und dann im Laufe des kommenden Jahres mit den Beteiligten erörtert wird.

Intensiv beriet der Landesvorstand über die Vorbereitung des Dreikönigstreffens 2003. Er verabschiedete die Tagesordnung für den Landesparteitag und stellte erste Überlegungen über den Ablauf der Kundgebung am 6. Januar an, von der ein Signal des Aufbruchs ausgehen müsse.

Außerdem wurde der von Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Rübesamen vorgelegte und erläuterte Terminplan für das Jahr 2003 gebilligt, bei dem zur Intensivierung der inhaltlichen Arbeit u.a. vier Sitzungen des Landeshauptausschusses zu noch festzulegenden inhaltlichen Schwerpunktthemen vorgesehen sind.

Der stellvertretende Vorsitzende des Landesfachausschusses Wirtschafts-, Finanz- und

Landesvorstand

.....

Verbraucherpolitik, Walter Spitaler, stellte die Arbeit dieses Gremiums vor und gab einen Ausblick auf künftige Vorhaben.

Bei der Sitzung am 30. November 2002 in Stuttgart wurde ein Leitantrag zum Thema Verwaltungsreform zur Beratung auf dem Dreikönigstreffen 2003 beraten, im Grundsatz verabschiedet und eine Kommission zur redaktionellen Überarbeitung eingesetzt. Der Ablauf des Dreikönigstreffens als bedeutende Veranstaltung zum Start der Liberalen in das neue Jahr wurde noch einmal ausführlich erörtert.

Der Landesschatzmeister Richard Drautz brachte den Haushaltsplan für das Jahr 2003 ein, der einstimmig beschlossen wurde. Erneut berichtete er in diesem Zusammenhang über die Finanzlage des Landesverbandes, das bisherige Ergebnis der Spendenwerbung und die mittelfristige Finanzplanung bis 2006.

Für die vier Sitzungen des Landeshauptausschusses im Jahr 2003 wurden inhaltliche Schwerpunkte und die Tagungsorte beschlossen.

Kreisvorsitzendenkonferenzen

Kreisvorsitzenden- und Kandidatenkonferenz am 19. Januar 2002 in Stuttgart

Zur Vorbereitung des Wahlkampfes hatte der Landesverband die Kreisvorsitzenden und die Bewerberinnen und Bewerber für die Bundestagswahl 2002 zu einer Kreisvorsitzenden- und Kandidatenkonferenz am 19. Januar 2002 in Stuttgart eingeladen.

Der Landesvorsitzende Dr. Walter Döring und die Spitzenkandidatin Birgit Homburger stellten die politische und strategische Ausgangslage dar, gaben einen Überblick über den zeitlichen Ablauf des Wahlkampfes und die zentralen Maßnahmen des Landesverbandes und bezeichneten die Bereiche Wirtschaft, Bildung, Mobilität und Innen- und Rechtspolitik als Schwerpunktthemen der FDP im Wahlkampf.

Mit über 70 Teilnehmern war die Veranstaltung außerordentlich gut besucht. Die engagierte Diskussion mit zahlreichen Anregungen für die Wahlkampfführung zeigte, dass die Partei entschlossen und hoch motiviert in den Wahlkampf geht.

Landesfachausschüsse

Landesfachausschüsse

Bei der Sitzung am 23. Juni 2001 in Stuttgart berief der Landesvorstand neue Obleute für die Landesfachausschüsse. Die organisatorische Struktur und die inhaltliche Abgrenzung der Arbeitsbereiche der Landesfachausschüsse blieben unverändert.

Die Anlage 7 zu diesem Bericht enthält die Namen der Vorsitzenden und der Obleute der Landesfachausschüsse. Gemäß 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung für Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen wurden von den Vorsitzenden der Landesfachausschüsse folgende Berichte über die Arbeit in den Jahren 2001 und 2002 vorgelegt:

LFA Bildung, Wissenschaft und Kultur

Vorsitzender: Eckhard Behrens

Der Ausschuss hat 2001 und 2002 jeweils sieben halbtägige Sitzungen abgehalten, die in der Regel an Samstagen nachmittags in Stuttgart stattfanden; es kamen in wechselnder Zusammensetzung 12 bis 25 Teilnehmer(innen), durchschnittlich 18 - was auf der regelmäßigen Beteiligung der Abgeordneten und der parlamentarischen Berater, ihren ausführlichen Berichten und lebhaften Diskussionen über kleine und große schul- und hochschulpolitische Themen beruht. Neben den aktuellen Berichten werden in jeder Sitzung ein Schwerpunktthema und mehrere kleinere Tagesordnungspunkte behandelt. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Landesfachausschuss Soziales wurden im Sommer 2002 die Ergebnisse der Jugend-Enquete vorgestellt; bei dieser Gelegenheit wurde auf Vorschlag des LFA Soziales beschlossen, die Jugendpolitik künftig hauptsächlich im LFA Bildung zu behandeln; einige Ausschussmitglieder arbeiten auch ständig in beiden Ausschüssen mit.

Nach der Landtagswahl 2001 regte der Landesfachausschuss an, die im Wahlkampf praktizierte Personalisierung der Bildungspolitik durch den Fraktionsvorsitzenden auch während der Legislaturperiode beizubehalten. Nur so ist der liberale Beitrag zur Regierungspolitik der Öffentlichkeit hinreichend zu vermitteln. Außerdem wurde besprochen, wie die von der FDP in die Koalitionsvereinbarung eingeführten Anliegen umgesetzt werden sollten; dies gilt beispielsweise für die Ganztagsangebote für Kinder in Schulen, die Bewältigung der offenen Probleme auf dem Weg zum 8-jährigen Gymnasium und die Vorbereitung der Abschaffung der ZVS.

Das notwendige Ausmaß und die Finanzierung der Computerausstattung der Schulen wur-

de begleitend zu den Verhandlungen des Landes mit den Kommunen ausführlich erörtert. - Für die 70.000 Schüler muslimischen Glaubens in den baden-württembergischen Schulen soll ein islamischer Religionsunterricht eingeführt werden. Ende 2001 wurde in einer Sitzung mit unserem Justizminister Prof. Goll die Rechtslage des Ethik- und Religionsunterrichts gründlich erörtert und die Fraktion gebeten, verschiedene Voraussetzungen für mehr Angebote von Ethikunterricht schrittweise zu schaffen.

Breiten Raum nahmen in beiden Jahren die Fragen der Weiterentwicklung der Hauptschulen ein, deren durchschnittlich gute Lehrerversorgung für die Bereitstellung von pädagogischen Ganztagsangeboten genutzt werden sollte. Umfangreiche Auswertungen der veröffentlichten Statistiken gaben Anlass, durch eine Große Anfrage einen Hauptschul-Atlas für die Region Neckar-Alb als Pilotprojekt erstellen zu lassen. Zu den anstehenden pädagogischen Fragen wurde ein Antrag an den Landesparteitag 2002 ausgearbeitet, der später in abgewandelter Form dem Landeshauptausschuss vorgelegt und dort akzeptiert wurde. Einen Antrag zur Ausweitung der Ganztagsangebote für Kinder an Schulen nahm bereits der Dreikönigsparteitag 2002 an.

Ein Antrag zur Lehrgewinnung und Lehrerausbildung, der Strukturvorschläge des Wissenschaftsrates aufgriff, wurde vom Parteitag ebenfalls akzeptiert. Zur Fortsetzung dieser Thematik wurde besprochen, wie die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen künftig gestaltet werden könnte. Hierzu sind weitergehende Gespräche ins Auge gefasst.

In der ersten Jahreshälfte 2002 begleiteten wir intensiv die Entwürfe für die bildungspolitischen Teile des Bundestagswahlprogramms bis zu seiner Verabschiedung auf dem Mannheimer Parteitag. Dieses Programm enthält die wichtigste liberale Antwort auf die aufrüttelnden Ergebnisse der PISA - Studie, nämlich die Förderung der Qualität der Schulen durch die Gewährung von mehr Autonomie und die Einrichtung von Wettbewerb der Schulen um Schüler und Lehrer. Mit zentralistisch-bürokratischen Maßnahmen sind erfahrungsgemäß nur Mindeststandards durchzusetzen, während die Kreativität und Spitzenleistungen darunter nur leiden. Wir haben in Deutschland nicht zu wenig, sondern zu viel Standardisierung. Die Kultusministerkonferenz ist als Instrument der Vereinheitlichung und des lähmenden Konsensföderalismus abzuschaffen und durch echten Wettbewerbsföderalismus zu ersetzen, wie es das Bundestagswahlprogramm vorsieht. Was zum Ausbau der Schulautonomie zu fordern ist, wird in einem Antrag an den Dreikönigsparteitag 2003 beschrieben. Im Gleichschritt mit dem Ausbau der Autonomie der einzelnen Schule ist die Schulverwaltung abzubauen; nach Überzeugung des LFA können die Staatlichen Schulämter und Oberschulämter in absehbarer Zeit zur Einsparung einer Verwaltungsebene zusammengelegt werden. Auch im Schul- und Wissenschaftsministerium sind Stellen abzubauen, damit nicht allzu viele flei-

Landesfachausschüsse

.....

Bigge Beamte hinter dem Rücken des Parlaments die Autonomie der Schulen und Hochschulen gleich wieder mit anderen Mitteln einschränken.

Mit Interesse begleitet der LFA die Bemühungen der Fraktion, gegen die Beharrungstendenzen im Schulministerium eine wettbewerbsgerechtere Bemessung der Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft durchzusetzen. Die zwischenzeitlich entwickelten, aber noch in Gesetzestexte zu gießenden Maßstäbe werden früher oder später auch für die Schulen in kommunaler Trägerschaft gelten, weil der Wettbewerb unter ihnen nicht funktionieren kann, wenn einzelne Schulen ohne Bezug zu ihren Aufgaben besser oder schlechter finanziert werden.

Wie hartnäckig Vielfalt und Wettbewerb verweigert werden, zeigte sich bei der Einführung der Grundschulfremdsprachen. Auf Antrag des LFA beschloss der Landeshauptausschuss, im ganzen Land die Wahlfreiheit der Schulen und Schulträger künftig durchzusetzen.

In der Hochschulpolitik kommt die hochschuleigene Auswahl unter den Studienbewerbern durch die Verabschiedung einer Novelle zum Hochschulzulassungsgesetz voran; damit wird eine wesentliche Voraussetzung für die Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) geschaffen. Ein weiterer Schritt wird die Ersetzung der bürokratischen Kapazitätsberechnung durch eine Form der Zuweisung der staatlichen Mittel an die Hochschulen sein, die sie an der Aufnahme zusätzlicher Studierender massiv interessiert; dann werden die Hochschulen von sich aus alle Studienplätze anbieten, die sie verfügbar machen können, ohne die Ausbildungsqualität zu beeinträchtigen, die sie im Wettbewerb um die besten Studienbewerber bieten müssen.

LFA Innen- und Rechtspolitik

Vorsitzender: Ekkehard Kiesswetter

Der Landesfachausschuss tagte insgesamt sieben mal, davon zwei Klausursitzungen in Konstanz und in Sulz. Vertreter im Bundesfachausschuss sind Ekkehard Kiesswetter, Andreas Knapp, Matthias Strohs und Prof. Ulrich Stephan.

In sämtlichen Sitzungen des Fachausschusses hat Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll über aktuelle Vorhaben des Justizministeriums im Landes Baden-Württemberg referiert. Sämtliche Vorhaben wurden kritisch begleitet. Juristenausbildung, Richterwahlgesetz, elektronisches Grundbuch, Notariate, private Juristische Hochschule in Baden-Württemberg, Landesstiftung, Opferschutz vor Sexualtäter, Projekt Chance, Umsetzung eines neuen

Zuwanderungskonzepts usw...

Michael Theurer MdL begleitet den Fachausschuss und berichtete aus der Landtagsfraktion, Prof. Gisela Frick aus der Bundestagsfraktion.

Über die Problematik der medizinisch-psychologischen Gutachten fand ein Besuch beim TÜV Stuttgart statt. Die Klausursitzungen in Konstanz befassten sich mit dem Thema „Das Internet als rechtliche Herausforderung“ und in Sulz über das Thema Verwaltungsreform sowie über den Artikel 15 GG „Eine Norm ohne Wert“.

Zur Vorbereitung für den Parteitag wurde ein umfangreicher Entwurf bezüglich der Verwaltungsreform 2006 erarbeitet und dem Landesvorstand vorgelegt.

LFA Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dieter Bantleon

Dem Landesfachausschuss (LFA) Verkehrspolitik gehören derzeit rund 50 sachkundige und thematikinteressierte Parteifreundinnen und Parteifreunde aus ganz Baden-Württemberg an, von denen viele engagiert und regelmäßig mitarbeiten. Die stabile Präsenz von etwa 20 - 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei Sitzungen und Vor-Ort-Terminen unterstreicht die hohe Bedeutung verkehrspolitischer Themenstellungen für die liberale Grundsatzarbeit.

In den Jahren 2001 und 2002 hat sich der Landesfachausschuss insgesamt zu zehn Sitzungen und Vor-Ort-Informationen getroffen, von denen wiederum über die Hälfte außerhalb des regelmäßigen Tagungsorts im Stuttgarter Landtagsgebäude stattgefunden haben. Auswärtige Sitzungen führten den LFA nach Stuttgart-Degerloch, Teningen, Calw-Hirsau, Heidelberg, Backnang und Schwieberdingen.

In den beiden vergangenen Jahren hat der Landesfachausschuss u. a. eindeutige liberale Positionen zu Infrastrukturfinanzierung, zu den Verkehrsproblemen im Rahmen der EU-Osterweiterung, zum Wettbewerb im Verkehr sowie zum Alpen transit formuliert und als Anträge in den Landesparteitag oder Landeshauptausschuss eingebracht, die dort überwiegend mit Mehrheit auch beschlossen worden sind. Für die Landtagswahl 2001 haben Mitglieder des Landesfachausschusses spezielle Argumentationskarten mit acht Themenschwerpunkten zur Verkehrspolitik erarbeitet, die bei den Kandidaten großen Anklang gefunden haben.

Im Bundesfachausschuss (BFA) Verkehrspolitik war Baden-Württemberg in den Jahren 2001 /

Landesfachausschüsse

.....

2002 - wie schon in den Vorjahren - durch drei vom Landesvorstand berufene Mitglieder und zusätzlich noch durch zwei zugewählte Mitglieder vertreten. Damit konnten wiederum regionale Erfahrungen und Initiativen direkt und unmittelbar überregional wirksam werden. Im BFA haben die baden-württembergischen Vertreter u. a. maßgeblich an der Formulierung und Ausgestaltung der verkehrspolitischen Aussagen „Politik für ein mobiles Deutschland“ für das Bundestagswahlprogramm der Freien Demokraten mitgewirkt.

Die gegenwärtigen Schwerpunkte der konzeptionellen LFA - Arbeit sind nach wie vor die Überlegungen zur weiteren Stärkung des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft im Verkehr, insbesondere im Zuge der Regionalisierung des ÖPNV, sowie interessante Alternativkonzepte für den Individualverkehr (z. B. "Statt-Auto, Car-Sharing").

Besondere Schwerpunkte zukünftiger Arbeit werden die Lage im regionalen Güterverkehr auf Straße, Schiene und Wasser, der Luftverkehr in Baden-Württemberg sowie die Ausbaumaßnahmen der Bahn (Stuttgart ´21; Neubaustrecke nach Ulm; Rheintal; ICE-Anbindung Mannheim) sein.. Die seit langem bekannten Positionen des LFA zur haushaltsergänzenden Infrastrukturfinanzierung werden weiter verfolgt und konkretisiert, u. a. in Verbindung mit der in 2003 geplanten Lkw-Maut und der Finanzierung des Albaufstiegs.

Daneben befasste sich der LFA - als ganzes oder in besonderen ad-hoc-Arbeitskreisen und in enger Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion - immer wieder mit regionalen und lokalen Verkehrsproblemen, zu denen zeitnahe Information bzw. schnelle Reaktion erforderlich waren und sind, so z. B. ganz aktuell zur drohenden Abkopplung der Rhein-Neckar-Region vom schnellen, nationalen und internationalen, Schienenfernverkehr sowie zu regionalen Straßenbauprojekten.

LFA Sozial-, Gesellschafts- und Jugendpolitik

Vorsitzender: Dr. Axel Münch

Der LFA für Sozial-, Gesellschafts- und Jugendpolitik hat sich nach mehreren Diskussionen und auch Kontakten mit dem LFA Bildung und Wissenschaft der realpolitischen Nomenklatur und ministeriellen Sachverteilung angepasst und mit obiger Namensgebung umfirmiert. In Abgrenzung zum LFA Bildung, der besonders das Schul- und Ausbildungswesen bearbeitet, widmen wir uns vermehrt der vorschulischen Jugendpolitik im Rahmen der Familienpolitik.

Wir tagten in den beiden Berichtsjahren insgesamt acht mal; unverändert seit 1. März 1997, zuletzt bestätigt am 14. Juli 2001, der erste Vorsitzende Dr. Axel Münch, stellvertretende

Landesfachausschüsse

Vorsitzende blieb Frau Hedwig Kron, Frau Dieta Völker-Charzinski verzichtete auf die Wiederwahl und wurde nun neu durch Frau Annette Popp ersetzt. In gleichem Wahlverfahren wurden auch die Delegierten zum BFA Gesundheit und zum BFA Soziales und Arbeit in Bonn/Berlin ermittelt.

Im Verlauf des Jahres 2001 bildete die Gentechnologie unseren Arbeitsschwerpunkt. Nach ausführlicher Bearbeitung und Beratung wurde ein Antragspapier formuliert, das dann noch von Ullrich Eidenmüller mit redigiert wurde. Er stellte diesen Antrag dann als Hauptantrag auf dem Dreikönigsparteitag 2002 vor.

Die Thematik wurde dort, u.a. wegen eines Gegenantrages der Julis, heftigst diskutiert, letztendlich aber mit Variationen in der Substanz angenommen. Eine vorherige bessere Abstimmung mit den Julis, die unseren Themenbereich ja via Einladungsschreiben erhalten, wäre wünschenswert gewesen.

Neben der sehr aktiven Präsenz unserer Delegierter im BFA Gesundheit hatten wir uns im Jahr 2002 vorwiegend der Jugendpolitik widmen wollen. Hier kam es zu Abgrenzungsproblemen der Themenarbeit, die wir in zwei Sitzungen im Verein mit dem LFA Bildung durchführten. Hierauf erfolgte die oben genannte Neudefinition und -nennung unseres LFA -mit der Empfehlung an den LFA Bildung, den Begriff der "Jugendpolitik" ggfs. auch in seinen Namen neu explizit aufzunehmen.

Sehr erfreulich ist die regelmäßige Teilnahme von Dr. Ulrich Noll an fast allen Sitzungen des Landesfachausschusses, so dass immer ein enger Kontakt zur FDP-Fraktion und zur liberalen Tagespolitik besteht.

Der Themenschwerpunkt für 2002/2003 wurde nun auf die Bereiche "Rechte und Pflichten in Gesellschaft und Familie" und "Generationengerechtigkeit in sozialen Sicherungssystemen" gelegt.

Unter diesen Aspekten möchten wir das Konzept eines "(sozialen) europäischen Pflichtjahres" anstelle von nationalem Wehr- und Zivildienst weiterentwickeln, ggfs. auch für "Rentner", ebenso wie den Kompetenzerhalt v.a. auch der "Vorrentner" von 50- bis 65-Jährigen sichern.

Landesfachausschüsse

.....

LFA Wirtschaft-, Finanz- und Verbraucherpolitik

Vorsitzender: Dr. Jan B. Rittaler

Ausgangspunkt für die Arbeit des Landesfachausschusses war die kritische und konstruktive Begleitung der inhaltlichen Umsetzung der nach Bestätigung der Regierungsbeteiligung mit dem Koalitionspartner vereinbarten wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Themen. Diese waren auch dadurch gekennzeichnet, dass der Koalitionsvertrag grundsätzlich erhebliche Spielräume zur Durchsetzung liberaler Politik offen ließ. Die Arbeit wurde darüber hinaus ergänzt um zukunftsweisende Themen mit langfristigem Charakter und um tagesaktuelle Themen der Landes- und der Bundespolitik. Dabei ist es dem Landesfachausschuss erneut gelungen, wichtige Akzente zu inhaltlichen Themen zu setzen und die Diskussion zu politischen Themen wie der Lockerung sowie dynamischen Ausgestaltung der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern, der Entbürokratisierung am Beispiel einer Privatisierung der Berufsgenossenschaften sowie der Mittelstandsförderung mitzugestalten. Auf dieser Grundlage war es dem LFA wiederum möglich, wesentliche Akzente zu setzen.

Die Arbeit der letzten zwei Jahre erfolgte vor dem Hintergrund einer wirtschafts- wie auch gesellschaftspolitischen Neuorientierung der Bundespolitik nach dem Regierungswechsel statt. Diese Neuorientierung war geprägt durch eine konsequente Abkehr der durch Bündnis90/Die Grünen und Sozialdemokraten vertretenen grün-sozialistischen Politik von einer mittelstands-freundlichen Orientierung als dem Rückgrat bundesrepublikanischen Wohlstands. Exemplarisch hierfür war die faktische Aufgabe der Rechtsformneutralität der Besteuerung unter massiver Benachteiligung des Mittelstands sowie die Aufgabe des ordnungspolitisch wichtigen aber weithin unbeobachtet gebliebenen Dogmas des grundsätzlichen Kartellverbots und dessen Substitution durch eine Kartellerlaubnis mit Verbotsvorbehalt in der EU.

In diesem Zusammenhang hat sich der Ausschuss u.a. mit wichtigen Themenbereichen beschäftigt, die dazu geeignet sind, die dynamische Rolle des Mittelstandes in der baden-württembergischen Wirtschaft zu stärken und zu stabilisieren:

- Zurückdrängen kommunaler wirtschaftlicher Staatstätigkeit im Hinblick auf die Novellierung des Gemeindefinanzrechts
- Die Auswirkungen von Basel II auf den Mittelstand
- Möglichkeiten zur Privatisierung der Arbeitslosenversicherung
- Ansatzpunkte zur Berücksichtigung von wirtschaftlichen Risikoaspekten bei der zukünftigen Gestaltung der Deckungsvorsorgepflicht für Atomkraftwerke sowie bei Naturkatastrophen

Landesfachausschüsse

- Ansatzpunkte zur Reform des Bankenrechts und der Bankenaufsicht
- wettbewerbliche Behandlung der Auswirkungen von faktischen IT-Monopolen

Darüber hinaus wurde die Aufgabenstellung der öffentlich-rechtlichen Banken hinterfragt und Anträge zur Teilprivatisierung der Landesbank und der Sparkassen weiterentwickelt. Bei den Gremien der FDP fand diese zuletzt genannte Initiative bislang noch keinen Anklang. In den kommenden zwei Jahren wird sich der Ausschuss schwerpunktmäßig mit den möglichen wirtschaftspolitischen Ansätzen zur Berücksichtigung des schwerwiegenden demografischen Wandels beschäftigen sowie mit der Unterstützung der Erstellung einer Gesamtschau der Vermögens- und Ertragslage des Landes Baden-Württemberg (Arbeitstitel: Baden-Württemberg AG) auf der Basis des Ansatzes einer quasi-geprüften Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Dies wird seitens des Ausschusses als Grundlage für eine Daseinsvorsorge zukünftiger Generationen gesehen. Dies wird ergänzt werden durch die Thematisierung wettbewerblicher Elemente in der Kranken, Sozial- und Rentenversicherung auf der Basis bereits lange anhaltender Fehlentwicklungen.

Der Ausschuss konnte durch seine kontinuierliche Arbeit, attraktive Inhalte sowie gute Referenten weiteren Zulauf verzeichnen. Im Bundesfachausschuss Wirtschaft und Finanzen ist der Landesfachausschuss mit insgesamt vier von 40 Vertretern weiterhin adäquat präsent: Dr. Horst Guckert (Finanzen und Haushalt), Dr. Dieter Haug (Allgemeine Wirtschaftspolitik), Dr. Jan B. Rittaler (Ordnungs-, Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik) und Gudrun Wilhelm (Mittelstand).

LFA Umwelt-, Energie- und Raumordnungspolitik

Vorsitzender: Uwe Norbert Weber

Seit der Übernahme des Vorsitzes durch Dr. Vohrer im Juni 2002 fand eine Sitzung des Landesfachausschusses statt. Der Landesfachausschuss legte hierbei die Themen Klima- und Energiepolitik unter nationalen und internationalen Gesichtspunkten fest.

Landesfachausschüsse

.....

LFA Agrarpolitik und ländliche Räume

Vorsitzender: Ulrich Heinrich MdB/Dr. Otto Hertäg

Der Landesfachausschuss Agrarpolitik und ländliche Räume hat unter dem Vorsitz von Ulrich Heinrich MdB am

3. Februar 2001 und

3. Oktober 2001

getagt. Die Beteiligung betrug ca. 15 Teilnehmer.

Sitzung am 3. Februar 2001 - Südbadische Agrarlehrfahrt

Treffpunkt Teilhof, Donaueschingen

Besichtigung des landwirtschaftlichen Betriebs Mauthe-Roth GbR.,

Teilhof, Donaueschingen-Pföhren

Besichtigung Biogasanlage Betrieb Kohle GbR, Drei Lindenhof, Trossingen-Schura oder

Firma Chr. Burgbacher. Holzwerke, Trossingen-Schura

Mittagessen

Öffentliche Veranstaltung Gasthof Sonne, Talheim

Sitzung am 3. Oktober 2001 - Hoffest

Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters

Aktueller Bericht aus dem Landtag

Aktueller Bericht aus dem Bundestag

Als neuer Vorsitzender wurde Dr. Otto Hertäg, Stuttgart, und als Stellvertreter Eugen Wagner, Rottenburg, gewählt.

Landesfachausschüsse

Sitzungen des Landesfachausschusses im Jahr 2002:

Sitzung am 17. Januar 2002

zusammen mit dem Bundesfachausschuss Ernährung und Landwirtschaft im Sitzungsraum der FDP-Bundestagsfraktion, Reichstagsgebäude, Berlin

Thema: Erarbeitung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2002

23. Februar 2002: Sitzung in Stuttgart

4. Mai 2002: Sitzung in Dornstadt, anschließende Besichtigung einer Biogasanlage

21. Juli 2002: Sitzung in Neuenstadt-Großhirschbach

9. November 2002: Sitzung in Stuttgart

Weitere Termine der Arbeitsgruppe Grundwasserschutz und Landwirtschaft:

13. Mai 2002: Gespräch mit der Interessengemeinschaft der Wasserschutzgebietsbetroffenen und dem Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes

23. Juli 2002: Gespräch mit Dr. Haakh, Geschäftsführer der Landeswasserversorgung

24. September 2002: Teilnahme an der Anhörung der Landtagsfraktion zum Thema „Zukunft der SchALVO in Baden-Württemberg“

Arbeitsschwerpunkte des Jahres 2002 waren:

- Grundwasserschutz und Landwirtschaft
- Standortprobleme landwirtschaftlicher Betriebe
- Verwaltungsreform, Bereich Landwirtschaft

Landesfachausschüsse

.....

LFA Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Dr. Berthold Meyer

Der Landesfachausschuss traf sich 2001 dreimal und 2002 viermal. Durch die im Vergleich zu den beiden Vorjahren höhere Frequenz hat die Kontinuität seiner Arbeit zwar zugenommen. Dennoch ist die Arbeitsintensität und auch der Wirkungsgrad innerhalb des Landesverbandes und darüber hinaus längst nicht so hoch, wie er in schon länger zurückliegenden Zeiten war. Dies hängt mit einer paradoxen Interessenlage des Landesverbandes und seiner Mitglieder gegenüber außen- und sicherheitspolitischen Themen zusammen, die dadurch gekennzeichnet ist, dass einerseits zwischen 50 und 60 Personen nominell dem LFA angehören, andererseits - seitdem die FDP nicht mehr die Außenminister stellt - meist nicht einmal zehn an den Sitzungen teilnehmen.

Seit der Sitzung am 24.11.01 hat der LFA eine bemerkenswerte Neuerung eingeführt. Damals wurden mehrere Anträge für den Dreikönigsparteitag in der Sitzung andiskutiert und in der Tendenz besprochen. Die Sitzung wurde dann, um den endgültigen Wortlaut zu formulieren, unterbrochen und in der anschließenden Woche zwischen den Teilnehmern der Sitzung per e-mail virtuell weitergeführt, bis für die Formulierung aller drei Anträge eine Mehrheit vorhanden war. In derselben Weise wurde am Ende der Sitzung vom 15.6.02 mit einem Text für den Landeshauptausschuss und am 19.10.02 mit einem Antrag für das Dreikönigstreffen verfahren. Sitzungsteilnehmer, die nicht über einen e-mail-Anschluss verfügen, erhielten die Texte auf dem normalen Postweg und konnten ihre Stimmabgabe dann noch telefonisch vornehmen.

Auf den regulären Sitzungen wurden vor allem folgende Themen diskutiert:

19.5. und 7.7.01: Vorbereitende Arbeiten für den Landeshauptausschuss zur Osterweiterung der EU; 7.7. außerdem Neuwahl des Vorstandes (Wiederwahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters W.D. Fluess)

24.11.01: Die sicherheitspolitischen Folgen der Terroranschläge in den USA für die Bundesrepublik Deutschland sowie Anträge und EntschlieBungen zum Dreikönigsparteitag (Themen: Internationaler Strafgerichtshof für Tattattaten, Regelung des Nahostkonflikts, Armut als Quelle der Gewalt beseitigen); außerdem Nachwahl von Jürgen Geisler zum stellv. Vorsitzenden.

Landesfachausschüsse

23.2.02: Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Antiterrorkrieg und Sicherheit in Afghanistan - Was soll und kann die Bundeswehr "out of area" leisten?

15.6.02: Überarbeitete Wiedereinbringung des Nahostantrages zum Landeshauptausschuss. Außerdem: Vorstellung der Empfehlungen des Friedensgutachtens 2002.

27.7.02: Die nächste Runde der NATO-Osterweiterung und die Beziehungen Russlands zur NATO. Außerdem: Erfahrungsbericht über den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan.

19.10.02: Bericht von Oberst Schultjan über den Stand der Bundeswehrreform. Außerdem: Vorbereitung eines Antrags zur Wahrung des Völkerrechts (Verbot von Präventivkriegen)

LFA Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vorsitzender: Dr. Horst Glück MdL

Die Entwicklungszusammenarbeit ist das meist unterschätzte Thema dieser Zeit, davon bin ich zutiefst überzeugt. Wenn wir uns heute nicht darum bemühen Menschen in Entwicklungsländern die Chance des eigenen Überlebens und der eigenen Weiterentwicklung zu geben, müssen wir dies eines Tages bitter büßen. Großes Gefälle beim Reichtum, aber auch große Unterschiede in der Bevölkerungszahl müssen uns zu denken geben. Das Europa in 50 Jahren stellt nur noch weniger als 5 % der Weltbevölkerung und dies mit einer starken Überalterung.

Gleichzeitig besitzen 10 % der Menschen fast alle Reichtümer der Erde. Der Ausgleich dieser Verhältnisse - in den Naturwissenschaften als Osmose bezeichnet - ist fast zwangsläufig.

Die FDP-Landtagsfraktion, gemeinsam mit dem Landesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit, führen alle 1 bis 2 Jahre wiederkehrend einen Kongress durch. Im vergangenen Herbst stand Wissen und Wissenstransfer im Mittelpunkt. Hochrangige Referenten und ein sehr sachkundiges Publikum haben diskutiert. Für Interessierte können noch Protokolle nachgeliefert werden.

Der kommende Kongress findet am Samstag, den 8. Februar 2003 statt und beschäftigt sich mit Kapital und Kapitalbeschaffung für die Entwicklungsländer. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen.

Landesfachausschüsse

.....

LFA Europapolitik

Vorsitzender: Daniel Obst

Schwerpunkt Anfang des Jahres 2001 war die programmatische Flankierung der FDP/DVP Baden- Württemberg vor und nach dem Landtagswahlkampf 2001. Wiederholt brachten die Liberalen zum Ausdruck, dass sie die „Pro - Europa“ Partei sind. Mit der Forderung nach einer europäischen Verfassung, einer Verstärkung der überregionalen (grenzüberschreitenden) Zusammenarbeit und eines Ausbaus des „Europa der Regionen“ zeigten die Südwestliberalen auch beim Thema Europapolitik auf Landesebene Flagge.

In der zweiten Jahreshälfte konzentrierte sich dann die Arbeit auf das Thema „Osterweiterung“, das mit einem thematischen Landeshauptausschuss der FDP einen inhaltlichen Höhepunkt darstellte. Die FDP unterstützt aus ganzer Überzeugung die Osterweiterung, die „Wiedervereinigung“ Europas. Trotzdem müssen Antworten auf die Fragen der Finanzierung, Argarreform und der institutionellen Veränderungen beantwortet werden.

Anfang 2002 gab es einen Stabwechsel beim LFA Vorstand, Daniel Obst übernahm den Vorsitz von Ernst Burgbacher MdB, zu seinen Stellvertretern wurden Dr. Rudolf Rentschler und Patrick Meinhardt gewählt. Im Jahr 2002 stand nach einem kurzen Resümee der EURO-Bargeldeinführung sowohl die thematische Begleitung des Bundestagswahlkampfes ´02, als auch die Arbeit des Europäischen Verfassungskonventes im Vordergrund. Die LFA Delegierten im Bundesfachausschuss Internationale Politik der FDP und die Delegierten zum Mannheimer Bundesparteitag konnten erfolgreich zusammen mit Dr. Helmut Haussmann MdB und Unterstützung durch Dr. Klaus Kinkel MdB die Forderung der Südwest - FDP nach einer Volksabstimmung über eine europäische Verfassung durchsetzen.

Gleichzeitig erarbeitete der LFA eigene Positionen der FDP zur Arbeit des EU- Verfassungskonventes, die sich vor allem auf die Reform der EU- Institutionen konzentrierte. 2003 soll sich nun aber nochmals ganz dem Thema „Osterweiterung“ zugewandt werden.

Zu allen Zeiten wurden die Mitglieder des Ausschusses über Nachrichten anderer liberaler Parteien Europas und der Europäischen Liberalen Demokratischen Reformpartei (ELDR) in Brüssel und im Straßburger Parlament unterrichtet. Immerhin standen seit dem 1. Juli ´02 mit Romano Prodi als Kommissionspräsident, Anders Rasmussen als EU- Ratspräsident und Pat Cox als neuem Parlamentspräsidenten drei ELDR - Liberale an der Spitze der europäischen Institutionen.

Dank gilt insbesondere den drei Parlamentariern, die den LFA jederzeit unterstützten: Michael Theurer MdL, Ernst Burgbacher MdB und Dr. Helmut Haussmann MdB.

LFA Frauen

Vorsitzende: Jutta Pagel

Um „gender mainstreaming“ oder – anders ausgedrückt – gleiche Chancen für Frauen und Männer herzustellen, müssen vorhandene Benachteiligungen beseitigt werden. Liberale Frauenpolitik bedeutet Gleichstellungspolitik und ist daher immer als Querschnittsaufgabe zu betrachten. In elf Sitzungen befasste sich der Landesfachausschuss Frauen mit deren praktischen Umsetzung.

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“ – Dies zeigt überdeutlich und aktuell das Ergebnis der Bundestagswahl 2002. Bei der zahlenmäßig größten Wählergruppe, den Frauen, hat die FDP noch erheblichen Aufholbedarf. Der Landesfachausschuss hatte bereits zum Landesparteitag 2002 einen Antrag „Die FDP muss weiblicher werden“ eingebracht, mit dem Ziel, innerhalb eines Jahres Strategien zu entwickeln, um beispielsweise über gezieltes Mentoring durch liberale Männer und Frauen eine bessere weibliche Repräsentanz in Gremien und Führungspositionen zu erreichen. So liegt der Frauenanteil in der FDP-Landtagsfraktion gerade bei 20 Prozent, der der baden-württembergischen FDP-Abgeordneten bei 33,3 Prozent, in den Kreistagen 16,3 Prozent und in den Gemeinderäten nur bei 13 Prozent.

Es wird weiter Aufgabe und Ziel des Landesfachausschusses sein, die Partizipation von Frauen in Partei und Politik zu verbessern und dazu die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die liberale Bürgergesellschaft muss Frauen und Männern in allen Lebenslagen gleiche Chancen einräumen. Konkret fordert der Landesfachausschuss einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis zum 12. Lebensjahr. Familie und Beruf lassen sich nur dann im Alltag vereinbaren, wenn ein umfassendes, plurales außerhäusliches Kinderbetreuungsangebot vorhanden ist. Auch wenn die Partei diesen Antrag im ersten Anlauf mehrheitlich abgelehnt hat, ist aufgrund der gesellschaftlichen Situation ein Ausbau der Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulalter zwingend erforderlich. Der Landesfachausschuss Frauen hält an der Zielsetzung fest. Die Diskussionen um die PISA-Studie und die Forderung nach Ganztageschulen unterstreichen dies ebenso.

Landesfachausschüsse

.....

Im Bereich der Familienpolitik setzt sich der LFA Frauen für Verbesserungen beim Kindesunterhalt im Rahmen des Unterhaltsvorschusses ein, fordert Verbesserungen bei der eigenständigen Alterssicherung von Frauen, die flächendeckende Umsetzung des „Platzverweises“ bei häuslicher Gewalt sowie – gemeinsam mit dem LFA Soziales- Maßnahmen, um den drohenden Pflegenotstand zu verhindern.

Noch unerledigt ist die Verankerung von Gleichstellungsbeauftragten in den Landkreisen sowie in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, wie es das Landtagswahlprogramm vorsieht und – zumindest teilweise – auch Eingang in die CDU-FDP-Koalitionsvereinbarung fand. Heftig debattiert wurde darüber auch bei den ersten „Frauenplenartagen“ im November 2002 im Baden-Württembergischen Landtag.

LFA Kommunalpolitik (VLK)

Vorsitzender (VLK): Ullrich Eidenmüller

Die Haushaltsjahre 2001 und 2002 haben der VLK Baden-Württemberg einen deutlichen Mitgliederzuwachs gebracht – Lohn der Anstrengungen, die wir unternommen hatten, um bei den Landtagswahlen 1999 ein besseres Ergebnis als zuvor zu erzielen. Im Vorfeld der Wahlen hatten wir die Kandidaten mit regelmäßigen Informationen versorgt, was eine Bindung der dann später gewählten Mandatsträger an die VLK gebracht und uns Mitglieder zugeführt hat. Darüber freuen wir uns. Wir nehmen es als Verpflichtung, auch für die kommenden Kommunalwahlen 2004 sorgfältige Vorbereitungen zu treffen. Schon jetzt sollten die liberalen Gruppierungen vor Ort (es gibt ja dabei auch solche, die nicht nur FDP-Mitglieder bei sich wissen) sich Gedanken über möglichst prominente Bürgerinnen und Bürger machen, die dann später für eine Kandidatur zu überzeugen sein könnten. Die VLK gibt dabei Hilfestellung.

Im Sommer 2002 fand auf freundliche Einladung der Landtagsfraktion der FDP ein kommunalpolitischer Tag im Landtag statt. Schwerpunkt waren die beiden Themen „Gemeindefinanzen“ und „wirtschaftliche Betätigung“. Themen, die die Zukunft der Kommunen bestimmen werden. Denn ohne Moos nix los – wer wüsste das nicht? Und dass die Gemeindefinanzen am Krückstock gehen, liest mittlerweile auch der größte Zeitungsmuffel. Die VLK tritt auf allen Ebenen für eine Stärkung der Gemeindefinanzen ein, für eine Abschaffung der überholten Gewerbesteuer und deren Ersatz durch ein eigenes Hebesatzrecht auf Einkommen- oder Umsatzsteuer. Und wir fordern unsere Gemeinden auf, ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten zu überprüfen. Liberale wissen: Der Staat, auch die Gemeinden, haben nicht das Recht, sich in die wirtschaftliche Tätigkeit derjenigen einzumischen, die ihrem Beruf privat nachge-

hen und daraus das Geld für sich und ihre Familie verdienen müssen. Eine strikte Aufgabenkritik und anschließende Aufgabenverlagerung in den privaten Bereich ist und bleibt eine zentrale Aufgabe der liberalen Kommunalpolitik.

Wir greifen auch ein in die Diskussion um die künftige Landesstruktur. Und wir registrieren mit Freude, dass ein tragender Pfeiler fast aller Pläne die Rückverlagerung von Aufgaben in die Kommunen, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist. Ein gutes Zeichen dafür, dass eine zukunftsgerichtete Kommunalpolitik bei den Liberalen ihre Heimat hat.

LFA Kultur

Vorsitzender: Dr. Volker Scherf

Die Landtagswahl 2001 und die Bundestagswahl 2002 haben die Arbeit des Landesfachausschusses beeinträchtigt, weil die wenigen festen Mitglieder auch in den Wahlkämpfen engagiert waren. So etwa fand im ersten Halbjahr 2001 nur eine eigenständige Sitzung des LFA statt (19. Mai 2001). Der Vorstand traf sich aber mehrfach zu internen Besprechungen. Außerdem gab es -vereinbart in einer Sitzung am 9. Dezember 2000- eine zweite gemeinsame Sitzung mit dem LFA Bildung und Wissenschaft im März 2001 zum damals brisanten Thema „Leitkultur“.

Andererseits boten diese Wahlen auch Anreiz und Aufgabe, sich programmatisch mit FDP-Vorstellungen zu Kultur zu befassen. So etwa enthalten die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP einen ungewöhnlich ausführlichen Anteil „Kultur/Kunst/Medien“, auch mit etlichen Passagen aus dem FDP-Landtagswahlprogramm, wenngleich zu wenig in FDP-Sprache abgefasst. Wir haben uns mehrfach an solche grundlegenden oder wahlprogrammatisch orientierten FDP-Leitlinien herangewagt. Es blieb aber das alte Grundproblem, dass wir nicht eine breite Basis von FDP-Interessenten haben, deren Sprachrohr wir sein könnten.

Im September 2001 wurde der Vorstand des Landesfachausschusses neu gewählt: Dr. Volker Scherf als nach außen hin vertretender Vorsitzender mit Schwerpunkt „Grundsatzfragen“, Frau Karla Kellner (Pforzheim) für die Bereiche „Stiftungen“ und „Freiwilliges kulturelles Jahr“ sowie Herr R. Schübel (Stuttgart) für den Bereich „Medien“. (Unserem Vorstoß, den LFA in „LFA für Kultur und Medien“ umzubenennen, um damit mehr Gewicht für den Medienbereich zu signalisieren, wurde leider nicht stattgegeben, wohl mit Rücksicht auf die sogenannte „Medienkommission“ der FDP.). Dr. Hans-Ulrich Rülke (Pforzheim) wurde dem LFA als neuer Obmann zugeordnet.

Landesfachausschüsse

.....

Insgesamt haben seit November 2000 acht Sitzungen des LFA stattgefunden. Der LFA hatte sich drei Anliegen als vorrangig vorgenommen:

1. den erfolgreichen Abschluss der Bemühungen um die Einführung eines Angebotes für ein „Freiwilliges kulturelles Jahr“, gleichwertig etwa dem „Freiwilligen Sozialen Jahr“;
2. Fortführung der Bemühungen zum Thema „Kultur und Finanzen“;
3. Tagungsorte /Einzugsbereiche des LFA auch außerhalb Stuttgarts sollten anvisiert werden.

Zu 1. : Dieses Anliegen wurde von Friedrich Wilhelm Kiel, dem Kulturbeauftragten der Fraktion, aufgegriffen. Es hat den Anschein, als ob mit der Landesstiftung Baden-Württemberg jetzt auch der finanzielle Träger dieses Jahres gefunden worden ist. Damit wäre dann der Weg frei.

Zu 2. : In zwei Sitzungen (2. Februar und 20. April 2002) haben wir uns in die kommunale Finanzierung der Kultur (Frau Linsenmaier-Wolf, Kulturamt Fellbach) und in die Erstellung des Kulturhaushaltes Baden-Württemberg (H.-P.Radolko, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) einführen lassen.

Zu 3. : Wir haben unsere Sitzungen am 7.Dezember 2001 und am 5. Juli 2002 in Karlsruhe (Diskussion mit Prof. Waibel) bzw. in Mannheim (Institut für Deutsche Sprache: Thema „Politik und deutsche Sprache“ /musste leider verschoben werden) angesetzt.

Der LFA hofft immer noch darauf, dass die Kultur auch einmal den Sprung auf ein Wahlplakat der FDP schafft. Die Resonanz, die Friedrich Wilhelm Kiel's Aktion „Runder Tisch der Kunst“ (seit November 2001) gefunden hat, zeigt, dass die Vertreter der baden-württembergischen Kulturszene von der FDP erwarten, dass sie kulturpolitisch aktiv ist bzw. ihre gewichtigen Vertreter in diesem Feld auftreten lässt.

Kommissionen und Beiräte

Kommission Liberale und Kirchen

Vorsitzender: Dieter Kleinmann MdL

Schwerpunktmäßig beschäftigte sich die Kommission in den Jahren 2001/2002 mit den Themen:

1. Novellierung des Privatschulgesetzes
2. Theologenkongress der FDP
3. Erster „Ökumenischer Kirchentag“ in Berlin vom 29. Mai bis 1. Juni 2003
4. Ersatz für den Religionsunterricht durch das Land Baden-Württemberg
5. Vertreter der FDP beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken

Ergebnisse:

1. Das Privatschulgesetz in Baden-Württemberg soll in Kürze novelliert werden. Dies geschieht auf Drängen der FDP, die dies im Koalitionsvertrag festschreiben ließ. Dabei geht es vor allem um die finanzielle Unterstützung der Privatschulen durch den Staat. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass dieser 80 % betragen sollte. Die Kommission begrüßt die rasche Umsetzung der geplanten Novellierung des Privatschulgesetzes.
2. Die Kommission „Liberale und Kirchen“ sowie die Bundeskommission planen einen „Theologenkongress der FDP“. Dabei sollen alle Mitglieder unserer Partei, die als Pfarrer oder Pfarrerin, Diakon oder Diakonin, Kirchengemeinderat oder Kirchengemeinderätin oder in sonst einer Funktion in den Kirchen oder Religionsgemeinschaften tätig sind, eingeladen werden. Ob der Kongress in Berlin oder Stuttgart stattfinden wird, ist noch offen.
3. Beim „Ersten Ökumenischen Kirchentag“ in Berlin vom 29. Mai bis 1. Juni 2003 wird die FDP mit einem Stand auf der „Agora“ vertreten sein. Mit von der Partie sind die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Liberalen Frauen, die Jungen Liberalen und die Initiative Liberale Senioren.

Kommissionen und Beiräte

4. Das Land Baden-Württemberg gewährt derzeit den Kirchen lediglich einen Ersatz für den von ihnen geleisteten Religionsunterricht in Höhe von 38 %. Die Kommission war der Meinung, dass diesbezüglich eine Erhöhung auf 60 % geboten erschiene und schlug vor, dieses Ziel durch eine jährliche Erhöhung von 7 % zu erreichen. Damit würden in sechs Jahren die anvisierten 60 % erreicht.
5. Im „Zentralkomitee der Deutschen Katholiken“ ist die FDP derzeit nicht vertreten. Die Kommission schlägt hierfür Bundesaußenminister a. D. Klaus Kinkel und Marita Sehn, MdB, vor.

Medienbeirat

Vorsitzender: Dietmar Schöning

Die Landesmedienkommission ist ein bewusst klein gehaltenes Gremium von Sachverständigen aus dem Medienbereich, das der Beratung und Koordination der Arbeit in den verschiedenen Bereichen der Medienpolitik in Baden-Württemberg dient (gesetzgeberische Tätigkeit des Landtags, Vertretung in den Aufsichtsgremien des SWR und der Landesanstalt für Kommunikation, Tätigkeit in der Medien- und Filmgesellschaft des Landes). Im Berichtszeitraum kam die Kommission zu zwei Sitzungen zusammen. Beratungsgegenstände waren die inhaltliche und finanzielle Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Südwesten (Erreichen der mit der Rundfunkfusion verbundenen Ziele), die verstärkte online-Präsenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Fragen der Einführung einer neuen Gebührenstruktur (haushalts- bzw. betriebsstättenbezogene Gebühr) nach Ablauf der jetzigen Gebührenperiode.

Vorsitzender der Landesmedienkommission ist Dietmar Schöning; die Vertretung in der Bundesmedienkommission nimmt Wolfgang Hempel wahr.

Landessportbeirat

Vorsitzender: Oskar Marczy

Im Mai 2001 hat sich der neue Landessportbeirat konstituiert. Ihm gehören 15 Parteifreunde aus allen Regionen unseres Landes an. Es ist unsere Aufgabe und unser Ziel, eng mit der Landtagsfraktion und dem sportpolitischen Sprecher, Dr. Horst Glück, zusammen zu arbeiten.

Kommissionen und Beiräte

Erstes Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die Große Anfrage im Landtag zum Thema Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in Baden-Württemberg. Die Große Anfrage umfasst fünf Kapitel mit insgesamt 28 Fragen zu den Bereichen:

1. Stellenwert und Ziele des Sportunterrichts,
2. Unterrichtsversorgung im Fach Sport,
3. Versorgung der Schulen mit Sportlehrerinnen und Sportlehrern,
4. Förderung des Sports und Talentförderung durch die Schulen,
5. Aspekte der künftigen Entwicklung.

Die Große Anfrage wurde in der 25. Sitzung des Landtages am 15. Mai 2002 in Karlsruhe beraten.

Die Anhörung zur Großen Anfrage Schulsport fand am 21. November 2002 im Landtag statt. Es nahmen daran teil: die Landessportverbände, der Sportlehrerverband, die Lehrerverbände, Schulleiter der Sportschulen, Vertreter der MKJS und der Schulverwaltung sowie Dr. Rainer Graf als Parlamentarischer Berater der Landtagsfraktion, Vertreter der LSB der FDP. Die Moderation hatte Dr. Horst Glück MdL übernommen.

Die Anregungen und die Kritik wurde im Protokoll festgehalten. Der Landessportbeirat wird im Januar 2003 zusammenkommen um daraus weitere parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Oskar Marczy und Rudolf Felger sind auch Mitglieder der Sportkommission der Bundespartei. Sie erhielten im Dezember 2001 den Auftrag, einen Entwurf für das Sportprogramm der Bundespartei vorzulegen. Der Landessportbeirat hat die Vorschläge beraten und im März in Halle einen Programmentwurf vorgelegt, der mit Ergänzungen aus dem Landesverband Hamburg und durch Mitglieder der Sportkommission einstimmig angenommen wurde. Das Sportprogramm der Bundespartei umfasst sieben Kapitel und steht unter dem Motto: Wir bringen Bewegung in unsere Gesellschaft!

Sowohl das vorgeschlagene Motto als auch die sieben Kapitel des Sportprogramms der Bundespartei sind weitgehend ein baden-württembergisches Erzeugnis.

Organisationsstruktur
.....

Der organisatorische Aufbau

Organisationsstruktur

Gliederung und Struktur

Nach dem Stand vom 30. September 2002 gliedert sich der Landesverband unverändert in

9 Bezirke und
42 Kreisverbände.

Auf der Karte in Anlage 17 ist diese vom 43. Ordentlichen Landesparteitag am 24. November 1973 in Baiersbronn beschlossene Gliederung dargestellt. Die Grenzen der Kreisverbände entsprechen der politischen Einteilung des Landes, mit Ausnahme der Kreisverbände Pforzheim-Enzkreis und Heilbronn, wo der Stadtkreis Pforzheim mit dem Enzkreis bzw. der Stadt mit dem Landkreis Heilbronn einen gemeinsamen Kreisverband bilden.

Für die weitere Untergliederung der Parteiorganisation in Ortsverbände sind die Kreisverbände zuständig. Sie entscheiden, wo Ortsverbände gegründet werden und teilen diesen entsprechende Aufgaben zu. Bei einigen Kreisverbänden wurden kleinere Ortsverbände zu größeren Einheiten zusammengefasst. Nur aus diesem Grund hat sich die Zahl der Ortsverbände um 10 verringert. Erfreulicherweise gab es aber auch einige Neugründungen. Insgesamt zeigt die Entwicklung bei den Ortsverbänden in den letzten Jahren folgendes Bild:

31. Oktober 1977:	280 Ortsverbände
31. Oktober 1980:	297 Ortsverbände
31. Oktober 1982:	314 Ortsverbände
31. Oktober 1984 :	325 Ortsverbände
31. Oktober 1986:	318 Ortsverbände
31. Oktober 1988:	322 Ortsverbände
30. September 1990:	332 Ortsverbände
30. September 1992:	327 Ortsverbände
30. September 1994:	313 Ortsverbände
30. September 1996:	302 Ortsverbände
30. September 1998:	302 Ortsverbände
30. September 2000:	302 Ortsverbände
30. September 2002:	292 Ortsverbände

Organisationsstruktur

.....

Auf Anlage 9 ist diese Übersicht für die Bezirke und Kreisverbände dargestellt.

Da viele Ortsverbände das Gebiet mehrerer Gemeinden umfassen, ist die Zahl der durch Ortsverbände abgedeckten Gemeinden in Baden-Württemberg erheblich höher. Lücken in der Flächendeckung der Organisation gibt es vor allem in den kleineren Gemeinden. Der weitere Ausbau der Organisationsstruktur bleibt auch in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe. Es gibt noch eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden mit Wahlergebnissen über dem Landesdurchschnitt, ohne das dort ein Ortsverband existiert. Hier sollten die Kreisverbände ansetzen und darin einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in dem Jahr vor der nächsten Kommunalwahl sehen.

Für diese Wahl brauchen wir wieder Tausende von aktiven Mitgliedern, die bereit sind, für den Gemeinderat oder Kreistag zu kandidieren. Unser Ergebnis bei der nächsten Kommunalwahl können wir entscheidend verbessern, wenn es uns gelingt, in mehr Städten und Gemeinden als bisher mit eigenen Listen anzutreten. Der Grundstein dazu muss in diesem Jahr gelegt werden. Die Tatsache, dass zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger zu uns finden und Mitglied der FDP werden, ist eine gute Grundlage für den Erfolg einer solchen Aktion.

Der Wähler möchte auch vor Ort liberale Politik unmittelbar erleben, repräsentiert von liberalen Kommunalpolitikern, denen er vertrauen kann. Mit der Reduzierung auf die Berichterstattung in den überregionalen und elektronischen Medien lässt sich das Bild einer eigenständigen Partei für das ganze Volk nicht vermitteln. Eine starke Verankerung der Partei in der Gemeinde ist auch in der Lage, überregionale Schwankungen in der Wählergunst auszugleichen oder abzumildern.

Einige ausgewählte Daten über den Organisationsstand der Bezirke enthält die folgende Tabelle:

Bei den kommunalen Mandatsträgern handelt es sich um die Zahl aller Mitglieder der FDP auf reinen FDP - Listen, gemischten und sonstigen Wahlvorschlägen nach dem Ergebnis der Kommunalwahl 1999.

Ausführliche Strukturdaten, auch für die Kreisverbände, enthält die Anlage 8 zu diesem Bericht.

Organisationsstruktur

Bezirk	Kreis- verbände	Orts- verbände	Mitglieder 30.9.2002	Mitglieder pro 1000 E	kommunale Mandats- träger
Südbaden	9	70	1.277	0,68	109
Nordschwarzwald	3	19	359	0,61	23
Mittlerer Oberrhein	4	34	855	0,88	35
Kurpfalz	4	28	754	0,67	31
Franken	4	25	573	0,66	24
Mittlerer Neckar	6	68	1.961	0,75	77
Ostwürttemberg	4	11	268	0,36	11
Neckar-Alb	3	14	465	0,69	22
Bodensee- Oberschwaben	5	23	573	0,55	21
Baden- Württemberg	42	292	7.085	0,67	353

Neuwahl der Kreisvorsitzenden

In 17 Kreisverbänden wurden im Berichtszeitraum neue Vorsitzende gewählt. Die folgende Tabelle enthält eine Gesamtübersicht über die Wahl der Vorstände in den Kreisverbänden:

<u>Kreisverband</u>	<u>Vorsitzender</u>	<u>Wahl am</u>	<u>bisheriger Vorsitzender</u>
Breisgau-Hochschw.	Bernhard Dechant	25.11.00	Bernhard Dechant
Emmendingen	Tilla Deter	16.12.00	Tilla Deter
Freiburg Stadt	Herta König	28.11.02	Patrick Evers
Lörrach	Falk Ogermann	01.10.01	Hans-Günter Gutberlet
Ortenau	Rose-Irene Simon	14.06.00	Rose-Irene Simon
Rottweil	Hans Zeller	29.06.01	Hans Zeller
Schwarzwald-Baar	Gerhard Mengesdorf	20.11.01	Gerhard Mengesdorf
Tuttlingen	Ernst Burgbacher MdB	24.11.01	Ernst Burgbacher MdB
Waldshut	Albert Gutmann	07.11.01	Albert Gutmann
Calw	Beate Fauser MdL	25.11.02	Beate Fauser MdL
Freudenstadt	Daniel Wochner	24.11.00	Daniel Wochner
Pforzheim-Enzkreis	Dr. Hans-Ulrich Rülke	05.10.01	Dr. Hans-Ulrich Rülke
Baden-Baden	Patrick Meinhardt	17.06.02	Patrick Meinhardt
Karlsruhe Land	Stefan Tritschler	06.12.01	Prof. Dr. Otto F. Hagena
Karlsruhe Stadt	Patricia Erb-Korn	04.04.01	Michael Obert
Rastatt	Thomas Hesse	03.12.02	Gisela Geckler
Heidelberg	Michael Eckert	22.04.02	Margret Hommelhoff
Mannheim	Gabriela Büsse-maker	07.03.02	Prof. Dr. Karl-Theodor Eisele
Neckar-Odenwald	Fritz Diehm	22.10.02	Fritz Diehm
Rhein-Neckar	Dr. Gunter Zimmermann	27.11.02	Dr. Gunter Zimmermann
Heilbronn	Bernhard Nüsch	29.11.02	Bernhard Nüsch
Hohenlohe	Ute Oettinger-Griese	21.11.01	Ulrich Heinrich MdB
Schwäbisch Hall	Elmar Zeller	06.02.01	Elmar Zeller
Main-Tauber	Christian Dürr	15.01.02	Walter Schmidt
Böblingen	Peter Knorr	19.11.02	Heiderose Berroth MdL
Esslingen	Ulrich Fehrlen	12.11.02	Ulrich Fehrlen
Göppingen	Tobias Hösch	06.07.01	Tobias Hösch
Ludwigsburg	Dr. Horst Mehrländer	14.10.01	Dr. Hans-Ulrich Gruber
Rems-Murr	Jörg Brehmer	03.10.01	Ulrich Theurer
Stuttgart	Dietmar Bachmann	12.11.01	Armin Serwani
Alb-Donau	Wolfgang Bauer	03.12.02	Peter Götzinger
Heidenheim	Ulrich Dannemann	22.11.02	Ulrich Dannemann
Ostalb	Lutz Neumann	12.11.02	Lutz Neumann
Ulm	Viktor Bucholtz	21.11.02	Stefan B. Havlik
Reutlingen	Angelika Wagner	06.07.01	Angelika Wagner
Tübingen	Bernhard Groß	05.11.02	Dr. Arne Holtorf
Zollernalb	Rudolf Mehrer	03.12.02	Rudolf Mehrer
Biberach	Peter Fischer	23.10.01	Peter Fischer
Bodensee	Manfred Brugger	04.12.00	Manfred Brugger
Konstanz	Wolfgang Mock	18.06.01	Hans Mulert
Ravensburg	Peter Kuhn	20.11.02	Peter Kuhn
Sigmaringen	Siegfried Gebhardt	06.12.02	Siegfried Gebhardt

Organisationsstruktur

PATENSCHAFTEN DER MANDATSTRÄGER

Wie die Karte auf Anlage 16 anschaulich darstellt, muss mehr als die Hälfte der Kreisverbände ohne die Unterstützung durch einen Mandatsträger auskommen. Für die tägliche politische Arbeit ist dieser Zustand außerordentlich unbefriedigend. Um diesen Nachteil soweit als möglich auszugleichen und sicherzustellen, dass jedem Kreisverband ein Bundes- und Landtags-abgeordneter als Ansprechpartner zur Verfügung steht, wurde mit den Mandatsträgern folgender Plan zur flächendeckenden Betreuung der Gliederungen des Landes vereinbart:

Kreisverband	Abgeordnete(r)	Paten-MdB	Paten-MdL
Breisgau-Hochschwarzwald		Laurischk	Goll
Emmendingen		Laurischk	Drautz
Freiburg		Laurischk Burgbacher	Goll
Lörrach		Burgbacher	Pfister
Ortenau	Laurischk		Fauser
Rottweil	Burgbacher Kleinmann		
Schwarzwald-Baar	Pfister	Burgbacher	Pfister
Tuttlingen	Burgbacher Pfister		
Waldshut		Burgbacher	Pfister
Calw	Fauser	Niebel	
Freudenstadt	Theurer	Niebel	
Pforzheim-Fnz		Leibrecht	Theurer
Baden-Baden		Laurischk	Fauser
Karlsruhe Land		Niebel	Berroth
Karlsruhe Stadt		Homburger	Berroth
Rastatt		Laurischk	Berroth
Heidelberg	Niebel		Noll
Mannheim		Niebel	Fauser
Neckar-Odenwald		Niebel	Drautz
Rhein-Neckar	Niebel		Fauser
Heilbronn	Leibrecht Drautz		
Hohenlohe	Heinrich Döring		
Schwäbisch Hall	Heinrich Döring		
Main-Tauber		Heinrich	Drautz
Böblingen	Berroth	Leibrecht	
Esslingen	Noll	Leibrecht	
Göppingen		Leibrecht	Hofer
Ludwigsburg	Leibrecht		Mehrländer
Rems-Murr	Hofer	Leibrecht	
Stuttgart		Homburger	Döring Hofer
Alb-Donau		Heinrich	Glück
Heidenheim		Heinrich	Mehrländer
Ostalb		Heinrich	Hofer
Ulm		Homburger	Fauser
Reutlingen	Glück	Heinrich	
Tübingen		Laurischk	Noll
Zollernalb		Burgbacher	Glück
Biberach		Burgbacher	Glück
Bodensee		Homburger	Döring
Konstanz	Homburger		Kleinmann
Ravensburg		Homburger	Theurer
Sigmaringen		Homburger	Kleinmann

Mitgliederbewegung und Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederzahlen der Kreisverbände werden in der Landesgeschäftsstelle laufend fortgeschrieben. Daraus ergibt sich, dass die Mitgliederzahl zwischen dem 1. Oktober 2002 und dem 30. September 2002 von 6.618 auf 7.085 gestiegen ist. Das entspricht einem Zuwachs von 467 Mitgliedern oder einem Plus von 7,1 %, fast doppelt so viel wie im letzten Berichtszeitraum. Insgesamt gab es in den letzten zwei Jahren

1.206 Zugänge

durch Neuaufnahmen oder Zuzüge aus anderen Landesverbänden. Dieser Zahl stehen jedoch

739 Abgänge

gegenüber.

Die Mitglieder, die innerhalb des Landesverbandes umgezogen sind, wurden statistisch weder bei den Zugängen noch bei den Abgängen erfasst.

Die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre hält mit einer deutlichen Steigerung von 7,1 % unvermindert an und hat sich weiter positiv entwickelt. Gab es 1997 und 1998 noch ein Minus von 4,7 %, wurde 1999 und 2000 mit einem Plus von 3,8 % schon eine Trendumkehr erreicht. Mit ihren Personen und Programmen ist die Partei für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv und übt vor allem für die Angehörigen der jüngeren Generation eine große Anziehungskraft aus.

Das zeigt ein Blick auf die Altersstruktur der Zugänge in den vergangenen beiden Jahren. Etwa ein Viertel der neu eingetretenen Mitglieder ist zwischen 16 und 25 und etwas mehr als ein Viertel zwischen 26 und 35 Jahre alt, d.h., über die Hälfte der neuen Mitglieder (genau 51,6 %) sind jünger als 36 Jahre. Als Folge dieser Entwicklung ist das Durchschnittsalter noch einmal, wenn auch nur leicht, auf 51,5 Jahre gesunken. Aber der positive Trend hält weiter an.

Mitgliederstruktur

Die seit 1977 fortgeschriebene Mitgliederbewegung ergibt folgendes Bild:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Saldo+/-	Saldo % +/-	neuer
1977	742	1.088	- 346	- 3,9	
1978	675	810	- 135	- 1,6	
1979	906	622	+ 284	+ 3,3	
1980	1.268	712	+ 556	+ 6,3	
1981	657	741	- 84	- 0,9	
1982	623	1.759	- 1.136	- 12,2	
1983	821	944	- 123	- 1,5	
1984	589	712	- 123	- 1,5	
1985	566	852	- 286	- 3,6	
1986	430	725	- 295	- 3,9	
1987	726	501	+225	+ 3,7	
1988	513	556	- 43	- 0,6	
1989	581	612	- 31	- 0,4	
1990	387	372	+ 15	+ 0,2	
1991	538	655	- 117	- 1,6	
1992	370	555	- 185	- 2,5	
1993	289	564	- 275	- 3,8	
1994	242	262	- 20	- 0,3	
1995	316	383	- 67	- 1,0	
1996	348	475	- 127	- 1,9	
1997	224	437	- 213	- 3,2	
1998	276	378	- 102	- 1,6	
1999	475	376	99	1,6	
2000	553	410	143	2,2	
2001	531	309	222	3,4	
2002	675	430	245	3,6	

Mitgliederstruktur

Die Zugänge setzen sich aus folgenden Berufs- und Altersgruppen zusammen:

Berufsgruppe	Zahl	%	Alter	Zahl	%
Angestellte	439	36,4	16 bis 25 Jahre	300	24,9
Arbeiter	3	0,2	26 bis 35 Jahre	322	26,7
Beamte	24	2,0	36 bis 45 Jahre	250	20,7
Freie Berufe	35	2,9	46 bis 60 Jahre	249	20,6
Hausfrauen	21	1,7	61 bis 75 Jahre	76	6,3
Landwirte	6	0,5	über 75 Jahre	9	0,8
Selbständige	360	29,9			
Studenten und Schüler	270	22,4			
Rentner	48	4,0			
zusammen	1.206	100,0	zusammen	1.206	100,0

Die Mitgliederdichte ist von 0,63 Mitgliedern pro 1.000 Einwohner auf 0,67 gestiegen. Der unterschiedliche Organisationsgrad der einzelnen Kreisverbände ist auf der Karte in Anlage 12 dokumentiert, während die Tabelle in Anlage 10 die Rangfolge der Kreisverbände nach der Mitgliederdichte aufzeigt.

Mitgliederstruktur

Die Aufschlüsselung der Mitglieder nach Berufsgruppen sieht wie folgt aus:

	2002	2000	1998	1996	1994
Angestellte	31,0 %	29,6 %	28,5 %	29,1 %	28,5 %
Arbeiter	0,6 %	0,8 %	1,0 %	1,1 %	1,2 %
Beamte	8,4 %	9,4 %	9,8 %	10,0 %	10,5 %
Freie Berufe	15,9 %	17,9 %	19,6 %	19,9 %	20,1 %
Hausfrauen	5,4 %	6,3 %	7,2 %	7,4 %	7,9 %
Landwirte	2,2 %	2,6 %	3,2 %	3,6 %	3,7 %
Rentner	4,4 %	4,0 %	2,9 %	2,7 %	2,6 %
selbständige Gewerbtreibende	18,8 %	16,4 %	13,6 %	12,6 %	11,8 %
Studenten und Schüler	13,3 %	13,0 %	14,2 %	13,6 %	13,7 %

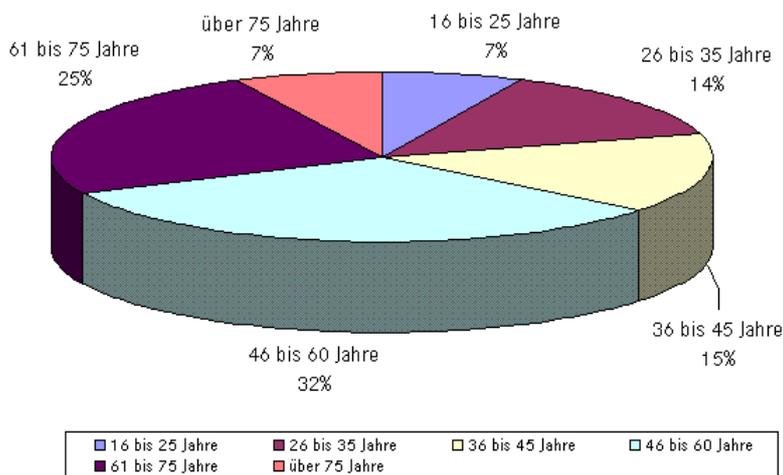
Mitgliederstruktur

Die Tabellen auf den folgenden Seiten geben einen Überblick über die Altersstruktur der FDP-Mitglieder. Dabei wurden die Altersgruppen so aufgeteilt, wie sie auch in der repräsentativen Wahlstatistik verwendet werden. Die Tabellen und Grafiken verdeutlichen auch, in welchem Alter die Mitglieder in die Partei eintreten, wie lange die Mitglieder der Partei angehören und wie die Alterspyramide des Landesverbandes aussieht. Das Durchschnittsalter der Mitglieder in Baden-Württemberg beträgt danach 51,5 Jahre, die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft 14,6 Jahre und das durchschnittliche Eintrittsalter 37,0 Jahre.

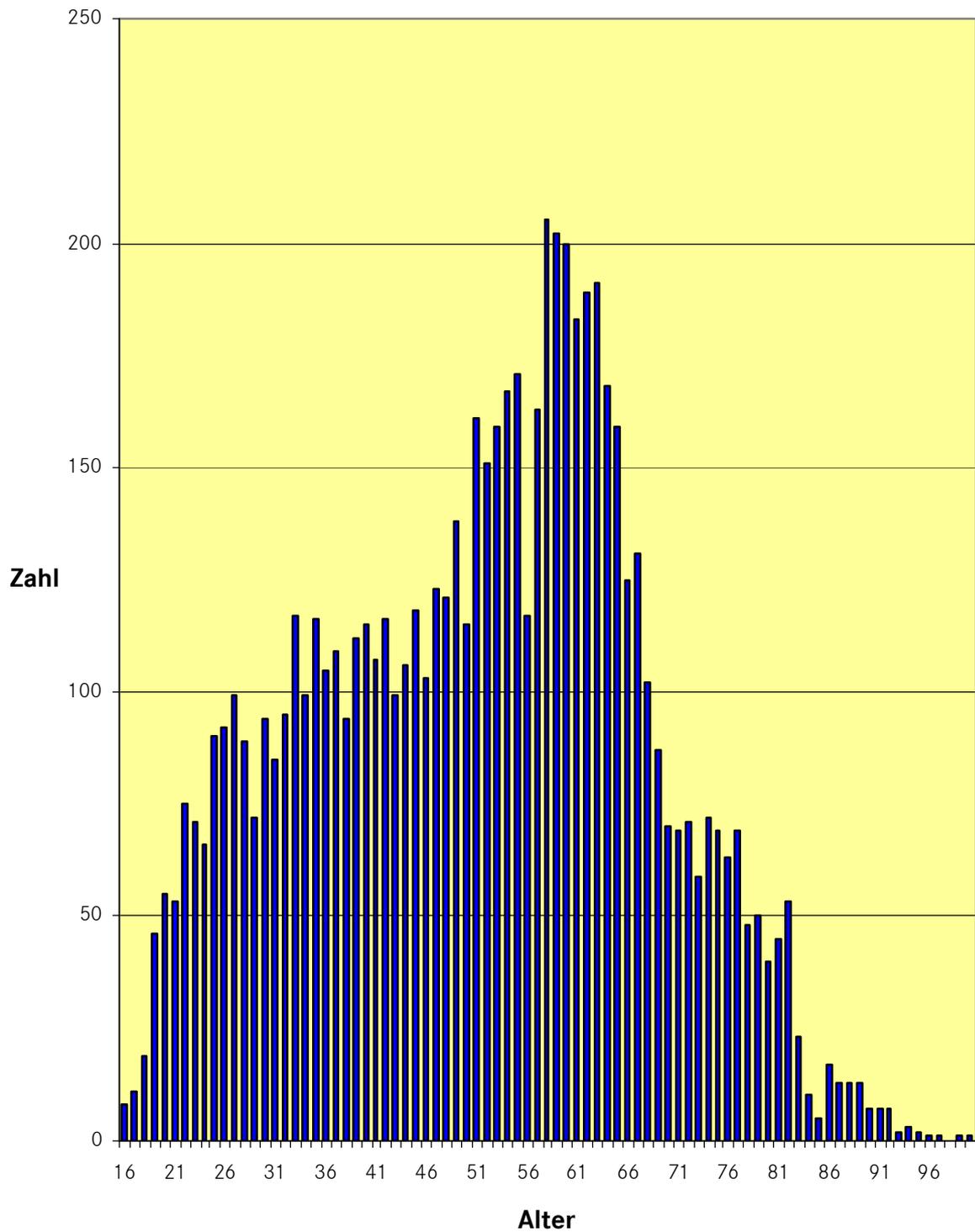
Altersstruktur der FDP-Mitglieder

Alter	Zahl	Anteil in %
16 bis 25 Jahre	494	7,0%
26 bis 35 Jahre	958	13,5%
36 bis 45 Jahre	1.081	15,3%
46 bis 60 Jahre	2.296	32,4%
61 bis 75 Jahre	1.745	24,6%
über 75 Jahre	510	7,2%
	7.084	100,0%

Altersstruktur der FDP-Mitglieder



Alterspyramide der FDP-Mitglieder

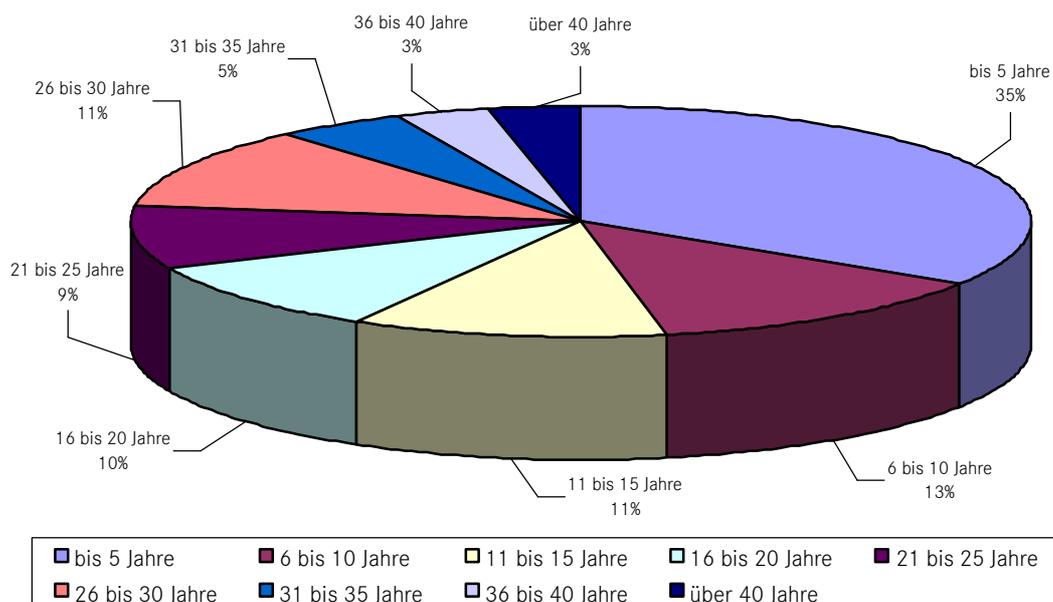


Mitgliederstruktur

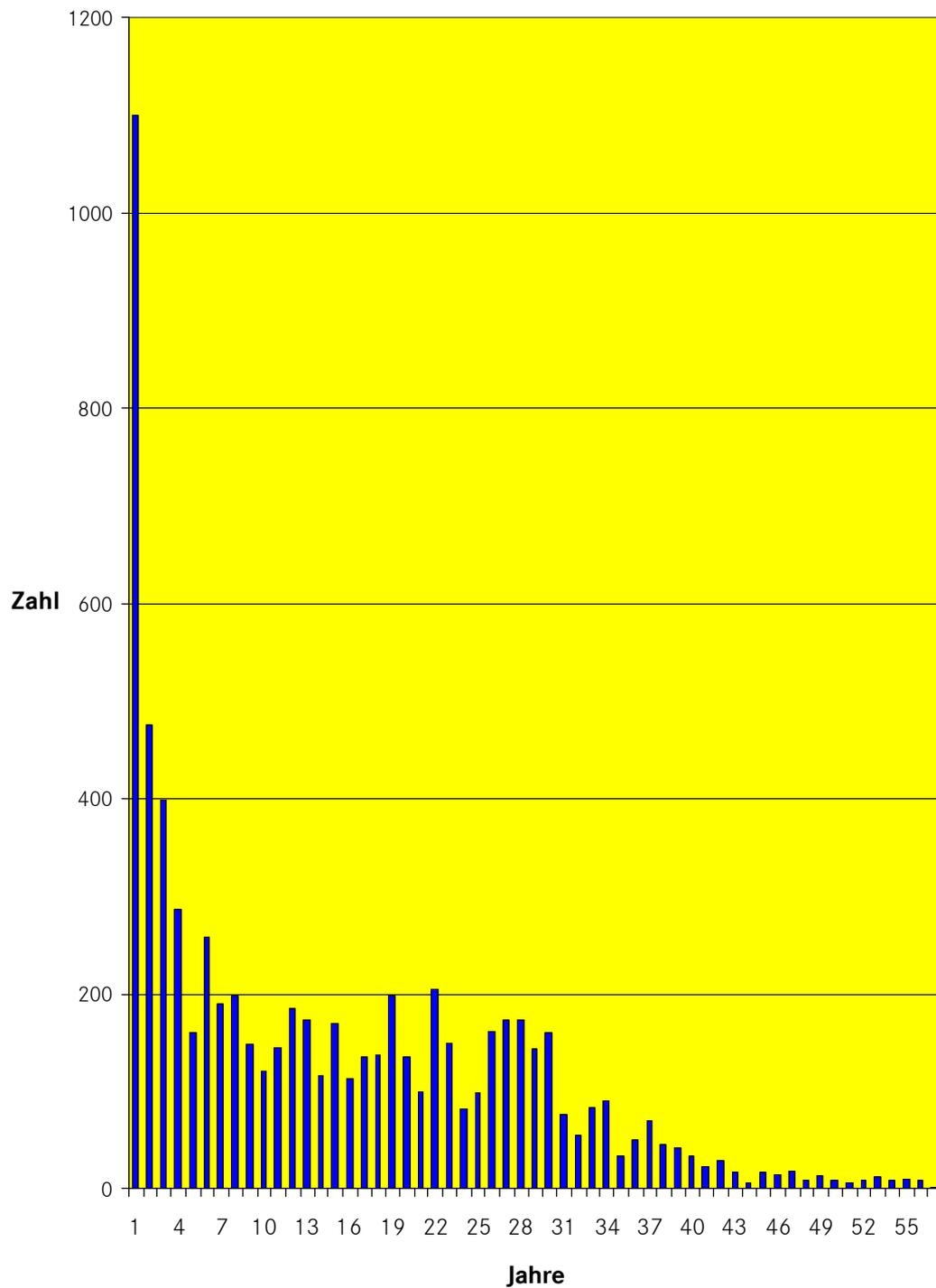
Dauer der Mitgliedschaft

bis 5 Jahre	2.420	34,2%
6 bis 10 Jahre	915	12,9%
11 bis 15 Jahre	789	11,2%
16 bis 20 Jahre	718	10,1%
21 bis 25 Jahre	633	8,9%
26 bis 30 Jahre	807	11,4%
31 bis 35 Jahre	339	4,8%
36 bis 40 Jahre	236	3,3%
über 40 Jahre	228	3,2%
	7.085	100,0%

Dauer der Mitgliedschaft



Dauer der Mitgliedschaft

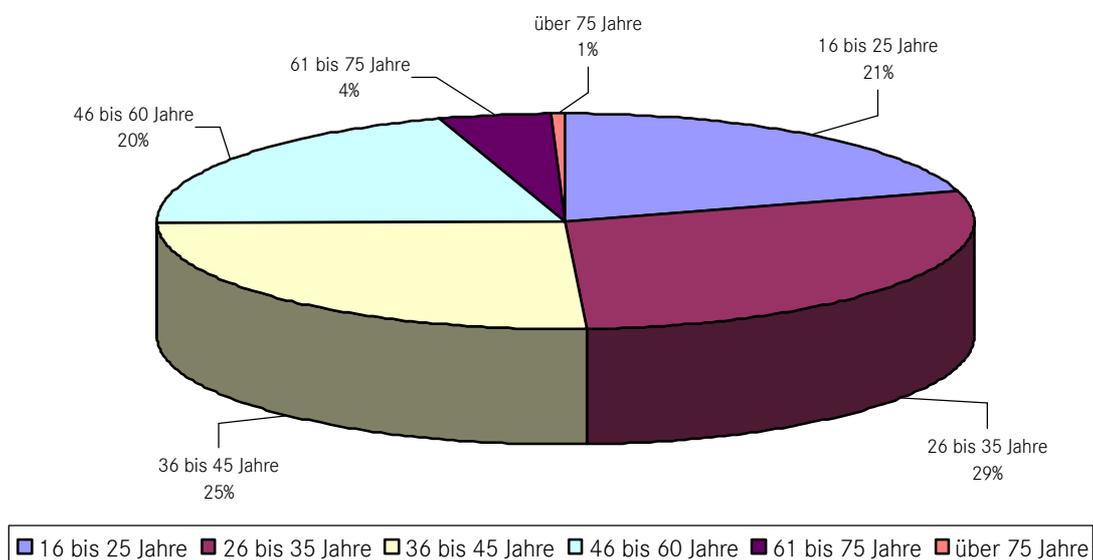


Mitgliederstruktur

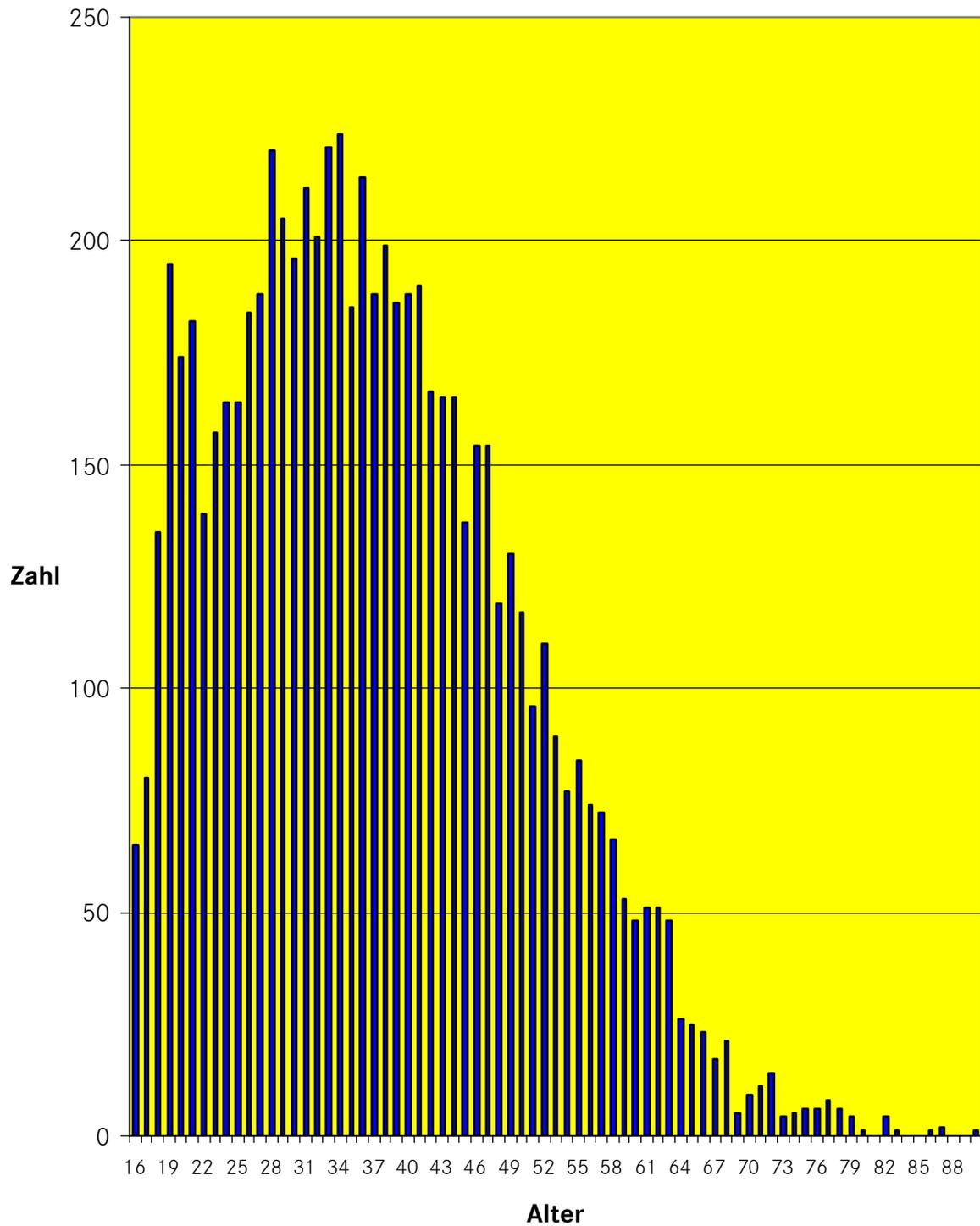
Eintrittsalter der FDP-Mitglieder

Eintrittsalter	Zahl	Anteil in %
16 bis 25 Jahre	1.455	20,5%
26 bis 35 Jahre	2.036	28,7%
36 bis 45 Jahre	1.798	25,4%
46 bis 60 Jahre	1.444	20,4%
61 bis 75 Jahre	316	4,5%
über 75 Jahre	36	0,5%
	7.085	100,0%

Eintrittsalter der FDP-Mitglieder



Eintrittsalter der FDP-Mitglieder



Mitgliederstruktur

Zum Stichtag 30. September 2000 waren von den 7.085 Mitgliedern 22,4 % Frauen (1986: 23,2 %, 1988: 23,3 %, 1990: 23,6 %, 1992: 24,0 %, 1994: 24,1 %, 1996: 23,9 %, 1998: 23,6 %, 2000: 23,2 %). Der Rückgang im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum ist zwar nicht dramatisch, gibt aber dennoch Anlass zu Besorgnis.

Nach dem Stand vom 30. September 2002 sind die Frauen in den Organen und Gremien der Partei und unter den Funktions- und Mandatsträgern wie folgt vertreten:

Organe/Gremien	Gesamtzahl	davon Frauen	Anteil Frauen 2002 in %	Anteil Frauen 2000 in %	Änderung +/- in %
Landesregierung	3	1	33,3	0,0	33,3
Landesvorstand	28	5	17,9	21,4	-3,5
Landtagsabgeordnete	10	2	20,0	21,4	-1,4
Bundestagsabgeordnete	6	2	33,3	28,6	4,7
Bezirksvorstände	84	11	13,1	16,5	-3,4
Kreisvorsitzende	42	10	23,8	16,7	7,1
Ortsvorsitzende	265	42	15,8	15,8	0,0
Delegierte Landesparteitag	400	96	24,0	23,0	1,0
Delegierte Landeshauptausschuss	104	19	18,3	19,0	-0,7
Delegierte Bundesparteitag	91	19	20,9	21,8	-0,9
Kommunale Mandatsträger	353	58	16,4	15,7	0,7
Kommunale Fraktionsvorsitzende	69	7	10,1	3,6	6,5
Landesfachausschüsse	622	138	22,2	22,4	-0,2

Insgesamt liegt der Anteil der Frauen an den politischen Ämtern mit 19,7 % noch unter ihrem Anteil an der Mitgliederzahl, konnte aber bei einigen wichtigen Funktionen mit politischem und gestalterischem Einfluss auf die Parteiarbeit deutlich erhöht werden.

Serviceleistungen

Serviceleistungen der Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung der Landesgeschäftsstelle stellt ihre Leistungen auch den Gliederungen der Partei zur Verfügung. Die in der Geschäftsstelle vorhandenen Adressen können nach allen Parteigliederungen (Bezirks-, Kreis- oder Ortsverband) und anderen individuellen Anforderungen selektiert, sortiert und ausgedruckt werden. Bei der Abrechnung dieser Leistungen wird zum einen das Selektieren eines Adressenpaketes bezahlt, unabhängig von der Häufigkeit des Ausdrucks. Zusätzlich werden die Etiketten nach der Stückzahl berechnet.

Dafür gelten derzeit folgende Preise:

Selektieren der Adressen: 17,00 €/Auftrag

Adressaufkleber: 0,05 €/Satz

Datensätze auf Listen: 0,04 €/Satz

Dienstleistungen der Druckerei

Neben der Umsetzung der Beschlüsse der Parteiorgane sieht es die Landesgeschäftsstelle als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, Dienstleistungen für die Gliederungen der Partei und die Mitglieder zu erbringen. Diesem Zweck dient auch die Hausdruckerei, die seit einiger Zeit mit einem modernen Hochleistungskopierer und allen für die Postbearbeitung notwendigen Einrichtungen ausgestattet ist. Die Leistungen der Druckerei bestehen aus Kopieren, Zusammentragen, Kleben, Falzen, Heften, Schneiden, Kuvertieren, Etikettieren und Bereitstellen von Briefhüllen und Versandtaschen sowie dem Versand selbst.

a) Kopierleistungen

Zur Zeit gelten folgende Preise:

Serviceleistungen

Auflage	Kopie einseitig €	Kopie umseitig €
50	4,00	6,00
100	6,00	8,00
200	8,00	11,00
300	11,00	14,00
400	13,00	17,00
500	16,00	20,00
600	18,00	24,00
700	21,00	27,00
800	23,00	30,00
900	26,00	33,00
1.000	29,00	36,00
1.100	31,00	39,00
1.200	33,00	42,00
1.300	35,00	45,00
1.400	38,00	48,00
1.500	40,00	52,00
1.600	42,00	54,00
1.700	44,00	58,00
1.800	47,00	61,00
1.900	49,00	64,00
2.000	51,00	68,00
3.000	71,00	102,00
4.000	96,00	141,00
5.000	124,00	180,00
10.000	225,00	338,00
15.000	338,00	507,00
20.000	450,00	675,00

Grundlage der Kalkulation sind Kopien auf weißem 80 Gramm-Papier. Der Aufpreis für farbiges Papier beträgt 5,50 € für 1.000 Blatt, für die Verwendung von Karton (170 Gramm) 60,00 € für 1.000 Bogen.

b) weitere Leistungen der Druckerei

Neben den Kopieraufträgen übernimmt die Hausdruckerei auf Wunsch auch die weitere Verarbeitung von Drucksachen bis hin zur geklebten oder gehefteten Broschüre bzw. zum Versand von Broschüren oder Einladungen. Für diese Zusatzleistungen gelten folgende Preise:

Zusammentragen:	15,00 €/1.000 Blatt
Kleben:	15,00 €/1.000 Blatt
Falzen:	15,00 €/1.000 Blatt
Zusammentragen und Falzen:	18,00 €/1.000 Blatt
Zusammentragen und Heften:	18,00 €/1.000 Blatt
Zusammentragen, Falzen und Heften:	20,00 €/1.000 Blatt
Schneiden:	12,00 €/1.000 Blatt
Kuvertieren:	15,00 €/1.000 Blatt
Etikettieren:	15,00 €/1.000 Blatt
Frankieren:	15,00 €/1.000 Blatt
Verkleinern von Kopiervorlagen:	0,35 €/Seite
Fotokopie:	0,17 €/Seite
Lang-DIN-Briefhüllen ohne Fenster:	23,00 €/1.000 Stück
Versandtaschen, braun, DIN C 5:	35,00 €/1.000 Stück
Versandtaschen, braun, DIN C 4:	57,00 €/1.000 Stück

Serviceleistungen
.....

Organisationsverzeichnis

Das Organisationsverzeichnis des Landesverbandes mit den Anschriften aller Funktionsträger wird direkt aus der Mitgliederdatenbank generiert und jährlich neu aufgelegt. Es ist auch mit Suchfunktion auf den internen Seiten der Homepage des Landesverbandes im Internet verfügbar. Die nächste Ausgabe erscheint nach der Neuwahl des Landesvorstandes beim Dreikönigstreffen 2003. Mit dem Informationsdienst werden die Gliederungen laufend über alle Änderungen und Ergänzungen unterrichtet.

Verzeichnis der Kommunalpolitiker

Nach jeder Kommunalwahl wird ein aktuelles Verzeichnis der Kreis- und Gemeinderäte herausgegeben. Es enthält neben den Anschriften und Rufnummern der Kreis- und Gemeinderäte auch ein Namensverzeichnis der Kommunalpolitiker und eine alphabetisch geordnete Übersicht der Orte, in denen die Partei kommunalpolitisch vertreten ist. Aus der Broschüre ist abzulesen, ob die Mandatsträger auf FDP - Listen, gemeinsamen Wahlvorschlägen oder sonstigen Listen gewählt wurden.

Die überregionale Mitwirkung

Zusammenarbeit mit der Bundespartei

Organe der Bundespartei

Nach der Neuwahl des Bundesvorstandes auf dem 52. Ordentlichen Bundesparteitag vom 4. bis 6. Mai 2001 in Düsseldorf ist der Landesverband Baden-Württemberg im Präsidium der Bundespartei weiterhin mit dem Landesvorsitzenden Dr. Walter Döring als stellvertretender Bundesvorsitzender vertreten. Birgit Homburger wurde als Beisitzerin neu in das Präsidium gewählt. Bis zur Bundestagswahl 2002 gehörte auch Dr. Klaus Kinkel in der Funktion als erster stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion dem Präsidium an.

Als Beisitzer des Bundesvorstandes wurden

Ulrich Heinrich MdB

in der ersten Abteilung und

Prof. Dr. Helmut Haussmann MdB

Barbie Haller

in der zweiten Abteilung gewählt, wobei die Wahl von Barbie Haller auf Vorschlag der Jungen Liberalen erfolgte.

Der Landesverband Baden-Württemberg stellte im Berichtszeitraum 91 Delegierte für den Bundesparteitag und den Europatag. Wegen des im Verhältnis zu anderen Landesverbänden schlechteren Abschneidens bei der Bundestagswahl 2002 wird sich die Zahl der Delegierten für die neue Amtsperiode vom 1. Mai 2003 bis 30. April 2005 auf etwa 78 verringern.

Bundesfachausschüsse

Im Rahmen der Reorganisation der Bundesfachausschüsse durch den Bundesvorstand im Jahre 1996 wurde die Zahl der direkt nominierten Delegierten für jeden Landesverband nach der Mitgliederzahl gestaffelt. Danach stellt Baden-Württemberg drei statt bisher zwei Delegierte. Weitere zusätzliche Mitglieder, und zwar bis zu zehn für jeden Bundesfachaus-

Überregionale Mitwirkung

schuss, können von den Bundesfachausschüssen gewählt werden. Diese Struktur blieb auch nach der Neuwahl des Bundesvorstandes 2001 unverändert.

Aufgrund der Vorschläge der Landesfachausschüsse und der Zuwahl durch den betreffenden Bundesfachausschuss ist der Landesverband Baden-Württemberg mit folgenden Mitgliedern in den Bundesfachausschüssen vertreten:

BFA 1 - Internationale Politik

Dr. Horst Glück MdL, Münsingen
Dr. Berthold Meyer, Rodenbach
Daniel Obst, Brühl

BFA 2 - Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Dr. Walter Döring MdL, Schwäbisch Hall
Prof. Gisela Frick MdB, Stuttgart
Dr. Horst Guckert, Weinheim
Dr. Dieter Haug, Kirchheim/Teck
Dr. Jan B. Rittaler, Marbach
Uli A. Walter, Ulm
Gudrun Senta Wilhelm, Kirchberg

BFA 3 Ernährung und Landwirtschaft

Richard Drautz MdL, Heilbronn
Hansjörg Fischer, Kandern
Ulrich Heinrich MdB, Neuenstein (Vorsitzender)
Dr. Otto Hertäg, Stuttgart

BFA 4 Arbeit und Soziales

Werner Bitz, Bietigheim-Bissingen
Julia Barbara Anna Frank, Lorch
Dirk Niebel MdB, Heidelberg
Annette Popp, Stuttgart

Überregionale Mitwirkung

BFA 5 Gesundheit

Dr. Elmar Honold, Karlsruhe
Dr. Axel Münch, Freiburg
Dr. Ulrich Noll MdL, Aichtal

BFA 6 Innen und Recht

Ekkehard Kiesswetter, Stuttgart
Andreas Knapp, Sindelfingen
Prof. Ulrich Stephan, Villingen-Schwenningen
Matthias Strohs, Stuttgart

BFA 7 Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Eckhard Behrens, Heidelberg (stellvertretender Vorsitzender)
Prof. Dr. Hans-Ulrich Habermeier, Stuttgart
Dr. Kurt Sütterlin, Tübingen

BFA 8 Umwelt

Albert Buchwald, Bad Boll
Dr. Angelika Fink-Sonntag, Karlsruhe
Birgit Homburger MdB, Hilzingen (Vorsitzende)
Uwe Norbert Weber, Böblingen

BFA 9 Wohnungsbau

Volker Beisel, Mannheim
Ullrich Eidenmüller, Karlsruhe

BFA 10 Verkehrspolitik

Dieter Bantleon, Süßen
Eberhard Beyer, Hirschberg
Prof. Hans-Helmut Grandjot, Untergruppenbach
Barbie Haller, Stuttgart

Überregionale Mitwirkung

Kommissionen

In den Kommissionen der Bundespartei ist der Landesverband wie folgt vertreten:

Kirchenkommission

Gisela Geckler, Ottersweier
Dieter Kleinmann MdL, Vöhringen (Vorsitzender)
Dr. Gunter Zimmermann, Oftersheim

Internet- und Medienkommission

Ludwig Fischer, Remshalden
Wolfgang Hempel, Gaggenau

Sportkommission

Rudolf Felger, Sindelfingen
Oskar Marczy, Schönaich
Dr. Klaus Kinkel, Sankt Augustin

Bundessatzungsausschuss

Bernhard Nüsch, Neuenstadt

Bundesschiedsgericht

Im Bundesschiedsgericht der FDP ist der Landesverband nach der letzten Wahl auf dem 52. Ordentlichen Bundesparteitag vom 4. bis 6. Mai 2001 in Düsseldorf durch Hermann Bach, Bad Wimpfen, als stellvertretender Beisitzer vertreten.

Überregionale Mitwirkung

Zusammenarbeit mit der ELDR

Bei der Wahl auf dem 52. Ordentlichen Bundesparteitag vom 4. bis 6. Mai 2001 in Düsseldorf wurden folgende Mitglieder des Landesverbandes als Delegierte bzw. Ersatzdelegierte für den ELDR - Kongress gewählt:

Delegierte: Ernst Burgbacher MdB, Trossingen
Brigitte Feldmann, Baden-Baden
Michael Link, Heilbronn
Daniel Obst, Brühl

Ersatzdelegierte: Dr. Rudolf Rentschler, Nagold
Christel Schimmele, Brühl

